Nr. 245. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando 1 Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 20. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Panislamismus.

London, 17. Oktober.

Die laufenden Monatsrevuen — die „Fortnightly", „XIX. Century", „Independent", „Contemporary" — enthalten über den Panislamismus längere Artikel, aus denen hervorgeht, daß man in England die panislamische Bewegung sehr ernst nimmt. Ehe wir die in diesen Artikeln niedergelegten Ansichten zusammenfassen, dürfte es angebracht sein, die Bedeutung des Panislamismus zu erläutern.

Unter diesem Worte versteht man die in den letzten zwei Jahrzehnten entstandene Bewegung unter den Mohammedanern — den Anhängern des Islams — politisch einheitlich zu handeln. Die einzige staatlich organisierte Macht des Islams ist die Türkei. Der türkische Sultan ist nicht nur Herrscher seines Reiches, sondern zugleich Kalif, d. h. Nachfolger Mohammeds in dessen weltlicher und geistiger Herrschaft. Unter dem Schutze des Sultans befinden sich auch die heiligen Stätten des Islams: Mekka und Medina. Im letzten Jahrhundert bestand kein politischer Zusammenhang zwischen den Mohammedanern. Die Türkei wurde von Rußland, den Balkanvölkerschaften und anderen Mächten mit Krieg überzogen, ohne daß sich die islamische Welt bereit zeigte, der Türkei zu Hülfe zu eilen. Der Türke ist unter den Mohammedanern nicht beliebt. Jetzt aber soll dies anders werden. Abdul Hamid II. — so glaubt man — hat den Solidaritätssinn in der islamischen Welt geweckt, so daß die internationale Politik nicht mehr mit einer schwachen, in Auflösung begriffenen Türkei, sondern mit dem ganzen Islam — etwa einem Sechstel der Menschheit — zu rechnen hat!

Wie stellen sich nun die Mächte gegenüber dieser islamvereinigenden (panislamischen) Bewegung?

Die Antwort auf diese Frage gibt die Geographie und die politische Geschichte. Vor allem kommt England in Betracht. Im britischen Reiche — in Nordindien, Aegypten und so weiter — befinden sich siebzig bis achtzig Millionen Mohammedaner, d. h. zwei- bis dreimal soviel, wie in der Türkei. Das britische Reich also und nicht das türkische ist — der Menschenzahl nach — die stärkste islamische Macht. Es kann folglich nicht ruhig zusehen, daß die Mohammedaner nach einem Mittelpunkte gravitieren, der außerhalb der britischen Grenzen liegt, und der Panislamismus birgt in sich Bestrebungen, die auflösend auf das britische Reich wirken.

Rußland befindet sich in einer ähnlichen Lage. In seinem Süden gibt es zahlreiche Mohammedaner; seine asiatischen Chanate sind islamisch. Allein bei weitem wichtiger als diese Erwägungen ist die Frage der Stärkung der Türkei durch die panislamische Bewegung. Seit ungefähr zwei Jahrhunderten ist Rußland bemüht, die Türkei zu schwächen und zu desorganisieren. Diese Bemühungen führten zu blutigen und kostspieligen Kriegen, bis die russische Diplomatie zu der Ueberzeugung gelangte, daß das türkische Reich nicht durch Krieg gefällt werden kann, sondern dadurch, daß man seine Kraftentfaltung unmöglich macht. Eine stagnierende Türkei muß schließlich absterben, worauf Rußland das Erbe antreten kann. — Diese ganze Politik nun droht der Panislamismus über den Haufen zu werfen!

Frankreich besitzt nordafrikanische Kolonien, die islamisch sind.

Italien strebt nach den noch von europäischen Mächten unbesetzten islamischen Gebieten in Nordafrika. Sein Interesse ist demgemäß mit dem der genannten Mächte identisch.

Die Balkanvölkerschaften verdanken ihre nationale Selbständigkeit dem Zerfalle des Islams und fühlen sich nun durch den Aufschwung des Islamismus in ihrer Existenz bedroht.

Diese Gruppe von Mächten bildet also die Gegnerschaft der panislamischen Bewegung.

Anders ist die Lage Deutschlands. Bald nach der Thronbesteigung Wilhelms des Zweiten wurden die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem türkischen Reiche enger geknüpft. Die deutsche Annäherung an die Türkei fällt zeitlich zusammen mit einem Abrücken von Rußland. Dann kam der Plan der Bagdadbahn, der auch im Interesse der militärischen und administrativen Reorganisation der Türkei liegt, wobei hinzugefügt werden muß, daß diese Reorganisation nicht in der Absicht Deutschlands lag. Die Reise des deutschen Kaisers nach Konstantinopel, Jerusalem und Damaskus stärkten natürlich die deutsch-türkischen Beziehungen, besonders nach der kaiserlichen Rede in Damaskus (1897), in der das Deutsche Reich als der unverbrüchliche Freund des Islams hingestellt wurde. Die Reise Wilhelms des Zweiten nach Tanger (März 1905) und das Eintreten der deutschen Diplomatie für Marokko erschienen der islamischen Welt wie eine Einlösung des kaiserlichen Versprechens. —

Bis zum 5. Juli 1906 hat man vom Panislamismus ganz wenig gehört. Erst an jenem Tage wurde diese Bewegung von Sir Edward Grey, dem englischen Staatssekretär des Aeußern, in einer Rede im Unterhause als eine drohende Gefahr geschildert. Es handelte sich damals um den unglücklichen Zusammenstoß zwischen ein paar ägyptischen Bauern (Fellachen) und einigen britischen Offizieren in Denschawi und um den darauf folgenden Prozeß, in dem einige Aegypter zur Hinrichtung, einige zur Auspeitschung verurteilt wurden. Der britische Verwalter Aegyptens, Lord Cromer, ist der Ansicht, daß sich in Aegypten eine von Konstantinopel aus geleitete Bewegung entfalte, die den Zweck habe, Aegypten dem britischen Reiche zu entreißen und unter islamische Herrschaft zu bringen, und daß diese Bewegung in Verbindung mit dem Panislamismus stehe. In dieser Ansicht wurden die britischen Politiker in Aegypten bestärkt durch den im Laufe dieses Jahres ausgebrochenen türkisch-ägyptischen Grenzstreit auf der Sinaihalbinsel. Dieser Grenzstreit wurde ebenfalls als ein panislamischer Angriff gedeutet.

In Aegypten bestand schon seit mehreren Jahrzehnten eine nationale Bewegung, die zur Besetzung Aegyptens durch England (1882) führte. Der damalige Führer der nationalägyptischen Bewegung war Arabi Pascha, der auch den Krieg gegen die englische Invasion leitete und in die Gefangenschaft der Engländer geriet. Arabi war ein nationaler Reformer. Der heutige Führer ist Mustafa Kamel, ein modern gebildeter Mann, der bis zum Abschluß der englisch-französischen Entente (1904) in Frankreich Unterstützung fand, da die Franzosen über die Besetzung Aegyptens durch England erbittert waren. —

Nach diesen Erläuterungen dürfte es nicht schwer sein, dem Gedankengange der oben erwähnten Revue-Artikel zu folgen. Der interessanteste Artikel ist der in der sozialliberalen „Independent Review" von Wilfrid Scawen Blunt, einem alten Freunde Arabi Paschas, Mustafa Kamels und Gladstones. Blunt sagt: „. . . Ich kenne den Panislamismus besser als irgend ein anderer Engländer, Lord Cromer nicht ausgenommen. Ich kenne die Stärke und die Schwäche des Panislamismus. Ich kenne seine fanatische und seine freiheitlich-reformatorische Seite. Ich kenne seinen Wert in Arabien, Indien, Konstantinopel, in der Sahara und in Aegypten. Seit 25 Jahren lebe ich mit mehreren seiner Führer in freundschaftlicher Weise. Ich sympathisiere mit dieser Bewegung, und soweit sie liberal ist, wünsche ich ihr den besten Erfolg. — Was Aegypten anbetrifft, so ist die panislamische Bewegung gar keine Gefahr. Das ganze Gerede, das man über sie hört, ist die reinste diplomatische Mystifikation. Auf die Fellachen hat die Propaganda aus Konstantinopel keine fanatisierende Wirkung. . . . Mustafa Kamel und die Nationalisten wollen Selbstregierung für Aegypten unter türkischer Oberhoheit." — Blunt meint weiter, das ganze Gerede von der panislamischen Gefahr in Aegypten habe keinen anderen Zweck, als eine Annexion Aegyptens an das britische Reich zu rechtfertigen! Er gibt also zwei Tatsachen: Erstens besteht tatsächlich eine panislamische Bewegung, die von Konstantinopel aus geleitet wird; zweitens sind die ägyptischen Führer der nationalen und islamischen Bewegung aufgeklärte Leute. Die erste Tatsache ist wichtiger als die zweite; denn wird einmal der Panislamismus zu einer Macht, so werden der türkische Sultan und die islamischen Fanatiker maßgebend sein und nicht die aufgeklärten Elemente Aegyptens. Auch im zarischen Regierungsapparat gibt es liberale Elemente, die aber machtlos sind. Es kommt auf das System an, und das islamisch-despotische System ist reaktionär. Blunts Behauptung, daß England an eine Annexion Aegyptens denke, ist nicht richtig. Es will sich nur Aegypten sichern, wenn einmal die Aufteilung des türkischen Reiches vollzogen wird.

In der „Contemporary Review" schreibt Harold Spender, daß seit dem Jahre 1905 eine neue und fest bestimmte Bewegung sich in Aegypten bemerkbar mache. „Wanderprediger erschienen in Kairo und dann im ganzen Lande und zeigten dem Volke, daß der Koran es den Gläubigen verbiete, Ungläubigen zu gehorchen." Dieser Gedankengang sei dann in der ägyptischen Presse journalistisch verarbeitet worden. Es könne nunmehr kein Zweifel darüber bestehen, daß die panislamische Bewegung groß und mächtig sei und in den Herzen der Bekenner des Islams tiefe Wurzeln geschlagen habe. Der Artikelschreiber schlägt vor, daß Muktar Pascha, der türkische Vertreter in Aegypten, entfernt werde, da dieser das Haupt der Agitation im Nillande sei. Sodann verlangt er, daß den gebildeten ägyptischen jungen Leuten Gelegenheit gegeben werden solle, in die ägyptisch-englische Verwaltung einzutreten und sich die europäische Denkweise anzueignen.

In der „Nineteenth Century" schreibt Professor Vambery, der als ein Kenner der islamischen Welt bekannt ist. Er sagt: „. . . Der Panislamismus, das heißt, ein einheitliches Vorgehen aller Mohammedaner, ist unter den obwaltenden Umständen unmöglich, aber lokale Ausbrüche, die einen politisch-religiösen Charakter haben, sind wohl denkbar, und aus diesen Gründen verdient die neue Bewegung die volle Aufmerksamkeit." — Er weist dann nach, daß deutsche Politiker darauf rechnen, den Panislamismus gegen England ausspielen zu können und sagt: „Wenn deutsche Politiker glauben, daß sie durch Schmeicheleien gegenüber der absolutistischen und ruinösen Regierung Abdul Hamids und durch die Hervorhebung der Rolle des deutschen Kaisers als des Beschützers des Islams ihren Zweck erreichen werden, so täuschen sie sich sehr. Es ist schade, daß dem Kaiser nicht gesagt wird, wie viel Unzufriedenheit und Haß unter den gebildeten Türken dadurch erzeugt wird, daß man ihn als die Stütze der Despotie des Sultans betrachtet; denn die allgemeine Meinung in der Türkei geht dahin, daß es der deutsche Kaiser sei, der den Sultan in seinem Absolutismus bestärke. . . . Die panislamische Presse notiert jeden Angriff gegen England und jeden Appell an die islamische Welt: das verhaßte Joch der Ungläubigen abzuschütteln."

In der „Fortnightly Review" schreibt der deutschfeindliche Alfred Stead. Er faßt den Panislamismus als eine der größten Gefahren auf, die dem britischen Reiche drohen, und schlägt der britischen Regierung vor, eine Allianz mit Rußland und den Balkanstaaten einzugehen, die gegen die islamisch-deutsche Agitation gerichtet sein soll. —

Wie dem auch sein mag, jedenfalls ist der Panislamismus eine sehr geschickte Parole, Deutschland isoliert zu halten und Rußland und die christlichen Mittelmeermächte um England zu sammeln. Es soll damit nicht gesagt sein, daß die panislamische Bewegung nur eine Fiktion sei. Daß sie eine Wirklichkeit ist, geben ja alle englischen Politiker ohne Unterschied der Richtung zu. Stead ist Imperialist, Blunt ist ein humanitärer, radikaler und anti-imperialistischer Politiker, aber beide sind sich darüber einig, daß die Bewegung tatsächlich existiert. Wir wollten mit unserer Bemerkung über den Panislamismus als Probe nur sagen, daß der Name, der dieser Bewegung gegeben wurde, sehr gut gewählt ist, da er ein ganzes diplomatisches Programm bedeutet. —

Die russische Revolution.

Der vierte Parteitag der „Kadetten".

Dem vierten Parteitag der Kadetten ist von der sozialdemokratischen Presse verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit gezollt worden, und zwar mit Unrecht. Hat er doch alle, die von der Dumaauflösung eine Revolutionierung der Kadetten erhofft und speziell im Wiborger Aufruf ein Anzeichen dafür gesehen hatten, gründlich über die wahre Natur der „Kadetten" belehrt. Die Verhandlungen über den Wiborger Aufruf, durch welche die meiste Zeit des Parteitages in Anspruch genommen war, haben nämlich mit der größten Klarheit gezeigt, daß die Kadetten gewillt sind, nach wie vor auf dem Boden der „Gesetzlichkeit" zu verharren. Dies gilt in gleichem Maße von dem rechten wie von dem linken Flügel dieser Partei, welch' letzterer die Organisierung und Durchführung des im Wiborger Aufruf proklamierten passiven Widerstandes (Rekruten- und Steuerverweigerung) forderte. Ist doch der Hauptbeweis, der zur Unterstützung dieser Forderung ins Feld geführt wurde, rein moralischer Natur: „Würde die Partei auf die Organisierung des passiven Widerstandes verzichten, so könnte der so oft gemachte Vorwurf des Verrats kaum zurückgewiesen werden", sagte einer der Wortführer dieser Gruppe. So zutreffend diese Bemerkung an und für sich auch ist, so ändert sie doch nichts an der Tatsache, daß in den Reihen der Linken große Unklarheit über die Natur und die Anwendung des von ihr selber befürworteten Kampfmittels herrscht. Der passive Widerstand als solcher, als ein Widerstand mit gekreuzten Armen, ist nur möglich in einem Lande mit konstitutionellen Garantien, wie dies bereits vor mehr als 40 Jahren von Lassalle dargelegt wurde. In Rußland aber wird der passive Widerstand unvermeidlich und unabhängig vom Willen seiner Organisatoren und derer, die ihn durchführen, in einen aktiven Widerstand, in partielle oder — bei genügend breiter Organisierung — auch allgemeine, bewaffnete Erhebung gegen die Regierung umschlagen. Darüber ist aber die Linke der „Kadetten" sich völlig im unklaren; sie klammert sich krampfhaft an das Wörtchen „passiv" und faßt die Rekruten- und Steuerverweigerung eben als ein rein passives Kampfmittel und nicht als einen Uebergang zur aktiven Aktion auf. Dadurch beweist sie aber nur, daß sie trotz aller revolutionsähnlichen Phrasen, die sie vorbringt, ebenso tief im Sumpfe des Scheinkonstitutionalismus steckt wie ihre rechten Parteikollegen. Die Rechte der „Kadetten" hat sich sogar viel konsequenter gezeigt, als die Linke und es kann jener der Vorzug nicht abgesprochen werden, daß wenigstens ihr Wesen offen zur Schau liegt. Da sie geschworene Feindin der Revolution und aller revolutionsähnlichen Erscheinungen ist, dabei aber ganz gut versteht, daß der passive Widerstand mit Naturnotwendigkeit in den aktiven umschlagen muß, so erklärt sie sich offen für die unbedingte Verwerfung des passiven Widerstandes. Charakteristisch ist es übrigens, daß gerade der Ex-Marxist, Herr Peter Struve, am eifrigsten vor dem „Revolutionarismus" gewarnt und sich dem Chor derjenigen angeschlossen hat, die den Wiborger Aufruf als „verhängnisvollen Fehler" bezeichneten!

Die angenommene Resolution, die den passiven Widerstand für „prinzipiell zulässig" erklärt, aber praktisch für absehbare Zeit auf ihn verzichtet, will ein Kompromiß zwischen den beiden Richtungen sein, aber sie ist im Grunde genommen nur ein schlecht verdeckter Rückzug, eine Verleugnung des Wiborger Aufrufs, ein „Sitzen zwischen zwei Stühlen". Diesen Vorwurf konnte selbst der zungengewandte Miljukow nicht zurückweisen, ja, er bestätigte ihn mit dem sonderbaren Hinweis, es käme daher, „weil ganz Rußland jetzt zwischen zwei Stühlen sitzt".

Aber noch eine andere Erwägung läßt das Fallenlassen des Wiborger Aufrufs begreiflich erscheinen. Einer der charakteristischen Züge der „Kadetten" ist ihre Unfähigkeit und ihre Abneigung zur Organisierung der gesellschaftlichen Kräfte. Schon in der Duma haben die „Kadetten" alles ängstlich vermieden, was ein Band der Organisation zwischen der Duma und dem Volke hätte schaffen können. So haben sie z. B. die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen lokal gewählten Agrarkommissionen abgelehnt. Die „Kadetten" glauben überhaupt

nicht an die reale Macht der gesellschaftlichen Kräfte, sondern an die imaginären Mächte der „öffentlichen Meinung", der „Gerechtigkeit", „Wahrheit" und wie all die schönen Dinge sonst noch heißen. „Wir glauben prinzipiell nicht an die Macht, und wir verlassen uns nicht darauf; wir glauben und vertrauen uns nur dem Rechte und der Gerechtigkeit an," so schreibt Prof. Gredeskul in der „Rjetsch" Nr. 173. Und das erklärt sich leicht aus der Zusammensetzung der Partei, die zwar eine bürgerliche ist, aber doch keine bestimmte Schicht des Bürgertums vertritt; in ihr sind alle möglichen Elemente zusammengewürfelt: neben Gutsbesitzern finden wir etliche Bauern, neben großbürgerlichen kleinbürgerliche Elemente, aber das Tonangebende ist die Intelligenz, gerade dasjenige Element, welches die sogenannte „öffentliche Meinung" schafft. Darin liegt eben die Schwäche der Partei, daß sie im großen Rußland keine feste Stütze, keinen Rückhalt in irgend einer gesellschaftlichen Klasse hat und deshalb bei jeder Aktion, wenn es sich um breite Schichten handelt, so z. B. bei der Steuer- und Rekrutenverweigerung, versagen muß.

Die bunte Zusammensetzung der Partei bewirkt auch, daß sich fast auf jedem ihrer Parteitage prinzipielle und taktische Meinungsverschiedenheiten geltend machen; so hat auf dem dritten Parteitage die Agrarfrage, diesmal der passive Widerstand zu heftigen Auseinandersetzungen Anlaß gegeben; aber trotzdem erwiesen sich die Erwartungen einer Spaltung als trügerisch. Der Zement, der diese verschiedenartigen Elemente — vom sozialistisch angehauchten radikalen Intelligenten bis zum vorsichtigen Semstwomann — zusammenkittet, sie zwingt, zu einander zu halten, ist die Furcht vor der Revolution, das Streben nach „friedlicher Erneuerung" auf dem Boden der „Gesetzlichkeit", des „Konstitutionalismus", „Parlamentarismus" usw. im Gegensatz zur revolutionären Bewegung des Proletariats und Bauerntums. Und diese Furcht ist es, die bewirkt, daß die einzige nennenswerte oppositionelle Partei Rußlands keinen fördernden, sondern einen hemmenden Einfluß auf die Entwickelung der Revolution, auf den Freiheitskampf des Volkes ausübt.

Die Agrarfrage.

Mitau, 18. Oktober. In der Reformkommission zur Agrarfrage ist eine Spaltung entstanden. Die Großgrundbesitzer traten für freie Vereinbarung beim Landkaufe ein, die Bauern für Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes zugunsten Landloser und für Regulierung der Landfrage durch Landeinrichtungskommissionen, die hier noch nicht eingeführt sind. Eine Verständigung scheint schwierig.

Aus Lodz.

Lodz, 19. Oktober. (W. T. B.) Zwei Fabrikanten, die durch Auszahlung von Löhnen an ihre Arbeiter während der Dauer des Ausstandes gegen die Verfügung des Generalgouverneurs verstoßen haben, sind heute verhaftet worden. Gegenwärtig ruht der Betrieb in 49 Fabriken, die zusammen 6000 Arbeiter beschäftigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Oktober

Die politische Bedeutung des Köpenicker Gaunerstreichs.

Die konservative und militaristische Presse ist krampfhaft bemüht, die symptomatische Bedeutung des Köpenicker Streichs für den Subordinationsgeist des Bürgertums wie für die Sicherheits- und Rechtszustände in Preußen zu leugnen und den Vorfall als ein rein lokales Ereignis, als einen lustigen Schildbürgerstreich hinzustellen, der nur in Köpenick passieren konnte. Es paßt ihr nicht, daß gerade zu der Zeit, wo noch dem Publikum ihre Tiraden über die Tage von Jena und die herrliche „Wiedergeburt" eines neuen Preußens in den Ohren summen, der Treppenwitz der Weltgeschichte ihr patriotisches Geschwätz in einer Weise ironisiert, daß rings aus allen Kulturländern ein tausendfaches Hohngelächter erschallt. Ein so unwiderlegbares Dokument dafür, daß noch immer in Preußen jener blinde Uniformenkultus und jene gedankenlose Subordination herrschen, die vor hundert Jahren Preußens tiefste Erniedrigung herbeiführten, ist ihnen höchst unbequem. Deshalb existiert für die konservativen Blätter nur die komische Seite des Köpenicker Vorfalles. Ihr gilt — wenigstens der breiten Oeffentlichkeit gegenüber — die ganze Sache nur als „ein fauler Witz"; und die Kronsbeinsche „Post" hat sogar herausgefunden, daß die Sozialdemokratie zu einer politischen Betrachtung des Handstreichs nur der Wunsch treibt, die Disziplin des Heeres zu lockern und die hehre preußische Autoritätsgläubigkeit zu vernichten — nach ihrer Auffassung ein Unterfangen, das sich als Hochverrat qualifiziert.

Tatsächlich erblicken jedoch auch die liberalen, ja selbst die ultramontanen Blätter, soweit der Starrkrampf vor der Militäruniform ihnen noch nicht jede politische Besinnung geraubt hat, in dem Köpenicker Rathausüberfall eine dringliche und ernste Lehre. So schreibt z. B. das Hauptblatt der Zentrumspartei, die „Germania":

„Im Angesichte der „Schießautomaten" — so kann man die blind dem Befehle gehorchenden Soldaten mit Recht nennen — würde wohl kaum jemand anders gehandelt haben. Was diese Komödie — die ihre 4000 M. wert ist — überhaupt möglich gemacht hat, ist die Vertrauensseligkeit des Militärkommandos. Die Soldaten durften nicht blindlings dem ihnen unbekannten Offizier zu der Verhaftung folgen. . . . Außer der Untersuchung, die wegen dieses Schildbürgerstückchens eingeleitet ist, interessiert die Oeffentlichkeit an erster Stelle die Frage, welche Vorkehrungen sind seitens der Militärbehörden getroffen, um zu verhindern, daß derartige Tölpeleien, wie sie von dem Militärkommando hier gemacht sind, vorkommen können, und wie konnte, wenn solche Vorschriften bestehen, dieser unglaubliche militärische Mißgriff geschehen? Nachdem die Geschichte sich jetzt zugetragen und vor der ganzen Welt der Kadavergehorsam preußischer Soldaten bloßgestellt hat, wird man ja wohl Vorkehrungen treffen, um eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu vermeiden."

Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt" (die „National-Zeitung" haben wir bereits vorgestern zitiert) meint:

„Dieser Mann hat seine Zeit verstanden. Er hat das offizielle Deutschland der Gegenwart, das mit der deutschen Kultur so wenig zu tun hat, bis auf die Knochen durchschaut, hat mit unerhörter Bravour die logischen Konsequenzen aus seiner Erkenntnis gezogen und seine Rolle durchgeführt. Der Mann wußte, daß das offizielle Deutschland zwar verfassungsmäßig ein konstitutioneller Staat, daß aber in allen seinen Funktionären noch ein unbeschränkter Respekt steckt, vor allem, was von oben kommt. Daher operierte er mit zwei Mitteln, die nie versagen und in ihrer Zusammenwirkung die festesten Tore öffnen. Er steckte sich in eine Uniform und stellte sich selbst eine allerhöchste Kabinettsorder aus. Voilà tout. Zwar war die Uniform eines Offiziers vom ersten Garderegiment zu Fuß alles andere eher als vorschriftsmäßig. Der Mann trug Schärpe und Mütze, eine ganz unmögliche Zusammenstellung. Aber er vertraute auf die bis zur Kritiklosigkeit gesteigerte Disziplin des deutschen Heeres und auf den Vorrang, den das Bürgertum der Militärgewalt einräumt. Wieviel Behörden wären dem Manne in Uniform mit der Kabinettsorder auf den Leim gegangen.

Man muß hierbei bedenken, daß der Vorfall sich in der unmittelbaren Umgebung Berlins, in der Interessensphäre der kaiserlichen Gewalt abgespielt hat. Man ist es in Berlin und den umliegenden Ortschaften gar nicht anders gewohnt, als daß Seine Majestät zu allem Bedeutsamen sich irgendwie äußert. Bald inhibiert der Kaiser einen Brückenbau, bald weist er der Straßenbahn die Linienführung an, bald greift er hier ein, bald dort. Also weshalb soll sich Majestät nicht auch mal um Köpenick kümmern? Natürlich ist der ganze Vorgang der Besetzung des Rathauses, der Beschlagnahme der Kasse, der Verhaftung von Zivilbeamten durch Militär durchaus ungesetzlich. Und so töricht ist man sicher auch in Köpenick nicht, daß man das nicht wüßte. Aber schließlich, wenn Majestät es nun einmal befohlen hat, so wäre es doch wohl nicht „royal", sich zu widersetzen. Daß auch die höchste Form der Treue ihre natürliche Grenze in der Gesetzmäßigkeit findet, sobald es sich um Vorkommnisse in normalen Zeitläuften handelt — der Gedanke kommt den Leuten nicht. Er wäre auch doch schon zu revolutionär für den Magistrat von Köpenick. Wir sehen hier die Folgen des preußisch-deutschen Reglementiersystems, der Allgegenwart von Polizei und Militär. Hier sind an einem Musterbeispiel die unerfreulichen und — gestehen wir es — beschämenden Ergebnisse der Polizeierziehung des deutschen Volkes vereinigt. Die systematisch produzierte Unselbstständigkeit, die Nachgiebigkeit gegen alle Anordnungen einer höheren Instanz, dieses ganze Bevormundungsregime, das allen deutschen Rückwanderern den Aufenthalt in der Heimat so beengend erscheinen läßt, das sind die hier aufgedeckten Schäden des noch heute praktisch bestehenden Polizeistaates. Und sie allein haben in dem „regiertesten" Staatswesen der Gegenwart ermöglicht, was sonst nur in Brigantenstaaten vorkommen kann."

Das „Berliner Tageblatt" äußert sich in einer Betrachtung über den „militärischen Gehorsam":

„. . . man wird sich der Einsicht nicht verschließen dürfen, daß dergleichen Dinge auf Grund der zurzeit herrschenden Zustände jeden Augenblick von neuem vorkommen können. Ob eine Verhaftung gesetzlich oder ungesetzlich ist, hat der Soldat nicht zu prüfen, er wendet auf Befehl des Vorgesetzten rücksichtslos Gewalt gegen den Beamten oder Bürger an, der sich einer völlig ungesetzlichen Verhaftung durch irgend einen Schwindler widersetzt, und erforderlichenfalls schießt er den Betreffenden ohne Zögern nieder — auch dann, wenn z. B. der befehlende Vorgesetzte irrsinnig ist. So ist die tatsächliche Lage der Dinge."

Und bezüglich der Stellung des Reserveoffiziers zu seinem „höchsten Kriegsherrn" heißt es in demselben Blatt:

„Der Reserveoffizier steht mit dem Heere jedenfalls in intimeren Beziehungen als der verabschiedete Offizier. Die Krone ist also sehr zurückhaltend, wenn sie sich auf Ehrenstrafen beschränkt, kein Gesetz hindert sie, jeden Augenblick Freiheit und Leben zum mindesten aller der Männer anzutasten, die mit dem Heere in irgendeiner Beziehung stehen oder jemals gestanden haben. Und dagegen gibt es heutzutage keinen Schutz durch die Gerichte. Man werfe nicht ein, daß man kein Ding bis in seine letzten Konsequenzen durchtreiben dürfe, wo es zum Wahnsinn werde. Eine nicht weit hinter uns liegende Vergangenheit lehrt uns, daß es solche wahnsinnigen Könige gegeben hat, die in ihrem krankhaften Zustande jahrelang regierten und gegen ihre eigenen Minister ähnliche Gewaltstreiche planten. Und kann nicht einst ein despotischer Gewalthaber auf ähnliche Mittel der Regierungskunst verfallen?

In der demütigen Unterwürfigkeit des Reserveoffiziers Langerhans gegen einen Akt, der in jedem Falle gesetzwidrige Willkür gewesen wäre, spiegelt sich mit erschreckender Deutlichkeit die sittliche und materielle Abhängigkeit wieder, in der das Offizierkorps des Beurlaubtenstandes von den Militärbehörden zur Stärkung der Regierungsgewalt gehalten wird. Insofern verbirgt sich hinter dem grinsenden Faungesicht einer beispiellosen Burleske — die nur in Deutschland und Rußland möglich ist — ein ernster Zug inneren Leidens."

Die freisinnig-volksparteiliche „Voss. Ztg." äußert sich über den Uniformenkultus wie folgt:

„Der Respekt vor den Epaulettes ist den Deutschen durch Gesetz und Verwaltung seit Menschengedenken anerzogen worden. In der Tat, des Königs Rock, oder vielmehr der Offiziersrock ist eine rechtliche, vom Gesetz privilegierte Einrichtung, ganz unabhängig von der Person, die in dem Rocke steckt. Wenn ein Mann im Offiziersgewand am hellen Tage in der Friedrichstraße einem zufällig vorübergehenden Bürger ein paar Ohrfeigen versetzt, oder wenn er eine Majestätsbeleidigung verübt, oder wenn er das Bedürfnis fühlt, an einem halb Dutzend Läden die Schaufenster zu zertrümmern, so hat kein Bürger und kein Schutzmann das Recht, den Mann festzunehmen und nach dem Polizeibureau zu bringen, um seine Persönlichkeit festzustellen. Denn der Offizier in Uniform ist eine geheiligte Person. Allerdings nur in Uniform. Hat nämlich derselbe Mann dieselben Taten im Zivilkleide verübt, so kann er von jedermann, selbstverständlich auch vom Schutzmann, dingfest gemacht werden. Das Ausnahmerecht steht mithin nicht dem Offizier, sondern seinem Rock zu. Aber auch nur dem Offiziersrock. Denn einer Unteroffiziersuniform, obwohl ebenfalls des Königs Rock, kommt die gesetzliche Ausnahmestellung nicht zu."

Und die „Frankfurter Zeitung" schreibt:

„Des Königs Rock" — in Wirklichkeit wird die Uniform vom Staate auf Kosten der Steuerzahler geliefert — gilt fast als etwas Heiliges, und wiederholt ist für ihre Träger ein Recht der „Ehrennotwehr" bei jedem Konflikt in Anspruch genommen worden. Und nimmt man hinzu, daß durch das Reserveoffiziertum die Anschauung der unbedingten militärischen Unterordnung unter Verfügungen von Vorgesetzten sich auch schon auf viele bürgerliche Kreise übertragen hat, und daß der bekannte kaiserliche Ausspruch, daß nur sein Wille gelte, offenbar in manchen Köpfen einige Verwirrung in bezug auf die Rechtsbegriffe hervorgerufen hat, so findet man eine Erklärung dafür, daß sich viele Leute von dem falschen Hauptmann haben düpieren lassen, trotz aller Inkorrektheiten und Unwahrscheinlichkeiten — eine Erklärung freilich, die auf unsere staatlichen Verhältnisse ein grelles Licht wirft. . . . .

„Die blinde Unterwerfung unter die militärische Autorität und unter den vermeintlichen allerhöchsten Willen hat zu dem Tage von Köpenick geführt. Sie hätte ebensogut die Folge haben können, daß der Bürgermeister und der Rendant von Köpenick, wenn sie Widerstand geleistet hätten, niedergeschossen worden wären, und daß es dann statt der freiwilligen Uebergabe der Kasse zum Raub mit Hülfe des Militärs und unter mittelbarer Assistenz der Polizei und Gendarmerie gekommen wäre, die ja ebenfalls den Anordnungen des Herrn Hauptmanns gegen ihr städtisches Oberhaupt dienstwillig Folge leisteten. Das sind die Rechts- und Sicherheitszustände im vielgerühmten Rechtsstaate Preußen, von denen zur Abwechslung einmal ein Gauner mit unleugbarer Begabung Gebrauch gemacht hat."

Die württembergische Regierung und die Lebensmittelteuerung.

Stuttgart, 17. Oktober. (Eig. Ber.)

Der württembergische Landtag hatte über die Frage einer Teuerungszulage für die Staatsbeamten, Lehrer und staatlichen Arbeiter zu befinden. Er überwies die Frage zur Prüfung seiner Finanzkommission, und diese wiederum veranlaßte die Regierung zur Vorlegung statistischen Materials über die Bewegung der Lebensmittelpreise in Württemberg bis September 1906, das auch durch den Finanzrat Dr. Trüdinger beigebracht wurde. In dem gedruckten Bericht der Finanzkommission ist dieses Material wiedergegeben und eine nähere Betrachtung desselben ist angesichts der Argumentation, die von agrarischer Seite der Teuerung gegenüber immer noch beliebt wird, von großem Interesse.

Zunächst berichtet Dr. Trüdinger über die Bewegung der Fleischpreise. Die ersten Monate des Jahres 1906 zeigten auf dem Fleisch- und Viehmarkt einen Stillstand der Aufwärtsbewegung, ja sogar bei den Schweinen einen Rückgang der Preise. Neuerdings setzte dann jedoch eine abermalige Preissteigerung ein. In einer kleinen Tabelle wird die Bewegung der Engrospreise auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt wiedergegeben. Danach betrug der Preis für 1 Kilogramm Schlachtgewicht I., bei Kühen II. Qualität:

	bei Ochsen	bei Farren	bei Stieren u. Jungrindern	bei Kühen	bei Kälbern	bei Schweinen
Septbr. 1905	1,60	1,31	1,55	1,25	1,81	1,52
Novbr. 1905	1,60	1,35	1,56	1,26	1,73	1,58
Februar 1906	1,54	1,34	1,53	1,25	1,82	1,57
Mai 1906	1,66	1,42	1,66	1,30	2,05	1,37
Juni 1906	1,67	1,49	1,70	1,37	1,94	1,40
Septbr. 1906	1,75	1,55	1,76	1,42	2,03	1,59

Danach beträgt die Erhöhung des Durchschnittspreises pro Kilogramm im Monat September 1906 gegen den gleichen Monat des Vorjahres:

Ochsen (I. Qual.)	15 Pf.	= 9,4 Proz.
Farren (I. Qual.)	24 „	= 18,3 „
Stiere und Jungrinder (I. Qual.)	21 „	= 13,5 „
Kühe (II. Qual.)	17 „	= 13,6 „
Kälber (I. Qual.)	22 „	= 12 „
Schweine	7 „	= 4,6 „

Diese Steigerung der Viehpreise vollzog sich, ohne daß eine merkliche Abnahme des Zutriebs auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt festzustellen gewesen wäre.

Auch bei den Detailpreisen hat gerade die letzte Zeit, der September 1906, eine ganz empfindliche Preissteigerung gebracht. So betrug der Durchschnittspreis für 1 Kilogramm in Stuttgart:

	Durchschnitt der Jahre 1901—1905	September 1906	Zunahme
Ochsenfleisch	1,51 M.	1,70	+ 19 Pf. = 12,6 Proz.
Rindfleisch	1,86 „	1,60	+ 24 „ = 17,6 „
Kalbfleisch	1,53 „	1,80	+ 27 „ = 17,6 „
Schweinefleisch	1,47 „	1,76	+ 29 „ = 19,7 „
Hammelfleisch	1,23 „	1,50	+ 27 „ = 21,9 „

Der Bericht zeigt dann noch des näheren, daß diese Preissteigerung sich nicht nur in Stuttgart, sondern auch im ganzen Lande vollzog. Eine eingehende Wiedergabe aller hierfür angeführten Zahlen erscheint nicht nötig. Es genügt zu erwähnen, daß die Preise im „Landesmittel" (d. h. im Durchschnitt von 51 Gemeinden, in denen Erhebungen stattfanden) im gleichen Zeitraum bei Ochsenfleisch um 14,7 Proz., bei Rindfleisch um 18,9 Proz., bei Kalbfleisch um 16,8 Proz., bei Schweinefleisch um 20 Proz., bei Hammelfleisch um 25 Proz., also meist in noch stärkerem Verhältnis als in Stuttgart gestiegen sind. Der agrarischen Behauptung, daß nur die großstädtische Bevölkerung am Sinken der Fleischpreise interessiert sei, wird durch diese Mitteilungen eine klatschende Ohrfeige versetzt.

Dann geht der Bericht zu den sonstigen Lebensmitteln, hauptsächlich Brot, Milch, Butter, Mehl, Eier über und meint, daß die Preiserhöhungen, die in letzter Zeit hier vorgekommen sind, nicht allgemeinen, sondern lokalen Charakter tragen. So sei der Preis der Milch in Stuttgart, Backnang, Ebingen, Calw, Nagold, Göppingen, Friedrichshafen, Zuffenhausen, Böckingen um 2 Pf. für den Liter, in anderen Orten um 1 Pf. gestiegen. Auch Schweineschmalz (bestes amerikanisches), daß schon in den Monaten März und April 1906 aufgeschlagen hatte, ist im August abermals teurer geworden und kostet jetzt 62 Pf. für ein ½ Kilogr. Die Preiserhöhung gegen den Durchschnitt der Jahre 1901—1905 beträgt hier 10,7 Proz.

Nach diesen und nach einer Reihe anderer Feststellungen bespricht der Bericht den Einfluß der Preissteigerung auf den Haushaltungsaufwand. Es wird hier auf eine frühere für 39 Gemeinden des Landes angestellte Untersuchung Bezug genommen, welche ergeben hatte, daß sich bei einer Gegenüberstellung der Preise vom Dezember 1905 und dem Durchschnitt der Preise von 1901—1904 der Aufwand einer fünfköpfigen Familie (Mann, Frau, 3 nicht erwachsene Kinder) für Fleisch, Brot und Milch um durchschnittlich 50,40 M. = 10,4 Prozent gesteigert hatte, wovon weitaus der größte Teil, 50,20 M., auf die Steigerung der Fleischpreise zurückzuführen war. Die jetzt erneut angestellte Untersuchung hat sich auf dieselben 39 Gemeinden erstreckt und die Preise im Durchschnitt der Jahre 1901—1904 den Preisen im Durchschnitt des September 1906 in Vergleich gestellt. Diese Vergleichung ergibt, daß die Verteuerung der Lebenshaltung, hauptsächlich unter der Wirkung der erhöhten Fleischpreise, seit dem Vorjahr noch eine wesentlich größere geworden ist, denn sie berechnet sich im Durchschnitt der 39 Gemeinden auf 88 M. = 15,4 Prozent, wovon 78,90 M. auf die gesteigerten Fleischpreise und 14,10 M. auf die gesteigerten Brot- und Milchpreise zurückzuführen sind. Von den einzelnen Orten war die geringste absolute Steigerung (68,50 M.) in Tuttlingen, die höchste (112,10 M.) in Ludwigsburg, die geringste relative (10,6 Proz.) in Friedrichshafen, die höchste (20 Proz.) in Mergentheim zu konstatieren.

Auch hier ist wiederum der Beweis erbracht, daß die Bevölkerung kleiner Landorte unter der Teuerung in gleichem Maße leidet wie die großstädtische, ja eigentlich sogar noch in stärkerem Maße, da das Bareinkommen in den Landorten geringer zu sein pflegt als in den Städten.

Diese von der württembergischen Regierung herrührenden Feststellungen sind in mehrfacher Beziehung wertvoll. Zunächst ist ihre Quelle einwandsfrei und der Vorwurf tendenziöser Färbung kann von agrarischer Seite kaum gegen sie erhoben werden. Dann aber geben sie auch einen vortrefflichen Maßstab für die Beurteilung der Berechtigung der Arbeiterforderungen auf wesentliche Lohnerhöhungen. Es ist durch diese Erhebung in völlig zweifelsfreier Weise anerkannt, daß diejenigen Arbeiter oder sonstige Bevölkerungskreise, wie kleine Beamte, Lehrer, Handwerker usw., denen es vielleicht gelungen, eine Steigerung ihres Einkommens von 1901/1904 zu 1906 um 15 Prozent zu erzielen — und das werden sicher sehr wenige sein — damit ihre Lebenshaltung noch nicht um einen Deut verbessert, sondern durch ihre Einkommenssteigerung nur zu einem Mehrverdienst der Landwirte, namentlich der Viehproduzenten beigetragen haben. In den seltensten Fällen werden die tatsächlich erfolgten Lohnsteigerungen eine Höhe von 15 Prozent erreicht haben. Es wird demnach nur ganz vereinzelt den Arbeitern gelungen sein, die durch die agrarische Interessenpolitik, die im Deutschen Reich Trumpf ist, ihnen zugefügte Schädigung ihrer Lebenshaltung wieder auszugleichen. Zu einer wirklichen Verbesserung der Lebenshaltung ist es nach den obigen Feststellungen trotz der Lohnerhöhungen sicherlich nirgendwo gekommen.

Deutsches Reich.

Der Parteitag der Scharfmacher.

In Breslau trat am 18. Oktober der freikonservative Parteitag zusammen. Die Verhandlungen dieses Parteitages beweisen, welche freche Provokationen und Verhöhnungen das junkerliche Scharfmachertum dem Volke zu bieten wagt!

Der greise Laurahüttengründer v. Kardorff hielt das erste Referat. Er feierte überschwenglich die Leistungen der Regierung auf sozialem Gebiete und forderte dann das ganze deutsche Bürgertum zum Zusammenschluß gegen den Umsturz auf. Der Mannheimer Parteitag sei keine Niederlage, sondern ein glänzender Sieg Bebels gewesen. Bei der nächsten Wahl werde man es erleben, daß sämtliche Gewerkschaften nach der Pfeife des Herrn Bebel tanzen. Daran sollten sich die bürgerlichen Parteien ein Beispiel nehmen und allen Hader und Zwist beseitigen. Alle bürgerlichen Parteien sollten eine einheitliche Organisation gegenüber der Sozialdemokratie bilden. Der 18. Oktober sei der Jahrestag der Schlacht bei Leipzig. Damals sei es dem deutschen Volke gelungen, die französische Fremdherrschaft loszuwerden. Möge das deutsche Volk bald auch dazu kommen, die sozialdemokratische Fremdherrschaft von sich abzuschütteln.

Der zweite Referent, der Abgeordnete v. Zedlitz und Neukirch, schlug noch schärfere Töne der Scharfmacherei an. Das preußische Wahlrecht sei noch immer besser, als das Wahlrecht im Reiche, wo lediglich die Kopfzahl entscheide:

„Wir müssen uns die Frage vorlegen, **ob das Reich das jetzige Wahlrecht auf die Dauer wird ertragen können.** (Sehr richtig!) Wenn die Stunde kommt, in der wir die Ueberzeugung gewinnen, daß das Reichstagswahlrecht mit dem Bestande des Reiches unvereinbar ist, den Bestand des Kaisertums und die nationale Stellung Deutschlands in der Welt gefährdet, **ist es die patriotische Pflicht eines jeden, auf Mittel und Wege zu sinnen, um das Reichstagswahlrecht mit den Existenzbedingungen des Reiches in Einklang zu bringen.** (Lebhafter Beifall.)

Der Reichstagsabgeordnete v. Dirksen jammerte über die wachsende Belastung des Handwerks durch die soziale Gesetzgebung, die einen „bedrohlichen Umfang" angenommen. Dazu komme die Steigerung der Arbeitslöhne. **Das Arbeitsmaterial werde von Jahr zu Jahr schlechter infolge der sozialdemokratischen Verhetzung.** Dabei würde die Arbeitszeit immer mehr verkürzt.

Der Abgeordnete Gamp verbreitete sich dann über die Fleischnot. Auch er bedauere, daß die Fleischpreise zum Teil eine Höhe erreicht hätten, die es den minder bemittelten Klassen **unmöglich mache, ihr Fleischbedürfnis zu befriedigen.** So hohe Fleischpreise seien auch **gar nicht im Interesse der Landwirtschaft;** er sei daher für die Zeiten solcher Fleischnöte für die Errichtung von Grenzschlachthäusern, um die Zufuhr unverseuchten Fleisches zu vermehren. (Widerspruch.) Ob freilich diese Maßregel viel Erfolg haben werde, sei zweifelhaft, denn auch im Auslande seien die Fleischpreise außerordentlich hohe. Schuld an der Fleischnot sei hauptsächlich in Deutschland das Fleischbeschaugesetz, das große Massen bis dahin verbrauchten Fleisches vom Genuß ausgeschlossen habe. (!) Ferner sei schuld die sozialpolitische Gesetzgebung. Während früher der Fleischer in der Stadt **Kinder** habe beschäftigen können, müsse er sich jetzt zum Austragen des Fleisches Pferde, Wagen und **Gesellen** halten. (!) — Auf dem Gebiete der **Krankenkassen** verlange die freikonservative Partei eine **energische Abhülfe.** Die Krankenkassen seien heute nichts weiter als die **staatliche Organisation der Sozialdemokratie.** (Stürmischer Beifall.) Auch sonst weist die soziale Gesetzgebung schreiende Mißstände auf. Das **Klebesystem** sei so unglaublich kleinlich und schikanös, daß es nicht aufrecht erhalten werden könne. (Lebhafter Beifall.) Hierauf wurde der Parteitag geschlossen.

Die Scharfmacherreden charakterisieren sich als eine so beispiellose Verhöhnung der arbeitenden Bevölkerung, daß jedes Wort der Kritik diese junkerlichen Frechheiten nur abschwächen würde! —

Jeulustige deutsche Offiziere.

Auf die unter den deutschen Offizieren grassierende Spiellust wirft eine Warnung der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande und Belgien" ein helles Licht. Das Blatt meldet, daß viele deutsche Offiziere ihre Sonntage in Amsterdam an Spieltischen verbringen. Gewöhnlich verlassen sie ihre Garnison am Sonnabend und kommen aus Düsseldorf, Köln, Dortmund, Hannover und anderen Städten nach Amsterdam, um hier beim Roulett ihren Sonntag zu feiern. Auch einige deutsche Beamte stehen in den Spielerlisten der „Klubs". Da die Mangelhaftigkeit der holländischen Gesetzgebung es den Behörden sehr schwer macht, diese Art Spielhöllen auszurotten, hat die Polizei sich veranlaßt gefühlt, die Namen der im Klubgebäude aus und eingehenden Personen zu notieren, so daß sie auf Wunsch auch den deutschen Behörden mitgeteilt werden können. Wenn die deutschen Offiziere von dem Spieltreiben nicht ablassen, will die „Wochenzeitung" ihre Namen veröffentlichen.

Der Ausbau des Nordostsee-Kanals.

Ein Artikel des „Hamburgischen Korrespondent" erinnert gerade zur rechten Zeit wieder einmal daran, daß uns außer den neuen Riesenkrediten für unsere glorreiche Kolonialpolitik und den für die neue Militärvorlage in Aussicht stehenden Summen auch noch ganz beträchtliche Ausgaben für den Nordostsee-Kanal bevorstehen. Das Organ des hanseatischen Freisinns behauptet, daß schon jetzt der Nordostsee-Kanal nicht mehr für die Bedürfnisse des Handelsverkehrs ausreiche. Erst recht unzulänglich aber sei der Kanal für die gewachsenen Ansprüche unserer Kriegsmarine. In einem Kriegsfalle würden gerade die größten der vorhandenen Schnelldampfer als Hülfskreuzer, Transport-, Proviant- und Lazarettschiffe Verwendung finden. Nun seien aber die Schleusenkammern des Kanals nur 150 Meter lang, wohingegen die „Kaiserin Auguste Viktoria" der Hamburg-Amerika-Linie 213 Meter, der „Kaiser Wilhelm II." des Norddeutschen Lloyd über 215 Meter Länge besitze. Auch für die neuen Linienschiffe und Panzerkreuzer sei der Kanal viel zu klein. Nicht nur die Schleusenkammern müßten vermehrt und völlig umgebaut werden, sondern es sei vor allen Dingen notwendig, daß die Fahrrinne des Kanals um mindestens 2 Meter vertieft werde. Die Kosten des Ausbaues würden allerdings bedeutend sein, könnten aber ein Hindernis für die ungesäumte Inangriffnahme der Arbeit nicht bilden, da die Verbesserung der Wasserstraße vom militärisch-strategischen Standpunkt aus eine unbedingte Notwendigkeit, eine unerläßliche, nicht länger aufzuschiebende Maßnahme sei.

Es unterliegt denn auch keinem Zweifel, daß dem Reichstag in nicht zu ferner Zeit eine Hundertmillionenvorlage zum Zwecke des Ausbaues des Nordostsee-Kanals unterbreitet werden wird. Natürlich werden zur Befriedigung all dieser militärischen und marinistischen Ausgaben die neuen Steuern, die uns unsere sogenannte Finanzreform gebracht hat, bei weitem nicht ausreichen. Man wird also wiederum nach neuen Steuern auf die Suche gehen müssen. Und da die minimale Belastung, die die neuen Steuern auf die besitzenden Klassen gebracht haben, innerhalb dieser Klassen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen haben, wird man wiederum zu solchen Steuern greifen, die von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden müssen! —

Militär-Rechtspflege.

Die „Rhein.-Westf. Ztg." erfährt aus „meist ganz vorzüglich unterrichteter Stelle" allerlei interessante Einzelheiten über die Gründe, die den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts, den General von Massow, zum Rücktritt von seinem Posten veranlaßt haben. Das Blatt schreibt:

„Im Frühjahr 1905 erließ der Kriegsminister ein Rundschreiben an sämtliche Armeegerichte, in dem er eine Reihe von Gesetzesbestimmungen der Militär-Strafgerichtsordnung einer bestimmten Auslegung unterzog und insbesondere auch die Frage, wann die Militärrichter sich über ihren Gerichtsherrn beschweren könnten und dürften, in einem sehr einengenden Sinne entschied. Während die Armeegerichtsbehörden dieses Schreiben widerspruchslos zu den übrigen ministeriellen Anweisungen legten, regten sich in der Marine, wo das Reichsmarineamt das gleiche Schreiben zur „Darnachachtung" mitgeteilt hatte, Widerstand. Die beteiligten Admirale sollen schriftlich Vorstellungen in dem Sinne erhoben haben, daß das kriegsministerielle Schreiben doch weit über die Rechte der Justizverwaltung, wie sie im § 112 der M.-Str.-G.-O. festgelegt sind, hinausgehe und recht bedeutend in die Unabhängigkeit der Richter und Gerichte hineingreife. Nach längerem Schriftwechsel, in dem besonders der Großadmiral v. Koester die Machtbestrebungen des Staatssekretärs zurückwies, ergriff dieser die Beschwerde an den Kaiser und bat um Entscheidung und Auslegung des bestrittenen Gesetzestextes.

Es wurde nun das Reichsmilitärgericht vom Kaiser zur Abgabe eines Gutachtens aufgefordert. Dieses Gutachten, das Ende 1905 erstattet wurde, stellte sich durchaus auf den Standpunkt der Admirale und ließ an der gesetzlichen Richtbegründung und an der rechtlichen Unmöglichkeit der ministeriellen Auffassung keinen Zweifel. Damit war natürlich dem Beschwerdeführer nicht gedient, aber dem Staatssekretär des Reichsmarineamts gelang es mit Unterstützung des Kriegsministers, den Kaiser in einem Immediatvortrag zu bestimmen, das Gutachten des Reichsmilitärgerichts unbeachtet zu lassen und im Sinne der beiden Minister zu entscheiden. Der Präsident des Reichsmilitärgerichts wurde überhaupt nicht gehört; er zog aus dieser Uebergehung seiner Behörde die Konsequenzen und nahm seinen Abschied, nachdem kurz zuvor aus dem Kabinett eine Entscheidung ergangen war, die dem Kriegsminister und dem Staatssekretär des Reichsmarineamts die Befehlsbefugnis zur Gesetzesauslegung zuspricht."—

Republikanische Feinde des allgemeinen gleichen Wahlrechts!

In der freien Hansestadt Bremen, allwo ein verrottetes Berufs- und Ständewahlrecht zur Bürgerschaft in Geltung ist, hat die bürgerliche Mehrheit dieser Körperschaft am Mittwoch einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts abgelehnt. Mit 86 gegen 31 Stimmen fiel er. Einige Linksliberale stimmten mit unseren Genossen, zwei ihrer Vertreter befürworteten auch den Antrag, die übrigen Liberalen aber ließen den Chefredakteur E. Fitger von der „Weserzeitung" den trefflichen Ausführungen des Genossen Henke einige belanglose Worte entgegensetzen, und stimmten dann den Antrag nieder. Herr E. Fitger ist natürlich ein begeisterter Verteidiger des allgemeinen Wahlrechts außerhalb Bremens; wenn aber die „freie" Hansestadt selbst in Frage kommt, so fliegen die liberalen Grundsätze auf den Müll, weil man doch keine sozialdemokratische Mehrheit in der Bürgerschaft herbeiführen helfen darf.

Die Besitzenden können sich keinen Staat vorstellen, in dem nicht sie die Herrschenden sind. Sie werden sich indes doch einmal daran gewöhnen müssen. Auf die Dauer werden sie die Entrechtung der großen Volksmasse nicht aufrecht erhalten können.

Gegen die Lebensmittelteuerung.

Große Protestversammlungen gegen Fleisch- und Milchverteuerung haben die Genossen in verschiedenen Städten veranstaltet. In Bremen und Umgegend fanden am Montag sechs große Massenversammlungen statt, die scharfe Protestresolutionen faßten. Aus Dresden werden zwei große Versammlungen gemeldet. Dort, wo auch eine lokale Milchverteuerung von Landwirten und Händlern vorgenommen worden ist, haben die Versammelten in Aussicht gestellt, daß die Konsumvereine die Milchversorgung ihrer Mitglieder in die Hand nehmen werden. In Frankfurt a. M., wo ebenfalls eine lokale Milchverteuerung zu bekämpfen ist, hat der Konsumverein bereits den Kampf aufgenommen. —

Geistliche Wahlmache. So wie in Baden bei den letzten Landtagswahlen haben sich auch bei den letzten Bezirkstagswahlen im Reichslande die katholischen Geistlichen unzulässige Wahlbeeinflussungen und Wahltreibereien zuschulden kommen lassen. Dies veranlaßte die in den Kantonen Dammerkirch und Hirsingen im Oberelsaß unterlegenen Liberalen gegen die Wahlen in diesen beiden Kantonen Protest einzulegen. Nach umfangreichen Erhebungen kam der Bezirksrat am Donnerstag dazu, die Wahl des klerikalen Reichstagsabgeordneten Dr. Ricklin im Kanton Dammerkirch für ungültig zu erklären und betreffs der Wahl des klerikalen Dr. Hangy im Kanton Hirsingen den Beschluß zu fassen, weitere Erhebungen zu veranstalten. Die Klerikalen sind natürlich mit diesem Beschluß nicht einverstanden. —

Notlage der württembergischen Weinbauern. Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat heute einen Antrag betreffend die Notlage der Weingärtner angenommen, in dem die Regierung ersucht wird, Erhebungen über den Ausfall der Traubenernte und die wirtschaftliche Lage der Weingärtner anzustellen, den bedrängten Weingärtnern für das laufende Jahr die Grundsteuer nachzulassen und die Einkommensteuer auf die Dauer von zwei Jahren zu stunden, ferner Notstandsdarlehen an Genossenschaften oder Gemeinden zur Verfügung zu stellen, Notstandsarbeiten zu veranstalten und im kommenden Jahre durch Belehrung eine organisierte Bekämpfung der Rebkrankheiten zu veranlassen, sowie für weitere Instrukteure und für die Bekämpfungsmittel entsprechende Summen in den nächsten Etat zu stellen. —

Wieder nichts Belastendes. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: Das Ermittelungsverfahren gegen den von dem vom Dienst suspendierten Beamten Wistuba beschuldigten Bezirksamtmann Dr. Kersting hat keinerlei belastende Momente ergeben. Es ist daher angeordnet worden, daß Kersting im Anfang November die Ausreise nach Togo antritt. —

Ausland.

Schweiz.

Handelsvertrag mit Frankreich.

Vergangenen Sonnabendabend wurde zwischen den Vertretern der Schweiz und Frankreichs in Sachen des Handelsübereinkommens eine Einigung erzielt. Bezüglich der strittigen Positionen (Seidengewebe, Rex-Stickereien, Farben, Tressen usw.) ist also nach langwierigen Verhandlungen durch das Nachgeben Frankreichs eine Verständigung möglich geworden. Nicht ohne Interesse ist die Tatsache, daß es sich diesmal nicht mehr wie bisher nur um ein jederzeit kündbares provisorisches Abkommen (Arrangement), sondern um eine Konvention handelt, die von beiden Seiten einjährige feste Dauer mit einjähriger Kündigung vorsieht. Der Vertrag soll am 20. November in Kraft treten. Die beiden Parlamente müssen ihn allerdings noch genehmigen. Da zum Schluß nur noch eine geringfügige Differenz wegen der Stickereien mit Tülleinlagen bestand, so ist am Abschluß des Handelsvertrages kaum noch zu zweifeln.

Es scheint, daß in dem Vertrag französischerseits keinerlei Positionen enthalten sind, welche — auf Deutschland angewandt — Frankreich bedeutenden Schaden zufügen bezw. gefährliche Konkurrenz bringen müßten. Bekanntlich ist ja Frankreich im Jahre 1892 deshalb vom System des Konventionaltarifes zu dem des autonomen Doppeltarifs übergegangen, weil es nach dem Wortlaut des § 11 des Frankfurter Friedens vom Jahre 1871 Deutschland die nämlichen Zollvergünstigungen gewähren mußte, die es England, Belgien, Holland, der Schweiz, Oesterreich und Rußland zubilligen werde und umgekehrt (relative Meistbegünstigung). Der Zwang für Frankreich, Deutschland die erwähnte Meistbegünstigung genießen zu lassen, hat eben Frankreich von dem durch den Cobdenvertrag von 1860 inaugurierten System des Konventionaltarifes abgebracht. Es hat seither Deutschland vorangehen lassen! Obwohl für Frankreich (wie auch für Deutschland) die zitierte Friedensbestimmung ein zweischneidiges Schwert ist, so hat sie hinwiederum Frankreich bei den Handelsvertrags-Unterhandlungen mit einem der genannten sechs Staaten auch wesentliche Dienste geleistet. Wenn die Schweiz auf eine bestimmte Position eine Ermäßigung wollte, so bemerkten die französischen Unterhändler: „Sehen Sie, meine Herren, wir würden Ihnen da gerne entgegenkommen, aber es ist uns leider unmöglich gemacht durch den Zwang, die Vergünstigung nachher auch Deutschland mitgenießen zu lassen!"

Man nahm allgemein an, Frankreich werde mit der Schweiz auch diesmal keinen Konventionaltarif abschließen, sondern lediglich eine sogenannte Handelsübereinkunft (Handelsabkommen), also ein gewisses Provisorium, eben um dem genannten § 11 auszuweichen. Die Tatsache nun, daß Frankreich an diesem Modus nicht mehr festgehalten hat, scheint darauf hinzudeuten, daß es ihm geglückt ist, die Positionen des Vertrages so zu gestalten, daß dem Deutschen Reiche trotz alledem kein besonderer Vorteil daraus erwachsen kann! In der Tat sind bereits im gegenwärtig bestehenden Provisorium bei der Position Plüschfabrikate auf die für Deutschland recht wichtigen, für die Schweiz aber belanglosen Stickereispezialitäten usw. die Sätze bedeutend erhöht worden! Man darf also annehmen, daß die Vertreter Frankreichs dessen Interessen gegen Deutschland in dem nunmehr so gut wie perfekt gewordenen Vertragsentwurf mit der Schweiz gewahrt haben. —

Frankreich.

Die Ministerkrisis.

Paris, 18. Oktober. (Eig. Ber.)

Die Demission Sarriens, die Eingeweihten nicht überraschend gekommen ist, hat ihre Ursache in der wirklich ernsten Krankheit des Ministerpräsidenten. Daneben spielen noch reichlich politische Gründe mit, und ihre unmittelbarste Veranlassung scheint die Affäre eines hohen Beamten im Justizministerium gewesen zu sein, den Clémenceau in einer seiner unzähligen Reden dieser Tage zur Dokumentierung der republikanischen Lauterkeit just in demselben Moment preisgab, da Sarrien den wegen arger Lumpereien Gemaßregelten feierlich rehabilitierte. Ob Clémenceau, der seine Loyalität gegen Sarrien beteuert hat, diesen absichtlich in eine so unangenehme Lage gebracht hat, scheint zweifelhaft. Nicht als ob man diesem skrupellosen Machtwerber eine biedermännische Wahrheitsmoral zutrauen wollte, aber es ist immerhin zweifelhaft, ob der Rücktritt Sarriens Herrn Clémenceau wirklich den Weg zum höchsten Regierungsposten freigemacht hat.

Clémenceau hat auf der äußersten Linken viele Gegner, und der Massenverschleiß von Gemeinplätzen, den er in den letzten Tagen im Umherziehen betrieben hat, war nicht danach angetan, das Vertrauen der Republikaner zu ihm zu stärken. Man hat es jetzt aus seinem Munde, daß er so gut wie gar kein Programm hat, daß er außer ein paar belanglosen Verwaltungsreformen nichts Bestimmtes anzufangen weiß und in sozialen Dingen so ratlos und widerwillig ist wie der vulgärste Vulgärdemokrat, mit dem er ja auch den „unabhängigen Sozialismus" gemein hat.

Clémenceau hat überall gegen Jaurès und die geeinigten Sozialisten polemisiert. Der Aerger des unzweifelhaft scharfsinnigen politischen Beobachters zeigt, daß der Sozialismus eine immer mächtigere Stellung in der französischen Gesellschaft erobert und das große Problem der Zukunft ist, aber er zeigt auch, daß die bürgerliche Demokratie mit ihrem Latein zu Ende ist. Clémenceau würde wahrscheinlich seine Majorität gar nicht von der äußersten Linken her sammeln wollen, sondern eher einen Anschluß an die gemäßigteren, großbürgerlichen Gruppen suchen, denen er seit der Maibewegung, wo er seine Schneidigkeit bewies, Vertrauen einflößt. Aber eben darum herrscht in der radikalsozialistischen Partei ein merkliches Mißtrauen gegen ihn, das durch die Unzuverlässigkeit seines kirchenpolitischen Radikalismus noch gestärkt wird. Die Neigung, Combes wieder an der Spitze der Regierung zu sehen, gibt sich in diesen Kreisen deutlich kund, wobei allerdings auch die trügerische Hoffnung mitspielen mag, daß sich die Sozialisten neuerdings bereit finden möchten, Regierungspartei zu werden.

Vorläufig scheint immerhin ein Ministerium Clémenceau wahrscheinlicher. Sarriens Nachfolger im Justizministerium wird wohl Viviani werden — ein Aufputz von „unabhängigem Sozialismus". Auch Briand wird vermutlich seinen Posten behalten. Für die ernsten Kampfzeiten, die der vom Klerikalismus angegriffenen Demokratie bevorzustehen scheinen, ist die Situation in den republikanischen Parteien nicht gerade günstig. Die Zersetzung des bürgerlichen Republikanismus, die in den letzten Monaten durch die persönliche Bedeutungslosigkeit des nominellen Regierungschefs einigermaßen verdeckt bleiben konnte, tritt jetzt klar hervor.

*

Paris, 19. Oktober. Ueber den heutigen Ministerrat wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Sarrien brachte seinen Kollegen sein von ihm an den Präsidenten Fallières gerichtetes Entlassungsgesuch zur Kenntnis. Trotz lebhaften Ersuchens seitens der Minister, im Amte zu verbleiben, beharrte Sarrien bei seinem Entschluß. Die Minister unterzeichneten hiernach ein gemeinsames Entlassungsschreiben, welches sie Sarrien überreichten. Der Minister des Aeußern Bourgeois und der Handelsminister Doumergue teilten die Weisungen mit, die sie dem Botschafter Cambon in betreff der Fortsetzung der französisch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen zukommen ließen. Bourgeois übermittelte alsdann dem Ministerrat den Bericht der Kommission, welche mit der Organisation des französischen Schulunterrichts im Orient betraut ist.

Zwei weitere Meldungen besagen:

Paris, 19. Oktober. In dem heutigen Ministerrate stellte der Ministerpräsident Sarrien fest, daß die gegenwärtige Krise keinen politischen Charakter trage, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß der neue Ministerpräsident aus den gegenwärtigen Ministern gewählt werde. Das Ergebnis der Sitzung teilte Sarrien sogleich telephonisch dem Präsidenten Fallières, der in Rambouillet weilt, mit.

Paris, 19. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) Zurzeit scheint es sicher, daß der Kultusminister Briand, Ackerbauminister Ruau, Marineminister Thomson und der Minister der öffentlichen Arbeiten Barthou ihre Portefeuilles wieder annehmen werden. Der Finanzminister Poincaré zieht sich endgültig zurück, um einen Konflikt mit der Budgetkommission zu vermeiden, die seine hauptsächlichen Vorschläge zurückweist. Er ist überzeugt, daß die Kommission ein Budget von kleinen Aushülfsmitteln mit einem trügerischen Gleichgewicht ausarbeite. Er tritt daher lieber zurück, als seine Ueberzeugung zu opfern.

Eine andere „Kombination" lautet: Als mutmaßlicher Nachfolger des Kriegsministers Etienne gilt Berteaux, für das Kolonialressort werden Dessaibne und Letzgues genannt, Thomson wird das Marine-Portefeuille beibehalten. Als Nachfolger des Finanzministers Poincaré bezeichnet man Caillaux oder Geauthier. **Millerand** soll das Handelsministerium übernehmen, während für das Justizministerium Cruppi oder Viviani in Betracht kommen. —

In die gestrige Notiz haben sich zwei Druckfehler eingeschlichen. Es fehlt der Name des Genossen Jaurès, dem Clémenceau vor einigen Monaten (nicht Wochen) in der Kammer opponierte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Bei den gegenwärtigen Metallarbeiterstreiks ist eine Veränderung der Lage bislang noch nicht eingetreten. Die Werkzeugmacher stehen mit ihren Arbeitgebern in Unterhandlungen. Eine Einigung über den vorgelegten Tarif wurde allerdings noch nicht erzielt. — Die Firma Keyling u. Thomas will es anscheinend darauf ankommen lassen, daß ihr Betrieb eine Zeitlang brach liegen bleibt. Sie hat die Streikenden durch einen Fabrikanschlag aufgefordert, heute sämtlich ihre Werkzeuge abzuliefern. Da die Firma nun keine Aussicht hat, die volle Zahl der Streikenden etwa durch Arbeitswillige zu ersetzen, so dürfte der Betrieb wohl längere Zeit eingestellt werden, wenn es die Direktion nicht doch noch vorzieht, mit den Streikenden eine Verständigung herbeizuführen. — Auch in den Siemens-Schuckert-Werken dauert der Ausstand fort. — Ein neuer Streik ist bei der Firma Schoening, Maschinenfabrik in der Uferstraße, ausgebrochen. Anlaß zur Arbeitsniederlegung gab die Maßregelung von Werkstatt-Kommissionsmitgliedern. Hier sowohl wie überall entfaltet die Polizei wieder ihre gewohnte „energische Tätigkeit" gegen die Streikposten in so hervorragendem Maße, daß man fast annehmen könnte, es sollte unter den Streikenden der Räuberhauptmann von Köpenick herausgesucht werden. — Die genannten Betriebe sind natürlich nach wie vor gesperrt.

Die Verhandlungen über den Tarif der Holzarbeiter sind bereits im Gange. Am Donnerstag fand eine Sitzung der Schlichtungskommission statt, wo die Neugestaltung des Tarifs besprochen wurde. Die Vertreter der Arbeiter trugen ihre Wünsche vor, wie sie in der Resolution der Vertrauensmännerversammlung niedergelegt sind. Hinsichtlich der Arbeitszeit vertrat Glocke den Standpunkt, daß die zurzeit im Gewerbe bestehende kürzeste Arbeitszeit als Norm für die Neuregelung angenommen werde. Die Vertreter der Arbeitgeber haben hierzu noch keine bestimmte Stellung genommen. Die Kommission kam über allgemeine Auseinandersetzungen nicht hinaus. Daß hinsichtlich der Arbeitszeit und der Abschlagzahlung beziehungsweise des Minimallohnes einheitliche Verhältnisse für das ganze Gewerbe geschaffen werden müßten, war auch die Meinung der Arbeitgeber. Man einigte sich nunmehr dahin, daß die grundlegenden Fragen: Festsetzung der Arbeitszeit und des Mindestlohnsatzes in den nächsten Sitzungen der Kommission beraten werden. Wenn diese Fragen entschieden sind, dann soll für jede Spezialbranche — es sind deren 17 — eine Unterkommission eingesetzt werden, welche die für die Branchen in Frage kommenden Einzelheiten zu beraten hat.

Der Streik der Isolierer ist am Donnerstag nach zirka dreiwöchentlicher Dauer, nachdem nochmals Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden hatten, beendet. Die Unternehmer erklärten sich bereit, den Tarif mit einer zehnprozentigen Lohnerhöhung auf ein Jahr und zwar bis zum 31. Oktober 1907 anzunehmen. Im Laufe des Freitags und Sonnabends sollte überall die Arbeit wieder aufgenommen werden. — In dem Bericht vom Donnerstag ist uns ein Irrtum unterlaufen. Es war nicht der Bauführer Bammler, sondern der Buchhalter Soltau, welcher Arbeitswilligendienste geleistet hat.

Mühlenarbeiter. Die Differenzen unseres Verbandes mit der Firma Meyer u. Jacoby (Mehlmühle) sind durch Vergleich zwischen der Firma und unserer Organisation beendigt und wird die Sperre über die Firma wieder aufgehoben.

Verband deutscher Mühlenarbeiter.

Deutsches Reich.

Doornkaat.

Das Nationalgetränk der Ostfriesen und der Bewohner des westlichen Oldenburgs ist leider noch immer ein scharfer Schnaps, ein wie trischer Brandy brennendes Höllengetränk, der sogenannte Doornkaat. Dieser wasserhelle Fusel führt seinen Namen nach der jahrhundertalten holländischen Schnapsbrennerfirma Doornkaat in der ostfriesischen Stadt Norden. Gleichzeitig besitzt diese Firma auch eine große Brauerei. Die Arbeiterlöhne waren in diesen nach patriarchalischem System geleiteten Betrieben bisher geradezu erbärmlich. Erst im Laufe dieses Jahres wurde der Wochenlohn in dem der Nähe Norderneys wegen sehr teuren Norden auf 16,50 M. festgesetzt. Vorher hatten die Arbeiter 13,50 M. wöchentlich erhalten. Indessen hatte sich die Firma mit Rücksicht auf ihr großes Etablissement Friedrichshof in Bant im Jahre 1904 dazu herbeigelassen, mit den organisierten Brauereiarbeitern einen Tarifvertrag abzuschließen. Bald jedoch kam die Gegnerschaft der Firma in zahlreichen Schikanierungen und Entlassungen der organisierten Arbeiter zum Ausdrucke, wobei die Christlichen in die Stellen der freien Gewerkschaftler einrückten.

Am 1. Oktober d. J. war nun der Tarif zwischen der Firma und dem Brauereiarbeiterverbande, von dem Doornkaat 31 Mitglieder beschäftigte, abgelaufen. Die Firma lehnte jetzt die Abschließung eines neuen Tarifvertrages, in der auch die Brennereiarbeiter eingeschlossen werden sollten, ab. Es wurde in diesem Tarife ein Wochenlohn von 18 M. und eine 9½stündige Maximalarbeitszeit gefordert. Trotz der anfänglichen Ablehnung erklärte sich schließlich doch die Firma zur Annahme des Tarifs bereit und wollte ihn dem Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft vorlegen. Nach 14tägigem Warten erhielt jedoch der Verbandsleiter der Brauereiarbeiter die Antwort, daß die Firma Doornkaat sich anders besonnen habe, den Vertrag nicht anerkenne und mit der Organisation überhaupt nicht verhandeln werde. Dieser Erklärung folgte die Tat, die organisierten Arbeiter wurden im buchstäblichen Sinne des Wortes aus den Doornkaatschen Betrieben hinausgeworfen. Dabei ist es gerade das arbeitende Volk, das die Doornkaatschen Getränke konsumiert, und in dem der Firma Doornkaat gehörigen Gewerkschaftshaus Friedrichshof in Bant dürfen vertragsmäßig ebenfalls nur Doornkaatsche Getränke verzapft werden.

Natürlich wurden sofort von dem Gewerkschaftskartell in Norden die Doornkaatschen Getränke boykottiert und das Gewerkschaftskartell in Emden schloß sich ohne weiteres dem Boykott an. Das Gewerkschaftskartell in Bant war dagegen in einer mißlichen Lage. Alle Gewerkschaften sind in den Friedrichshof übergesiedelt, in dem sich auch das Arbeitersekretariat befindet. Dort aber wurden bisher die Doornkaatschen Getränke vertragsmäßig verzapft, so daß es gerade die organisierten Arbeiter waren, die fast allein in Bant-Wilhelmshaven Doornkaatsches Bier konsumierten. Das Gewerkschaftskartell Bant verhängte deshalb nicht sofort den Boykott über Doornkaat, sondern bot seine Vermittlung an. Die mit dem Kartell im Vertragsverhältnis stehende Firma Doornkaat hielt es aber nicht einmal der Mühe wert, nur eine Antwort zu geben. So wurde denn auch in Bant-Wilhelmshaven in einer großen öffentlichen Volksversammlung am 17. d. M. beschlossen, auch in Bant-Wilhelmshaven die Doornkaatschen Getränke zu boykottieren, und folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

> Die heute abend in Sadewassers Tivoli zirka 1500 Versammelten sprechen den in Norden um das Recht der Organisation kämpfenden Arbeitern der Firma Doornkaat ihre volle Sympathie aus und erklären sich mit ihnen in diesem Kampfe solidarisch.
>
> Sie verpflichten sich aus diesem Grunde, auf den Genuß der Doornkaatschen Getränke — Schnaps und Bier — so lange zu verzichten, bis die Firma Doornkaat ihren Arbeitern das Recht der Organisation rückhaltlos gewährt und zu einem ehrlichen Frieden geneigt ist.
>
> Die Versammlung erwartet von der Arbeiterschaft von Wilhelmshaven und Rüstringen, daß sie sich dieser Stellungnahme anschließt und mit allem Ernste und aller Entschiedenheit hilft, den Boykott durchzuführen.

Der Boykott ist insofern besonders interessant, als damit das Gewerkschaftslokal selbst getroffen wird und in den darin abgehaltenen Versammlungen kein Bier und kein Schnaps getrunken werden darf. Der neue Wirt des Gewerkschaftshauses will jedoch alsbald fremdes Bier zum Ausschank bringen. Man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß die Firma Doornkaat den Boykott absichtlich heraufbeschworen hat, um den Friedrichshof, das größte und zentral gelegene Versammlungslokal Bants, der organisierten Arbeiterschaft wieder zu entziehen. Verschiedene Aeußerungen lassen sogar vermuten, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie im Verein mit der Marineverwaltung hier einen Vorstoß gegen die organisierte Arbeiterschaft versucht.

Der Kampf auf „Rote Erde".

Der Streik der Hüttenarbeiter auf „Rote Erde" zu Aachen ist beendet. Die Arbeit wird heute und die folgenden Tage wieder aufgenommen. Der Abbruch des Kampfes war notwendig, weil der Gewerkverein unter der Hand seine Leute bearbeitete und dadurch die Einheit der Bewegung gefährdete. Bereits vor 14 Tagen, als die Hüttendirektion ihre Bedingungen diktierte, bog sich den Leitern des Gewerkvereins das Rückgrat wie Gummi. Gleichauf vom Generalrat hielt seinen Mitgliedern eine Grabrede und suchte sie durch eine geheime Abstimmung für den Abbruch des Kampfes zu gewinnen. Der Versuch mißlang. An der Abstimmung beteiligten sich von etwa 2600 Streikenden und Ausgesperrten etwa 1500. Von 1417 Gewerkvereinlern stimmten 656 für Fortsetzung, 127 für Abbruch des Kampfes; von 700 „christlich" Organisierten stimmten 508 gegen, 11 für, und von 237 Mitgliedern des freien Verbandes 174 gegen, und 4 für die Beendigung. Die Grabrede hatte ihre Wirkung verfehlt. Gleichauf dampfte nach Berlin und dort beschloß der Generalrat, daß der Kampf abzubrechen sei. Die „Hirsche" minierten in Aachen weiter, ließen durch ihre Getreuen unter den Streikenden Listen zirkulieren, in welche sich diejenigen einzeichnen sollten, welche gern die Arbeit aufnähmen. Damit war Mißtrauen in die bisher musterhaften Reihen der Streikenden gesät; das Vertrauen zur eigenen Kraft begann zu weichen. Dazu kam, daß der Gewerkverein seine Leute nur mit ganz geringen Unterstützungen abspeiste. Ein weiterer Uebelstand machte sich in Preßmitteilungen liberaler und freisinniger Blätter bemerkbar. Zwar gelang es durch die Alarmrufe der „Rheinischen Zeitung", das drohende Durcheinander zu verhüten, aber bei dem Stand der Sache bei den Gewerkvereinlern wurde eine Fortsetzung des Kampfes, welcher die Hütte entweder zur Nachgiebigkeit zwingen mußte, oder sie auf lange Zeit hinaus in die schwierigsten Verlegenheiten brachte, unmöglich. Der freie Verband hatte für seine Beteiligten umfassende Maßnahmen getroffen. Für die Kinder der Streikenden lagen reichlich Angebote auf Uebernahme in andere Familien während der Dauer des Kampfes vor. Der Allgemeine Konsumverein für Aachen hatte beschlossen, seine beteiligten Mitglieder auf 4 Wochen die Hälfte des durchschnittlichen Wochenbedarfs an Lebensmitteln umsonst zu verabfolgen. Die Unterstützung aus Verbandsmitteln war reichlich vorhanden und konnte mehrfach über die statutgemäßen Bestimmungen erhöht werden. Bei solcher Lage war der Chorgeist der Streikenden ein sehr guter und noch wochenlang hätte der Kampf dauern können. Anders bei den Hirsch-Dunckerschen. Da war Schmalhans schon längst Küchenmeister. Der Generalrat hielt die Hand auf dem Sacke. Dort Lohnkämpfe zu führen, wo es eventuell einen ordentlichen Happen kostet, sind die Herren nicht gewillt; sie müssen trotz ihres Schwabenalters noch erst lernen, wie gekämpft werden muß. Auch beim „christlichen" Verbande stand es um die Unterstützung nicht besonders. Die Raten wurden knapp gehalten. Angesichts dieser Sachlage verdient das Verhalten der Hüttenleute alle Anerkennung. Sie haben sich zwei Monate tapfer gehalten und gehen ungebrochen wieder hinein. Die Notwendigkeit, unter diesen Umständen den Kampf abzubrechen, wurde von der Lohnkommission einstimmig anerkannt. Sie ersuchte die Direktion um erneute Verhandlungen und hat diese mit ihr am Mittwoch in fünfstündigen Verhandlungen zu Ende geführt. Die getroffenen Vereinbarungen lauten: Die Lohnforderungen, soweit sie das Angebot der Direktion vom 2. August übertreffen, werden zurückgezogen. Das Angebot der Hütte vom gleichen Tage wird angenommen. Die Direktion erklärt, von der ärztlichen Untersuchung bei Aufnahme der Arbeit absehen, daß ferner die bisherige Lohnkommission auch nach Wiederaufnahme der Arbeit fortbestehen solle, um Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll in der Weise erfolgen, daß zunächst Ofen-, Walzwerks- und Maschinistenpersonale der Walzwerke sich zur Aufnahme vorstellen. Sobald es dann feststeht, daß die Walzwerke wieder den vollen Betrieb aufnehmen können, werden die übrigen Abteilungen aufgenommen, und zwar so rasch als dieses tunlich erscheint. Alle Arbeiter, mit Ausnahme von 4, werden wieder eingestellt, falls sie sich innerhalb der nächsten 8 Tage zur Wiederaufnahme der Arbeit melden.

Damit ist der schwere Kampf vorab zu Ende; aber seine Nachwehen werden sich zeigen in einer mächtig gestiegenen Erkenntnis der Hüttenarbeiter von ihrer Klassenlage. Die Tausende, die den Kampf führten, haben erkannt und werden noch viel mehr erkennen, daß der wirtschaftliche Kampf ein starkes Rückgrat in der Gesetzgebung haben muß, und diese Erkenntnis wird sie unabänderlich zum großen Heerlager ihrer Klassengenossen, zur Sozialdemokratie, führen.

Zum Streik der Binnenschiffer. Die große Aktiengesellschaft „Vereinigte Elbschiffahrtsgesellschaften" gedenkt einen Teil ihres durch ihr eigenes Verhalten entstandenen Schadens infolge der Einstellung der Arbeit der Elbschiffer wieder herauszuschlagen, indem sie zunächst 18 und gestern noch 89 Bootsleute usw. beim Elbzollgericht (Amtsgericht Hamburg, Abteilung XII) verklagt hat auf Zahlung des Schadens, der ihr durch die Beklagten erwachsen sei. Begründet wird die Klage mit Kontraktbruch, weil die Schiffer im Kündigungsverhältnis gestanden, aber kontraktbrüchig die Arbeit eingestellt hätten.

Streikbrecher und Mörder.

Der Bauunternehmer Arnold in Lechhausen wurde am vergangenen Freitag von dem Streikbrecher Kugelmann niedergestochen. Er ist nun unter furchtbaren Qualen gestorben. Das Messer war bis auf das Heft in den Unterleib eingedrungen. Der Mörder ist als ein roher Mensch und als Tagedieb bekannt, der nur wieder einmal arbeitete, um der hohen Ehre eines von den Unternehmern und der Polizei gehätschelten „Arbeitswilligen" teilhaftig zu werden.

Der Wert der gewerkschaftlichen Organisation. In einer Innungssitzung der Schmiedemeister in Kempten erzählte der „Altgesell" den Zöpflern, daß unter den übrigen Gesellen die Absicht bestehe, der Organisation beizutreten, wenn die Arbeitszeit nicht von 12 auf 11 Stunden verkürzt werde. Als die Gesellen nun zum Teil ihre Absicht wirklich ausführten, führten die Meister sofort „freiwillig" den Elfstundentag ein. — Man sieht daraus wieder, daß schon allein die Tatsache, daß die Arbeiter organisiert sind, für diese von Vorteil ist.

Die Arbeitgeberwahlen zum Gewerbegericht,

die am gestrigen Nachmittage stattfanden, brachten uns in einem Bezirke einen vollen Sieg. Es gelang den sozialdemokratischen Arbeitgebern im 34. Wahlbezirk mit 72 gegen 64 resp. 65 bürgerliche Stimmen die Genossen Gastwirt Johann Hönisch, Zeitungsspediteur Karl Marx, Zigarrenfabrikant Gustav Pinner und Kürschner Karl Knappert als Gewerbegerichtsbeisitzer zu wählen.

Nachstehend geben wir noch die Stimmenzahlen aus den anderen Wahlbezirken. 1. Bezirk: Bürgerliche 101, Sozialdemokraten 25 Stimmen; 4. Bezirk: Bürgerliche 48, Sozialdemokraten 9 Stimmen; 7. Bezirk: Bürgerliche 57, Sozialdemokraten 13 Stimmen; 10. Bezirk: Bürgerliche 78, Sozialdemokraten 22 Stimmen; 13. Bezirk: Bürgerliche 114, Sozialdemokraten 42 Stimmen; 16. Bezirk: Von diesem Bezirk erhielten wir kein Resultat; 22. Bezirk: Bürgerliche 70, Sozialdemokraten 18 Stimmen; 25. Bezirk: Bürgerliche 70, Sozialdemokraten 33 Stimmen; 28. Bezirk: Bürgerliche 58, Sozialdemokraten 18 Stimmen; 31. Bezirk: Bürgerliche 49, Sozialdemokraten 23 Stimmen; 37. Bezirk: Bürgerliche 48, Sozialdemokraten 21 Stimmen; 40. Bezirk: Bürgerliche 59, Sozialdemokraten 23 Stimmen; 43. Bezirk: Bürgerliche 80, Sozialdemokraten 47 Stimmen; 46. Bezirk: Bürgerliche 83, Sozialdemokraten 55 Stimmen.

Die vorstehenden Zahlen beweisen, daß in einer Anzahl Bezirke eine recht erhebliche Zahl Arbeitgeber sich offen zur Sozialdemokratie bekennt. Wenn es auch schwer ist, in den Schichten der Arbeitgeber gerade bei diesen Wahlen Erfolge zu erzielen, so werden die erreichten Stimmen unseren Genossen ein Ansporn sein, bei zukünftigen Wahlen mit noch größerer Kraft für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein gewaltiger Brand

kam gestern abend in der Dresdenerstr. 38 zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehr stundenlang. Das Feuer kam im dritten Stock des Quergebäudes in der Celluloidfabrik von Noah aus und verbreitete sich mit unheimlicher Schnelligkeit. Als die ersten Löschzüge der Feuerwehr eintrafen, bildete der dritte Stock bereits ein einziges Feuermeer. Da sofort bekannt wurde, daß das Haupt-Celluloidlager sich in dem angrenzenden Seitenflügel befinde, so wandte die Wehr unter Leitung des Branddirektors Reichel alle Mittel an, um ein Ueberspringen des Feuers nach jener gefährlichen Stelle zu verhüten. Von der Dresdenerstraße und vom Kaiser Franz Grenadierplatz aus wurde mit elf Schlauchleitungen vorgegangen. Trotzdem ergriff das Feuer auch den vierten Stock und richtete dort in der Tischlerei von Gärtner und in der Pappschachtelfabrik von Hanel großen Schaden an. Wenn auch nach einstündiger Löscharbeit die Hauptgefahr beseitigt war, so dauerte doch die vollständige Ablöschung noch stundenlang. Der entstandene Schaden ist ganz bedeutend. Ueber die Entstehungsursache ist nichts ermittelt.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Bochum, 19. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Infolge mehrfacher Anfragen, ob die Bergbauvereine ihre angeblich in Berlin beschlossene Ablehnung der Forderungen der Bergarbeitervorstände bereits eingesandt hätten und welche Stellung diese nun einzunehmen gedenken, trat heute die Siebener-Kommission zu einer Sitzung zusammen. Es wurde mitgeteilt, daß, abgesehen von einigen kleineren Braunkohlenwerken, noch keine Antwort, namentlich keine von einem Bergbauverein eingegangen ist. Es werden wohl auch kaum vor dem 25. d. Mts. solche zu erwarten sein. Zu konstatieren ist, daß sämtliche Verbandsvorstände und die Siebenerkommission noch wie vor an den gestellten Forderungen einmütig festhalten. Alle anderen Kombinationen, namentlich die, daß die Vertreter des christlichen Gewerkvereins von den gemeinsam gestellten Forderungen abgewichen seien, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Siebenerkommission ersucht nochmals alle Kameraden, sich unter keinen Umständen, auch nicht durch aufregende Preßnachrichten irgend welcher Art, zu unüberlegten Schritten hinreißen zu lassen, sondern äußerst strenge Disziplin zu halten und in aller Ruhe abzuwarten, welche Beschlüsse nach Eingang der Antworten die Verbandsleitung und die Siebenerkommission fassen werden. Mögen dann diese Beschlüsse ausfallen, wie sie wollen, so müssen sie allerseits streng beachtet werden. Kaltes Blut ist die Parole in dieser ernsten Zeit.

Staatsgefährliche Lichtbildervorträge.

Weida, 19. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Polizei **verbot** den für Sonnabend in Aussicht genommenen Lichtbildervortrag des Genossen Grempe-Berlin über **„Die Freiheitskämpfe in Rußland"**.

Zur Buchdruckerbewegung.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. (B. H.) In einer stark besuchten Versammlung der Buchdruckergehülfen wurde gestern an dem neuen Tarif und dem Tarifvertrag starke Kritik geübt, obwohl ja nichts mehr daran zu ändern sei. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der die **Haltung des Zentralvorstandes verurteilt wird und die Versammlung sich der Berliner Resolution anschließt und die Einberufung einer außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung gefordert wird.**

Ein ganzes Dorf abgebrannt.

Budapest, 19. Oktober. (B. H.) **Die Ortschaft Marosdeda aus über 150 Wohnhäusern bestehend ist mit dem Postamt niedergebrannt.** Das Feuer dauert fort.

Das beleidigte Heer.

Petersburg, 19. Oktober. (W. T. B.) Das Bezirksgericht verurteilte heute die Redakteure der „Strana", Maxim Kowalewski und Professor Iwan Jukow **wegen Beleidigung des Heeres zu zwei Wochen Gefängnis.**

Ein folgenschwerer Zyklon.

New York, 19. Oktober. (W. T. B.) Nachrichten aus Havanna besagen, daß der über Kuba hinweggegangene Cyklon **der schlimste gewesen ist, der je die Insel betroffen hat.** Es sollen 94 **Eingeborene und 16 Ausländer ums Leben gekommen sein.** Die amerikanischen Kriegsschiffe haben sämtlich den Sturm gut überstanden, mit Ausnahme des Kreuzers „Brooklyn", der auf Strand getrieben ist. Ueber 1000 Lagerzelte sind vom Wind in Stücke zerrissen und viele Häuser umgeweht bezw. abgedeckt worden. Die pekuniären Verluste sind sehr bedeutend, ebenso ist es der unter den Schiffen angerichtete Schaden. Die Verluste an Gut und Leben würden noch größeren Umfang erreicht haben, wenn das Herannahen des Sturmes nicht zeitig vorher gemeldet worden wäre.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Nr. 245. 23. Jahrgang. **1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Sonnabend, 20. Oktober 1906.

Anatomieleichen.

Vor der Strafkammer IV des Landgerichts stand am Donnerstag und Freitag der Vorsitzende der Hamburger Mitgliedschaft des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes, Genosse Schönberg, wegen angeblicher verleumderischer Beleidigung des Direktors Professor Dr. Lenhartz vom Staatskrankenhause Hamburg-Eppendorf und der übrigen für die Verwaltung der Anatomie der Anstalt verantwortlichen Beamten. Wie wir Anfang Dezember 1905 unter der Stichmarke „Leichenschacher?" berichteten, hat Schönberg in einer Versammlung der Arbeiter und Unterangestellten des Hamburgischen Staates Mitteilungen über angebliche Vorgänge in dem genannten Krankenhause gemacht, die weit über Hamburgs Grenzen hinaus Aufsehen erregten und auch im Hamburger Parlament zur Sprache gebracht wurden. Erst im letzten Augenblick wurde die Anklage erhoben, und nach beinahe elf Monaten fand die Verhandlung statt, zu der ein großer Zeugenapparat aufgeboten war. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Dr. Schultze, als Ankläger fungierte Staatsanwalt Dr. Ertel.

Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Nach den stenographischen Aufzeichnungen der überwachenden Beamten soll Sch. in der erwähnten Versammlung behauptet haben, „daß die Verwaltung eines Hamburger Krankenhauses in einigen Fällen die Angehörigen solcher Verstorbenen, deren Leichen an auswärtige Universitäten versandt worden waren, dadurch getäuscht hätte, daß man ihnen Särge überantwortet habe, in denen sich nicht Leichen, sondern Schutt und Asche oder aus Holz, alten Schürzen und einer Stange imitierte Leichen befunden hätten." Er soll ferner gesagt haben, daß bei diesem System der Weizen der besitzenden Klasse blühe, weil die Ergebnisse der Sektionen und der schwunghafte Leichenversandt an auswärtige Universitäten — wobei es sich selbstverständlich nur um die Leichen armer Leute handelte — doch in der Hauptsache nur der besitzenden Klasse zugute komme. Und das geschähe mit Erlaubnis eines Hohen Senats!

Der Angeklagte erklärt, ihm seien von einem früheren Anatomiewärter Mörike mehrere Fälle mitgeteilt worden, die ihm ganz ungeheuerlich erschienen. Mörike habe sich diese Fälle notiert, doch sei diesem ein Notizbuch abhanden gekommen. Der Leiche eines Pastors Ohlsen, dessen Sarg bereits zugelötet war, seien heimlich nach Oeffnung des Sarges die Nieren herausgenommen worden! Der Leiche eines als „arm" verstorbenen Buchbinders Heidenreich seien Arme und Beine abgetrennt worden; als dann bekannt wurde, daß der Verband die Beerdigung der Leiche des H. übernommen hatte, habe man die Arme einer Mädchenleiche geholt und diese der zerstückelten Leiche des H. beigelegt! Damit die kleinen Finger nicht auffielen, habe man Blumensträuße auf die Hände gelegt. Obwohl dem Professor Dr. Fraenkel mitgeteilt worden sei, daß die Leiche des H. nicht mehr als Armenleiche in Frage komme, habe Dr. F. gesagt: „Ach was, der Kerl bleibt hier!" worauf der Leiche noch das Rückgrat usw. entnommen worden sei. — Der Fall Karz liege noch krasser. Dessen Leiche sollte am Karfreitag 1905 beerdigt werden, doch war sie von einem Oberwärter in drei Teile zerschnitten worden. Nur das Mittelstück ist in den Sarg gelegt worden, während die anderen Teile an die Universität Würzburg versandt wurden. Dann wurde dem Sarge durch Zusatz von Asche die nötige Schwere verliehen! Damit die Leidtragenden nichts merkten, wurden die Fenster der Leichenhalle verhängt, und der Oberwärter sagte zu den Leuten, sie dürften nicht so nahe herantreten. — Der Angeklagte schilderte noch weitere Fälle, in denen von Angestellten der Anstalt Privatgeschäfte mit Leichenteilen, die sie nach auswärts sandten oder an Aerzte verkauften, gemacht worden sein sollen. — Der Vorsitzende bemerkte, daß wegen des Ausdruckes „schwunghafter Leichenversand" kein Strafantrag gestellt sei!

Auf Befragen erklärte der Angeklagte, er stände selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß Leichen zu wissenschaftlichen Zwecken zergliedert und wissenschaftlich interessante Körperteile den Anstalts- usw. Sammlungen einverleibt werden müßten. Ohne Wissen der Anstaltsverwaltung aber hätten die Unterangestellten hinter dem Rücken der Verwaltung den Versand von Leichen oder Leichenteilen bewerkstelligt und für eine Kiste etwa 45 M. bekommen.

Professor Dr. Lenhartz, Direktor des Staatskrankenhauses Hamburg-Eppendorf, bekundet, daß Leichen zu wissenschaftlichen Zwecken versandt und Leichen, deren Angehörige keinen Einspruch erheben, seziert würden, und zwar würden Sektionen an Leichen aller Klassen vorgenommen. In der ganzen Kulturwelt werde so gehandelt. Was den Leichen-Versand anlange, so kämen nur Leichen solcher Personen in Betracht, um die sich kein Angehöriger bekümmert habe; es handele sich mithin nur um sog. Armenleichen, die — um Reklamationen abzuwarten — wochenlang in der Anstalt verbleiben und dann erst zum Versand gelangen! —

Oberarzt Dr. Sick: Nur ein Fall sei ihm bekannt, daß von einer Negerleiche der Kopf entfernt worden sei, welcher der Sammlung einverleibt wurde.

Der Zeuge Mörike ist über 2½ Jahre im Krankenhause Hamburg-Eppendorf als Anatomiediener tätig gewesen. Trotz Einspruchs der Angehörigen seien Sektionen vorgenommen worden, so an einer Kinderleiche und an anderen, die er nicht mehr zu benennen vermöge, da ihm die Notizen fehlten. Der Leiche des Pastors habe man die Nieren entfernt, obwohl die Anverwandten nicht damit einverstanden waren. — Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß die Zustimmung der Verwandten vorlag!

Der Zeuge sagt weiter aus: Von der Leiche Heidenreichs sei nur das Schädeldach mit Kopfhaut beerdigt worden! Die Kopfhaut habe man mit nasser Watte ausgestopft, während ein aus Latten mit umgewickelter Holzwolle und anderen Stoffen hergerichtetes Gestell die übrigen Teile des Körpers markieren sollte!! Nach erfolgter „Restaurierung" dieser Leiche habe der Professor Dr. Fraenkel gesagt, die Leiche sehe „ganz gut" aus. Auf die Folgen des Meineides aufmerksam gemacht, behauptet der Zeuge, wiederholt gesehen zu haben, daß in mehreren Fällen statt der in Frage kommenden Leichen Schutt und Asche oder fremde Leichenteile eingesargt wurden. Durch eine eventuelle Exhumierung könnten seine Angaben bestätigt werden, weil dadurch nachgewiesen werden würde, was sich in den Särgen befinde.

Dr. Fraenkel bemerkt: Heidenreich habe an chronischer Wirbelsäulenversteifung gelitten, einer Wirbelsäulenaffektion, von der sich erst wenige Präparate in der Sammlung des pathologischen Instituts befanden. Da die Ursache dieser Erkrankung noch strittig sei, so sei es von Interesse gewesen, die Wirbelsäule des Heidenreich der Sammlung einzuverleiben. Von dem Oberwärter des Instituts sei ihm gemeldet worden, daß H. ohne Anverwandte verstorben und seine Leiche als Armenleiche zu beerdigen sei; deshalb hielt er, der Oberwärter, sich für berechtigt, die beiden oberen Extremitäten abzutrennen und an das anatomische Institut nach Würzburg zu senden, wozu der Direktor des Eppendorfer Krankenhauses allgemein die Erlaubnis erteilt habe. Am Tage nach der Sektion habe ihm der Oberwärter Oppenorth mitgeteilt, daß die Leiche des H. nicht als Armenleiche, sondern auf Kosten eines Verbandes beerdigt werde, er (O.) habe deshalb die Wirbelsäule, wie er (Dr. F.) ihm befohlen, der Leiche noch nicht entnommen. Aus dem genannten wissenschaftlichen Interesse habe er (Dr. F.) auf der Ausführung seines Befehls bestanden! Nach den Prinzipien der Anstalt halte er als Professor sich für berechtigt, jeder Leiche, ob arm ob reich, Teile zu entnehmen, wenn kein Einspruch erfolge!

Professor Dr. Fraenkel fügte seinen Angaben noch hinzu: Was den Fall Heidenreich anlange, so sei es ihm in diesem Falle ganz gleichgültig gewesen, ob die Leiche des H. als Armenleiche beerdigt wurde oder nicht; er habe sich nur vom wissenschaftlichen Interesse leiten lassen. Er halte sich für berechtigt, die Leichen zu sezieren und Teile derselben zurückzubehalten, wenn nicht rechtzeitig Einspruch erhoben werde, ganz gleich, ob es sich um die Leiche eines Kommerzienrates oder um eine Armenleiche handele. — —

Zeuge Oberwärter Opgenorth läßt sich über den Leichenversand nach auswärts aus: Seines Wissens seien Leichenteile außer an die schon genannten Universitäten (Kiel, Rostock, Würzburg, Straßburg) an die von Göttingen und an Dr. Unna-Hamburg geliefert worden. In einigen Fällen sei erst nachträglich die Erlaubnis zum Sezieren eingelaufen! Der Zeuge gibt zu, ohne Auftrag eines Oberarztes einer Leiche den Kopf abgeschnitten und versandt zu haben! Es handelte sich um den Kopf eines russischen Auswanderers, den er dem Anatomiediener in Straßburg geschickt habe, der ihn darum ersuchte. Auf dringliches Befragen des Staatsanwalts gibt er zögernd zu, daß er in noch drei Fällen Köpfe abgeschnitten und versandte! Dafür habe er Trinkgelder erhalten, wovon er wohl den ihm behülflichen Diener etwas abgegeben habe.

Zeuge Helmer, der früher in der Anstalt beschäftigt war, hat wiederholt beobachtet, daß Leichen die Köpfe abgetrennt wurden, die zum Versand gelangten.

Zeuge Oberleichendiener Ehrhardt bestätigt, daß in einigen Fällen das Gewicht abgeschnittener Leichenteile durch Einschütten von Sand und Asche ersetzt worden sei. Er gibt auch zu, daß er in dem Falle Heidenreich die fremden Arme (die Arme des Dienstmädchens) wieder entfernt habe.

Zeuge Leichendiener Niemeyer bestätigt das Abschneiden und den Versand der Köpfe. In dem einen Falle hat er, als der Oberwärter beim „Enthaupten" war, an der Tür Posten stehen müssen, damit kein Unberufener einträte! —

Zwei Buchbinder, die an der Beerdigung ihres Kollegen Heidenreich teilnahmen, waren ebenso wie die anderen Kollegen über die Veränderung am Kopfe der Leiche erstaunt und haben darüber Bemerkungen ausgetauscht. Sie haben nicht gewußt, daß sich nur Leichenreste im Sarge befanden.

Der Staatsanwalt hält den Angeklagten im Sinne der §§ 185 und 186 für schuldig: den Beweis für seine Behauptungen habe er nicht zu erbringen vermocht!! Selbst in den Fällen Heidenreich und Karz habe es sich nicht nur um Schutt und Asche gehandelt, sondern es hätten sich noch wesentliche Teile der Leichen in den Särgen befunden. Von einer „groben und gemeinen Täuschung der Angehörigen" könne also sogar in diesen Fällen nicht die Rede sein. Ein Versand von Leichen und Leichenteilen habe ordnungsgemäß stattgefunden, wie das in allen Kulturstaaten der Fall sei. Gewiß seien Unordnungen vorgekommen, aber er habe sich gewundert, daß nicht noch mehr vorgekommen seien! Ungehörigkeiten kämen überall vor, das sei in der menschlichen Natur begründet. Kleine Sachen seien aufgebauscht und „himmelschreiende Dinge" genannt worden. Hier sei bekundet worden, daß das Staatskrankenhaus Hamburg-Eppendorf eine der demokratischsten Institutionen sei, wo der Arme und der Reiche gleich behandelt würde! Die an den Leichen vorgenommenen Forschungen und Untersuchungen kämen doch in allererster Linie den armen Teufeln zugute!! Daher sei es ein schwerer Fehler gewesen, Mißtrauen in diese Verwaltung zu setzen. In Rücksicht auf den guten Glauben des bisher noch nicht vorbestraften Angeklagten beantrage er eine Geldstrafe von 200 M. bezw. 20 Tage Gefängnis.

* * *

Hamburg, 19. Oktober, nachmittags 6 Uhr 9 Min. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Nach vierstündiger Beratung spricht das Gericht unseren Genossen Schöneberg frei, weil der Wahrheitsbeweis insofern erbracht sei, als in zwei Fällen sich in den Särgen Leichenreste befanden, die nach Ansicht des Publikums nicht mehr als „Leichen" gelten konnten. Auch von der Anklage, formal beleidigt zu haben, wird Schöneberg freigesprochen, da er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Aus der Partei.

Die Parteiorganisationen zum Parteitag.

Im Wahlkreise Dresden-Altstadt erklärten sich die Delegierten mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. In der Debatte fielen nach dem Berichte der „Sächs. Arbeiterztg." folgende bemerkenswertere Ausführungen:

Genosse Dr. Gradnauer: ... Gerade die Tatsache, daß jetzt durch ernstes Wollen und vernünftiges Verhandeln die angeblich so großen Gegensätze friedlich gelöst werden konnten, beweist, wie übertrieben und unnötig die frühere erbitterte Polemik gewesen ist. Wenn man aus der jetzigen Situation heraus auf die Vorkommnisse der letzten 1½ Jahre zurückblickt, dann fragt man sich freilich vergeblich, wozu das alles nötig war. Hoffentlich wird daraus die Lehre gezogen werden, daß auch in Zukunft gewisse schädliche Methoden in der Behandlung von Meinungsverschiedenheiten nicht wiederkehren. Meinungsverschiedenheiten wird es natürlich immer geben. Auch in bezug des Massenstreiks bleiben Meinungsverschiedenheiten übrig, obgleich in Mannheim über diese Frage erhebliche Klärung geschaffen ist. Eine wertvolle Klärung in dieser Frage bedeute es, daß Genosse Bebel, in Uebereinstimmung mit der Jenenser Resolution, für Deutschland den Massenstreik von allen Erörterungen über eine soziale Revolution ferngehalten und ihn lediglich für eine bestimmte, klar umgrenzte politische Situation ins Auge gefaßt hat. Damit ist das, was man mit Recht „Revolutionsromantik" nennen kann, ausgeschaltet. Dagegen sei nach seiner, des Redners, Meinung über den Massenstreik als Angriffswaffe nicht hinreichende Klarheit geschaffen worden. In dieser Beziehung sei in Mannheim allerdings weit mehr Zurückhaltung geübt worden als in Jena. Während in Jena der Massenstreik nicht nur als letztes Mittel bei reaktionären Attentaten, sondern auch als Mittel des Angriffs zur Eroberung wichtiger politischer Rechte, die die Arbeiterklasse nötig braucht, beschlossen wurde, hat man jetzt den Massenstreik zu diesem Zweck als für absehbare Zeit nicht in Betracht kommend bei seite gestellt. Es könne natürlich davon keine Rede sein, daß ein Massenstreik blindlings und leichtfertig heraufbeschworen werden dürfe, auch über die Notwendigkeit, die Organisation weiter zu stärken, herrsche selbstverständlich Einmütigkeit, darum dürfe aber keine Waffe, die prinzipiell als tauglich befunden worden ist, nicht lediglich zur Defensive ins Auge gefaßt werden. Redner legt weiter dar, wie die einzelstaatliche Gesetzgebung immer wichtiger werde, man denke nur an die Schulfrage. Er bestritt, daß Preußen-Deutschland ein so ganz besonders geartetes Staatswesen sei, und suchte darzutun, daß es sehr wohl möglich sei, das sächsische und preußische Dreiklassenwahlrecht zu erschüttern, sofern nur mit beharrlichem Nachdruck dieser Kampf fortgeführt werde; der politische Massenstreik als ein Demonstrations- und Pressionsmittel innerhalb einer allgemeinen hochgehenden Volksbewegung gegen die Dreiklassenschmach solle durchaus nicht aus dem Auge gelassen werden. Die Reaktion solle nur nicht glauben, daß sie nun nichts mehr zu fürchten habe!

Genosse Sindermann wendet sich gegen Genossen Gradnauer. Er ist der Meinung, daß, wenn die Sache etwas abgeschwächt geklungen haben mag, dies Fällen vorbeugen soll, in denen mit der Waffe des Massenstreiks gespielt werden könne. Im übrigen ist er der Meinung, daß wir es vielleicht nicht nötig haben werden, in einen Massenstreik einzutreten. Genosse Streine sagt, die Fragen hätten sich nicht so zugespitzt, wenn der Apparat zwischen Partei und Gewerkschaften besser funktioniert hätte. Auf dem Parteitage in Mannheim sei zum Ausdruck gekommen, daß mit der Anwendung des Massenstreiks nicht gespielt werden solle. Dieser Geist habe auch auf dem Kölner Kongreß geherrscht. Genosse Pieper spricht sich dahin aus, daß der auf dem Parteitag in Mannheim ausgesprochene Gedanke über die Anwendung des Massenstreiks das Richtige getroffen habe. Den Revolutionsromantikern müßte ganz gehörig auf die Finger geklopft werden. Rosa Luxemburg, Dr. Duncker usw. vertreten Auffassungen, durch welche die Kluft zwischen Partei und Gewerkschaften vergrößert wurden.

Eine Resolution, die die Stellung zu den Beschlüssen des Parteitages darlegt, wurde nicht gefaßt.

Im Wahlkreis Dresden-Land wurde eine Resolution nicht gefaßt. Aus den Verhandlungen sind folgende Ausführungen zu registrieren. Genosse Fleißner: In bezug auf die Lokalorganisationen und Anarchosozialisten könne er sich mit dem in dem vom Genossen v. Elm gestellten Antrag geforderten Ausschluß der Mitglieder der Lokalorganisationen ohne weiteres nicht einverstanden erklären, wenn auch den Zersplitterungen in der Arbeiterbewegung scharf entgegengetreten werden muß. In der Hauptsache sei es Berlin, der Mittelpunkt der Arbeiterbewegung, wo sich solche Strömungen bemerkbar machen. Es war zu begrüßen, daß Genosse Richard Fischer mit seiner Resolution, die den Parteivorstand beauftragt, mit den lokalen Gewerkschaften bis zum nächsten Parteitag eine Verständigung herbeizuführen, einen glücklichen Ausweg fand. Der Antrag Dunckers, daß die Zentralorganisationen dem Eintritt der Lokalorganisierten keine Schwierigkeiten in den Weg legen sollen, war ebenfalls sehr angebracht. Die Ausführungen, die die Genossin Luxemburg zu diesem Punkte machte, die darauf hinwiesen, daß man nicht die von links aus der Partei kurzweg ausschließen kann, wenn man die von rechts dulde, waren besonders beachtenswert.

Genosse Föller: Er begrüße auch, daß man dem Antrage, die Lokalisten aus der Partei auszuschließen, nicht Folge gegeben habe; es müßten Ausnahmen gemacht werden. Den Standpunkt der Genossin Luxemburg teile er nicht. Die sogenannten Revisionisten wirkten doch im Rahmen unseres Parteiprogramms, während die Lokalisten auf eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung hinarbeiten. Dasselbe, was Bebel dieses Jahr über den Massenstreik ausgeführt habe, sei auch in Köln und nach Jena in Versammlungen gesagt worden. In der Jenenser Resolution heiße es, der Massenstreik solle auch zur Erringung von Grundrechten in Anwendung kommen. Die in kurzer Folge auf den Parteitag in Jena eingeleitete Wahlrechtsbewegung in Sachsen und Preußen sei ein Beweis dafür. Den Ausführungen Bebels, daß die Verhältnisse Rußlands nicht auf unsere angewendet werden können, stimme er zu. Diejenigen Genossen, die im Vorjahre auf diesem Standpunkte standen, werden von den diesjährigen Ausführungen Bebels nicht sehr erbaut sein. Dem Genossen Fleißner müsse er erwidern, daß ein Widerspruch in den Ausführungen Legiens nicht zu finden sei. Legien sei auch für einen Massenstreik zur Verteidigung unserer Rechte, aber der brauche nicht diskutiert und propagiert zu werden. Die Parteigenossen möchten auch soviel als möglich dahin wirken, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich politisch organisieren.

Genosse Fleißner konstatiert, daß zur Zeit der sächsischen Wahlrechtsbewegung starke Stimmung für einen Massenstreik bei den Massen vorhanden war. Da aber über die Durchführbarkeit Meinungsverschiedenheiten mit den Gewerkschaften bestanden, war daran nicht zu denken, darum ist auch abgeraten worden. Falsch sei, wenn man sage, wir kümmern uns nicht eher um den Massenstreik, bis er da ist. Wir wissen nicht, wann die Zeit kommt, darum müssen wir stets gerüstet sein. Weiter sei auch noch die Frage zu prüfen, ob der Massenstreik nicht als Demonstration in Betracht kommen könnte. —

Im Wahlkreis Dresden-Neustadt knüpfte sich an die Referate der Delegierten Genossen Dr. Duncker und Winkler eine lebhafte Diskussion.

Genosse Dr. Duncker hatte unter anderem ausgeführt: Eine so jubelnde Stimmung wie der vorjährige Kongreß konnte der diesjährige unter den Genossen nicht auslösen. Das Bebelsche Referat über den Massenstreik konnte nicht so wirkungsvoll werden wie das in Jena gehaltene, da der erste Teil fast ausschließlich der Defensive gewidmet war. In manchen Punkten habe Genosse Bebel auch nach seiner Meinung zu schwarz gesehen. Die Resolution in ihrer neuen Fassung ist ein Kind des Parteivorstandes und der Generalkommission, freilich kein allzu gesund aussehendes Kind. Die Behauptung, daß die Kölner und Jenenser Resolution ein und dasselbe besagten, stimme mit dem Verhalten Legiens und Bömelburgs auf dem vorjährigen Parteitag nicht überein. Doch mußte der Streit endlich begraben werden, und so haben er und seine Mitdelegierten die Zustimmung zu der Resolution gegeben, in der festen Ueberzeugung, daß die Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaften eine unbedingte Notwendigkeit sei ... Es wäre viel besser gewesen, wenn das ganze Amendement (Kautsky) angenommen worden wäre ... Wir können anerkennen, daß der Parteitag ... eine große Arbeit im Interesse der Arbeiterbewegung geleistet hat. Wenn die Befriedigung über diese Verhandlungen keine volle ist, so liegt dies an den Ausführungen Bebels über unser Verhalten bei einer eventuellen Intervention in Rußland. Erfreulich ist es, daß der Parteitag entschieden Front machte gegen den Artikel Stampfers in der „Neuen Gesellschaft". Bezeichnend für den Charakter der Personen, die sich um dieses Organ gruppieren, ist es, daß in derselben Nummer, in der die Mannheimer Tagung gewürdigt und die neugeschaffene Einigung gefeiert wird, in einem anderen Artikel die Genossin Lily Braun die proletarischen Teilnehmer der Frauenkonferenz mit Schmutz bewirft. Darauf gibt es nur die eine Antwort, daß die Genossen es ablehnen, das Blatt zu abonnieren. — Neben der Massenstreikresolution ist die zur Jugenderziehungsfrage die erfreulichste. ... Der Beschluß des Parteitages in dem Streit zwischen Lokal- und Zentralorganisierten war der glücklichste Ausweg. Nach rechts haben wir in den letzten Jahren die Arme sehr weit aufgemacht, wir dürfen deshalb nach links auch nicht zu schroff vorgehen. Hoffen wir, daß es dem Parteivorstand gelingen möge, eine Einigung zu schaffen; scheitert sie an dem Starrsinn der lokalorganisierten Genossen, so haben sie die Konsequenzen zu tragen.

Aus der Debatte sind folgende Ausführungen zu verzeichnen:

Genosse Hahmann: ... Als er nach der letzten Parteiversammlung den Bericht gelesen habe, nach dem Genosse Duncker verlangte, der Parteitag müsse die verschiedenen Arten des Massenstreiks diskutieren, habe er sich gesagt, nach Friedeberg und Wiesenthal komme gleich Duncker. (Lebhafter Widerspruch.) Die wirklichen Verhältnisse der deutschen Arbeiterbewegung, vor allem auch der Verlauf der russischen Revolution habe Bebel zu seinen zurückhaltenden Ausführungen in der Frage des Massenstreiks veranlaßt. ... Ein Demonstrationsstreik von kurzer Dauer würde wirkungslos an den Ohren der Herrschenden verklingen. ... Die „Neue Gesellschaft" finde ihr Pendant in verschiedenen linksstehenden Genossen, wie es auch in der Frauenbewegung außer der Genossin Braun noch mehr Genossinnen gebe, die wenig Fühlung mit dem Proletariat besäßen. ...

Genosse Lienich: ... Daß Hoch die Zitatenfälschung Stampfers anmagelte, ist nur zu begrüßen. Die Maifeier müsse von den Gewerkschaften noch wirkungsvoller und umfassender durchgeführt werden. Daß endlich mit den Lokalorganisierten deutsch gesprochen werde, sei im Interesse der Einheitlichkeit und Schlagkraft der Arbeiterbewegung notwendig geworden. ...

Genosse Seybold: Bebel hat mit seinen Ausführungen über den Massenstreik nicht zu schwarz gemalt. Wir können ihn gegenwärtig nicht für die Offensive gebrauchen. Nicht nur die russische Revolution, auch die tollen Rüstungen der Herrschenden am 21. Januar, mit denen man die Wahlrechtsbewegung im Blute ersticken wollte, werden dazu beigetragen haben, eine kühle Auffassung der Dinge herbeizuführen. ... Die Auffassung, daß eine Massenstreikpropaganda die Massen abhalten könne von der Leistung der täglichen Kleinarbeit, sei nicht von der Hand zu weisen. ... Unser Ziel muß nun sein, die 1½ Millionen Gewerkschaftler der Parteiorganisation zuzuführen.

Genosse Schirmer findet, daß sich aus der Debatte ergeben habe, wie wenig noch die Ansichten über den Massenstreik geklärt seien ... Für die Zersplitterungsversuche in Berlin sind diejenigen Genossen mit verantwortlich, die die Partei immer weiter nach rechts zu drängen suchen.

Genosse Haack: Selten hat ein Parteitag so befriedigt wie der diesjährige. . . . Auf die Rede Bebels trifft zu, was man vom ganzen Parteitag sagen kann: sie wird zu ernstem Nachdenken anregen. Bebel hat gegen Jena modifiziert und dazu hat der verunglückte Massenstreik in Rußland beigetragen. Das Fehlschlagen desselben, obwohl die politische Konstellation in Rußland günstiger ist als in Deutschland, ist auf das Fehlen genügender Organisationen zurückzuführen. Wir dürfen eben nicht vergessen, daß auch bei uns der weitaus größte Teil der Arbeiter noch nicht organisiert ist. Diese müssen wir haben, wollen wir den Generalstreik erfolgreich durchführen. Unter diesen Umständen kommt man eben zu der Meinung, daß man ihn auch nicht propagieren soll. Fragen der Taktik erledigt man am besten unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Vor allen Dingen erst die Massen organisieren, dann ist der Streik in acht Tagen fertig. . . . Die Ansicht Dunckers, die Partei habe den rechtsstehenden Elementen zu viel Konzessionen gemacht, treffe nicht zu, da diese ihre Anschauungen im Rahmen der Partei vertreten haben, während die Lokalisten sich außerhalb der Beschlüsse der Partei stellen und Zersplitterungsbestrebungen huldigen. Daß sogar ihr Organ, in dem sie Parteigenossen mit Schmutz bewerfen, in der „Vorwärts"-Druckerei hergestellt wird, gebe zu denken. . . .

Genosse Duncker: . . . Daß ein Massenstreik in Rußland verunglückte, beweist nichts, ein anderer gelang und brachte bedeutende Erfolge. . . .

Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Genossen von Gotha erklärten sich nach dem Bericht des Genossen Reichstags-Abgeordneten Bock in folgender Resolution mit dem Ergebnis des Parteitages einverstanden:

„Die . . . Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages einverstanden. Sie spricht die Erwartung aus, daß auf Grund der Erklärung von Bömelburg und Reichelt die Gewerkschaften in ihren Verbänden und ihrer Presse die idealen Zwecke und Ziele der Arbeiterbewegung im Sinne des Sozialismus mehr pflegen und propagieren als bislang."

Zu Gera erklärten sich die Genossen nach einem Bericht des Genossen Kahnt ebenfalls einstimmig mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Dasselbe ist aus Weimar, Altenburg, Halle, Chemnitz und Stettin zu melden.

Soziales.

Einem Toten die Invalidenrente verweigert, weil — er gesund ist.

Einen blühenderen Unsinn kann es wohl nicht geben. Und doch hat es das Schneckentempo unserer sozialen Versicherung fertig gebracht, daß man getrost diese gegensätzlichen Tatsachen in logischem Zusammenhang bringen kann. Und das ging so zu. In Neunkirchen bei Saargemünd beanspruchte ein vor einem halben Jahre pensionierter Arbeiter die Invalidenrente, die ihm aber verweigert wurde, da er nicht dem Gesetz gemäß arbeitsunfäig sei. Dabei konnte der Mann, als er in Straßburg seinen Anspruch persönlich bei der Landesversicherungsanstalt erhob, nicht gehen, sondern mußte in einer Droschke von Neunkirchen nach Saargemünd gefahren werden. Mit seinem Anspruch abgewiesen, klagte er nun beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Metz, welches ihm die Rente ebenfalls verweigerte, da er für gesund erklärt sei; er solle arbeiten. Und dabei ist der Mann — seit sieben Wochen tot.

Ob an dieser Entscheidung der „soziale Geist" der Instanzen der Arbeiterversicherung oder die Bureaukratie größeren Anteil hat, hat der Tote, dem der Rat erteilt wird, zu arbeiten, uns nicht verraten können. Uns würde es nicht wundernehmen, wenn die Unternehmerpresse und in erster Reihe antisozial gerichtete Aerzte den vorstehend mitgeteilten Fall für einen eklatanten Beweis der „Sucht nach Rente" erklären würden.

Schulversäumnis.

Das Kammergericht billigte eine Entscheidung des Landgerichts Wiesbaden, durch welche Herr Baum aus Idstein wegen Schulversäumnis seines Kindes auf Grund der alten nassauischen Schulordnung von 1817 zu einer Geldstrafe von 6 Pfennigen verurteilt worden war, weil das Kind wiederholt erheblich zuspät kam. Allerdings, so führte der erste Strafsenat aus, sei ein Zuspätkommen an sich noch keine Schulversäumnis. Wenn aber die Verspätung darauf beruhe, daß der Vater das Kind absolut nicht ordnungsmäßig in die Schule schicken wolle, indem er es im Hause oder Felde so beschäftige, daß es nicht rechtzeitig die Schule besuchen könne, und wenn die Verspätungen erhebliche seien, dann könne man sagen, der Vater verhindere den Schulbesuch und es läge eine Schulversäumnis vor. Das sei in jedem einzelnen Falle Sache der tatsächlichen Feststellung. — Das Kammergericht lehnte ferner den von der Staatsanwaltschaft erhobenen Wunsch auf Anwendung der neueren Schulstrafverordnung der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen (der jetzigen preußischen Bezirksregierung zu Wiesbaden) ab, welche am 24. Dezember 1895 erlassen ist. Dazu führte es aus: Die allgemeine nassauische Schulordnung von 1817 sei von der damaligen herzoglichen Landesregierung zu Wiesbaden infolge Delegation des Souveräns von Nassau erlassen worden und habe an sich Gesetzeskraft. Sie habe auch vom Souverän des ehemaligen Herzogtums Nassau und von seiner Landesregierung jederzeit geändert werden können. Für die hier strittige Frage der Anwendung dieser oder jener Verordnung sei nun entscheidend, ob die preußische Regierung zu Wiesbaden, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, die Rechtsnachfolgerin der herzoglichen Landesregierung sei. Nur dann hätte sie die allgemeine Schulordnung von 1817 abändern können. Man könne aber nicht annehmen, daß die vormals herzoglich nassauische Landesregierung zu Wiesbaden ersetzt sei durch die königliche Regierung zu Wiesbaden, die nur eine Provinzialbehörde sei. Der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen stehen nicht dieselben Rechte zu, die der herzoglichen Landesregierung in Wiesbaden zustanden. Diese Abteilung könne deshalb nicht ändern, was die alte Landesregierung in Wiesbaden in bezug auf Schulstrafen verordnete. — Die preußische Regierungsinstruktion von 1817 erlaube zwar den Regierungen, ergänzende Bestimmungen zu erlassen, wenn es sich um solche gegebenen Strafrechtsnormen handele, denen eine ausdrückliche Straffanktion fehle. So zum Beispiel bezüglich der Bestimmungen des Allgemeinen preußischen Landrechts über die Schulpflicht. Hier aber enthalte ja die allgemeine nassauische Schulordnung von 1817 selber direkte Strafvorschriften. Da könne auch die preußische Regierungsinstruktion nicht helfen. Somit könnten im Gebiete des des ehemaligen Herzogtums Nassau nur die Schulstrafvorschriften der allgemeinen nassauischen Schulordnung von 1817 zur Anwendung kommen und nicht die Verordnung vom 24. Dezember 1895.

Die Rechtsprechung auf dem Gebiete des Schulwesens illustriert den Mangel einheitlicher Normen und das Fehlen eines modernen Schulgesetzes. Ein Gesetz, das die Mittel zum Schulbesuch der Allgemeinheit, die mit Recht in ihrem und der Kinder Interesse die Schulpflicht verlangt, wäre unendlich mehr wert als die Hunderte von gültigen und ungültigen Strafverordnungen auf diesem Gebiete. Für das Geld, das für die Prozesse wegen Schulversäumnis in Preußen vom Staat ausgegeben ist, könnte eine recht erhebliche Zahl von Kindern unentgeltlich gespeist und bekleidet werden.

Von der Hülfsbereitschaft eines christlichen Vereins junger Männer.

Ein gottesfürchtiger Schneider war zwei Jahre lang Mitglied des Breslauer christlichen Vereins junger Männer, ohne je Unterstützung des Vereins in Anspruch genommen zu haben. Auf seiner Wanderschaft kam er nach Hamburg. Dort wurde er arbeitslos. In seiner Notlage wandte er sich an den christlichen Verein junger Männer in Hamburg. Auf Grund der in Breslau gehörten Mahnung, seinem Mitmenschen zu helfen, hoffte er, daß dort für ihn uneigennützig eingetreten würde. Er mußte aber für Speis und Trank 25 Pf. zahlen und dem Sekretär für ein Darlehen von 3 M. seine Uhr in Pfand lassen. Dies Vorkommnis überzeugte ihn davon, daß zwischen Taten und Worten barmherziger Liebe eine breite Kluft bestehe. Er entschloß sich, aus der Landeskirche auszutreten und teilte diesen Entschluß und seine Ansicht über Betätigung christlicher Nächstenliebe dem Hamburger Verein mit. Darauf erhielt er folgende Antwort von dem dortigen Verbandssekretär:

„Hamburg, 17. September 1906.

Ich erhielt Ihr Schreiben und erwidere Ihnen daraufhin folgendes:

Sie werden sich wohl erinnern, wie dankbar Sie sich äußerten, als ich persönlich — nicht unser Verein — Ihnen in Ihrer Not das Reisegeld nach Lübeck, wo Sie nach Ihrer Angabe eine Stelle antreten konnten, auslegte, obwohl es mir fast nicht möglich war. Ich lasse mich grundsätzlich nicht darauf ein, und tat es bei Ihnen nur auf Ihre Angabe hin, daß Sie Ihre Uhr, das einzige Erbstück Ihres Vaters, nicht gern ins Leihhaus tragen möchten. Daß ich richtig getan, die Hinterlassung einer Sicherheit, die Sie mir übrigens, wenn ich mich recht erinnere, selbst anboten, zu verlangen, beweist mir Ihr Schreiben.

Ich weiß aufs allerbestimmteste, daß ich ohne dies weder eine Silbe mehr von Ihnen gehört, noch einen Pfennig von meinem Gelde zu sehen bekommen hätte.

Ich wartete bis heute auf die Zusendung des Geldes um Ihnen Ihr Eigentum zurückgeben zu können. Die Uhr steht auch fernerhin gegen Einsendung des Ihnen geliehenen Betrags von 3 M. nebst 0,40 M. für Porto (eingeschriebene Sendung der Uhr) zusammen 3,40 M. zu Ihrer Verfügung, und es wäre mir sehr lieb, mein Geld bald zu bekommen.

Auf Ihre anderen törichten Aeußerungen kann ich mich nicht einlassen. **Nur möchte ich Ihnen raten, werden Sie ein ehrlicher, fleißiger und frommer Mensch, dann werden Sie nicht mehr in solche Notlagen kommen.**

Mit gutgemeintem Gruß
Immanuel Kiefner,
Adresse: Hamburg, Esplanade 12."

Aus Industrie und Handel.

Einnahmen der deutschen Eisenbahnen. Die Einnahmen der Eisenbahnen pro September belaufen sich auf 59 200 444 M. aus dem Personenverkehr und auf 130 183 569 M. aus dem Güterverkehr. Gegen September 1905 ist das ein Mehr von 3 530 870 respektive 5 294 198 M.

Dividenden. Berliner A.-G. für Eisengießerei und Maschinenfabrik (Freund) Charlottenburg. Der Aufsichtsrat beschloß, die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahre zur Verteilung zu bringen. — Von 9 auf 12 Proz. stieg die Dividende der Chamottefabrik A.-G. Gleiwitz. — Die Warsteiner Gruben- und Hüttenwerke, die im vorigen Jahre 5 Proz. ausschütteten, geben diesmal 12 Proz.

Diskonterhöhung. Die Bank von England setzte den Diskont von 5 auf 6 Proz. hinauf.

Verurteilung des Oel-Trustes. Nach 32stündiger Beratung fällte in der Klagesache des Staates Ohio gegen die Standard Oil Company die Jury ihren Spruch; danach wird die Gesellschaft für schuldig befunden, seit dem 6. Juli 1903 in strafbarer Weise bestrebt gewesen zu sein, die Handelsfreiheit zu beschränken. Nach dem Gesetz von Ohio stellt die Geschäftstätigkeit eines jeden Tages eine besondere Gesetzesverletzung dar, die einer Geldstrafe bis zu 5000 Dollar unterworfen ist. Die Klage gegen John D. Rockefeller persönlich wird so lange zurückgestellt werden, bis das Ergebnis der in dem oben erwähnten Klagefall bei den höheren Gerichten eingelegten Berufung vorliegt.

Textilindustrie in Indien.

Im August 1901 erklärte der Vorsteher der Kunstgewerbeschule in Kalkutta in einem Bericht, daß die Zahl der Spindeln in Indien wohl zunehme, denn es gab in Indien 1888 bis 1889 26 Baumwollenfabriken mit 7819 Webstühlen, 152 667 Spindeln und 59 722 Arbeitern, 1897 bis 1898 aber schon 84 Fabriken mit 13 615 Webstühlen, 274 907 Spindeln und 95 930 Arbeitern, aber die alte indische Kunstweberei sehr im Niedergange begriffen sei. Das liege wohl hauptsächlich daran, daß die englischen Unternehmer ihr Streben und ihre Aufmerksamkeit darauf richteten, nach europäischem Muster zu produzieren und mit den englischen Webereien zu konkurrieren. Aber mit ihren alten indischen Webstühlen könnten die indischen Weber natürlich nicht solche Mengen Ware liefern, wie die englischen Weber mit ihren vervollkommneten mechanischen Webstühlen. Unter diesem Streben gehe natürlich die indische Kunstweberei zurück. Es sei ein großer Fehler gewesen, den geschickten indischen Handweber in einen Fabrikarbeiter umzuwandeln. Die indischen Weber könnten wohl mit ihren Webstühlen wirkliche Kunstwerke schaffen, aber nicht in Hast solche Mengen produzieren, wie die englischen Weber. Wenn es nur gelänge, ihre Handwebstühle so weit zu vervollkommnen, daß die Produktivität der Weber um 15 Proz. gehoben werde, so würde dies den indischen Webern ermöglichen, einen großen Teil ihrer früheren Stellung am Weltmarkt wieder zu gewinnen. Mann würde dann statt auf europäischer Fabrikationsbasis auf streng indischer Basis das Wiederaufleben der alten indischen Kunstweberei erzielen und Kapitalist und Arbeiter würden sich dabei besser stehen. Es hat indes den indischen Webereibesitzern nicht beliebt, diesen Weg zu gehen. Sie haben vorgezogen, bei ihrer neueuropäischen Produktion und Produktionsweise zu bleiben, um mit den englischen Fabriken zu konkurrieren; sie haben dazu die Arbeitslöhne herabgesetzt und die Arbeitszeit verlängert, und die geduldigen indischen Paria haben ähnlich wie seinerzeit die schlesischen Handweber lange diesen elenden Zustand ertragen und darunter gelitten; aber schließlich haben sie doch eingesehen, daß, wenn die Hungerlöhne noch weiter sinken und die 14- bis 15stündige Arbeitszeit noch weiter verlängert wird, sie zugrunde gehen müssen. Sie haben daher in Massenpetitionen an die englische Regierung um gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit petitioniert. Ueber die Aussichten dieser Petitionen teilt der deutsche Generalkonsul in Kalkutta in seinem letzten Berichte mit, daß es den Anschein habe, als ob die Regierung ernstlich entschlossen sei, in bezug auf die Dauer der Arbeit in den indischen Baumwollenfabriken gesetzlich einzugreifen und den unzweifelhaft eingerissenen Mißbräuchen zu steuern. Es gebe Fabrikleiter, denen eine solche Begrenzung der Arbeitsstunden genehm wäre, jedoch nur von dem Gesichtspunkt aus, daß der gegenseitigen Konkurrenz der indischen Fabriken untereinander Schranken auferlegt würden. Auf der anderen Seite bestehe aber die Gefahr, daß Lancashire durch allzu scharfe Maßregeln vor den indischen Fabrikanten einen Vorsprung gewinnen würde, der den wirtschaftlichen Interessen der letzteren verderblich werden und auch der Agitation gegen die Politik des Mutterlandes neue Nahrung zuführen würde. Der indische Baumwollenspinnereibesitzer führe gegen die Klagen über die übertriebene (!) Dauer der Arbeitszeit unter anderem das Argument ins Feld, daß der indische Arbeiter weit weniger leistungsfähig sei als der englische, und daß dem indischen Fabrikbesitzer dasjenige, was er durch die lange Arbeitszeit und die Niedrigkeit der Löhne gewinne, wieder durch die höheren Ausgaben verloren gehe, die er infolge der Notwendigkeit zu tragen habe, eine größere Zahl von Arbeitern einzustellen. Es werden dann folgende Angaben eines indischen Sachkundigen, wahrscheinlich eine Art indischer Dr. Beumer, mitgeteilt, der berechnet hat, daß in Lancashire auf 1000 Spindeln durchschnittlich 4,2 Arbeitskräfte kommen, während in Bombay auf dieselbe Zahl Spindeln man ungefähr 30 rechnen müsse, auch der indische Spinner eine größere Zahl Arbeiter brauche. Zwischen den indischen und englischen Löhnen bestehe ja ein großer Unterschied. Der Durchschnittswochenlohn einer Arbeitskraft in Lancashire beträgt 26 sh 2 d, was in indischem Gelde ungefähr einen Monatslohn von 80 Rupien (1 Silberrupie ist etwas mehr als 1 M.) ausmacht. Der indische Arbeiter erhalte jedoch nur 18 Rupien. Bei dieser Berechnung ist das gesamte Personal, höheres und niederes, eingeschlossen. Halte man beide Angaben zusammen, so komme in Indien eine Ausgabe von 360 Rupien, in England eine solche von 336 Rupien auf 1000 Spindeln, also seien in England die Lohnkosten pro 1000 Spindeln um 54 Rupien niedriger.

Daß alle diese Berechnungen sehr trügerisch sind, bedarf wohl keiner längeren Darlegung, und der englischen Regierung wird es hoffentlich nicht unbekannt sein, daß bei Verkürzung überlanger Arbeitszeit die Menge der geleisteten Arbeit nicht weniger wird und auch meist von besserer Qualität ist, weil dann der Arbeiter leistungsfähiger ist, ebenso bei besserer Ernährung, daß also die indischen Webereibesitzer sehr im Irrtum sind, wenn sie befürchten, daß eine Verkürzung der überlangen Arbeitszeit sie weniger konkurrenzfähig gegenüber den englischen Fabrikanten machen würde, namentlich wenn sie zugleich ihre Webstühle verbessern, und daß sie sich nur selbst mitschaden, wenn sie das unterlassen.

Elektrischer Betrieb der Gotthardbahn. Der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen wurde von seiten der Maschinenfabrik Oerlikon und den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin der Vorschlag gemacht, den elektrischen Betrieb der Gotthardbahn schon heute zu beschließen und die Studien und die Ausführung nach dem Einphasensystem den genannten vereinigten Konstruktionsfirmen im Verein mit erstklassigen Bankhäusern zu übertragen in der Meinung, daß die Eröffnung des elektrischen Betriebes nicht vor dem Uebergang der Gotthardbahn im Jahre 1909 an die Eidgenossenschaft stattfinden würde. Die Generaldirektion der S. B.-B. hat die Offerte abgelehnt. Dagegen hat nun dieser Tage im Einverständnis mit dem Schweizerischen Bundesrat die Regierung des Kantons Tessin der Direktion der Gotthardbahn die Konzession zur Ausnützung der Wasserkräfte an der oberen Leventina erteilt zum Zwecke des elektrischen Betriebes. Nach dem abgeschlossenen Vertrag hat die Gotthardbahn das Recht, die in jener Gegend vorhandenen Wasserkräfte „in möglichst wirtschaftlicher Weise auszunutzen". Die Konzessionsdauer ist vorläufig auf 60 Jahre angesetzt. Jedoch wurde bereits festgestellt, daß nach Ablauf dieser Frist einer Erneuerung der Konzession keine Schwierigkeiten sollen in den Weg gelegt werden dürfen. Als Gegenleistung für die ihr erteilte Konzession entrichtet die Gotthardbahn an den Kanton Tessin eine einmalige Gebühr von 300 000 Frank sowie einen jährlichen Wasserzins von 95 000 Frank.

Daß nunmehr mit dem elektrischen Betriebe der Gotthardbahn Ernst gemacht werden wird, ist als Folge dessen zu betrachten, daß der elektrische Betrieb der Simplonbahn sich störungsfrei vollzieht. Auch die dritte große schweizerische Alpenbahn Bern—Lötschberg—Simplon, mit deren Bau in den letzten Tagen begonnen wurde, wird wie die Simplonbahn gleich von Anfang an für den elektrischen Betrieb eingerichtet. Die Herstellungskosten letzterer Bahn, die bis zum Jahre 1912 fertig gebaut sein soll, sind auf 83 Millionen Frank veranschlagt.

Aus der Frauenbewegung.

Für die Frauen des Kreises Teltow-Beeskow

fand am Donnerstag in Tempelhof eine Versammlung statt, in der Frau Bäumler Bericht über die Mannheimer Frauenkonferenz erstattete. Genossin Bäumler gab eine referierende Darstellung der Verhandlungen und sprach sich dahin aus, daß die Genossinnen mit dem Verlauf der Konferenz zufrieden sein können. Nur eines bedauerte die Rednerin, nämlich, daß nicht die Zeit vorhanden war, um über das Referat der Genossin Zietz, die Landarbeiterinnenfrage betreffend, zu diskutieren. Ein kürzeres Referat und eine gründliche Diskussion würde für die Genossinnen, welche auf dem Lande agitieren, nutzbringender gewesen sein wie ein langes Referat ohne Diskussion. — Frau Jeepe, die in der Diskussion das Wort nahm, stimmte in dieser Hinsicht der Vorrednerin zu und übte auch sonst noch in manchen Punkten, die weniger die Verhandlungen als vielmehr äußerliche Nebensächlichkeiten betrafen, Kritik an der Konferenz. — Zur Erörterung der Dienstbotenfrage auf der Frauenkonferenz meinte die Rednerin unter anderem, von den Parteigenossen, welche in der Lage sind, sich ein Dienstmädchen zu halten, müsse gefordert werden, daß sie dasselbe nicht unter die Gesindeordnung stellen, und in den Kreisen unserer Partei müsse dahin gewirkt werden, daß die Arbeiter ihre Kinder nicht in Dienst geben.

Die folgende Diskussionsrednerin, Frau Thiel, widersprach der Kritik, welche die Vorrednerin an Aeußerlichkeiten der Frauenkonferenz übte.

Hierauf gab Frau Thiel einen kurzen Bericht von der Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg.

Inzwischen war für das Lokal, in dem die Versammlung tagte, die Polizeistunde herangekommen und nach der in Tempelhof herrschenden Polizeipraxis müssen zu dieser Zeit auch die Versammlungen geschlossen werden. Das nennt man in Preußen Versammlungsfreiheit.

Vermischtes.

Eine schwere Eisenbahnkatastrophe.

Bei der Station Oka der Bahn Moskau—Kursk ereignete sich vor kurzem eine Eisenbahnkatastrophe, welche die ersten Meldungen als unbedeutend bezeichneten; heute melden dagegen die Blätter aus Moskau, daß mindestens 100 Personen bei dem Unglücksfall ihren Tod gefunden hätten.

Gasexplosion.

Am Donnerstagabend 10 Uhr erfolgte auf der Gasanstalt in Ripen (Dänemark) eine heftige Explosion, durch die fast sämtliche Gebäude in Trümmer gelegt wurden. Die Explosion ist vermutlich durch Anhäufung von Knallgas verursacht worden. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Alle Fensterscheiben der Umgebung und des Bahnhofs sind zerstört. Heute ist die Stadt ohne Gas und teilweise auch ohne Wasser, da auch die Wasserwerke beschädigt worden sind.

Im Unterseeboot eingeschlossen.

Die Rettungsarbeiten der Taucher an dem bei Bizerta untergegangenen Unterseeboot wurden gestern bis spät abends fortgesetzt, jedoch ohne Erfolg. Es gelang zwar zwei Tauchern, bis an das Unterseeboot heranzukommen, aber auf ihr Klopfen an die Schiffswand erhielten sie keine Antwort, so daß die Vermutung sich zu bestätigen scheint, daß niemand von der Besatzung mehr am Leben ist. Man will nunmehr versuchen, zwei starke Ketten unter das Boot zu legen und es an diesen in die Höhe zu heben. Man hofft, daß die beiden zu diesem Zwecke angelangten Hebevorrichtungen ausreichen. Das Unterseeboot hat während der Zeit, wo es in La Rochelle in Dienst gestellt war, mehr als 250 Tauchversuche unternommen, die sämtlich einen guten Ausgang genommen hatten.

Ein liebevoller Gatte. Wie aus Budapest gemeldet wird, verhaftete auf Antrag des Staatsanwalts die Polizei den 32jährigen Ministerialbeamten Karl Filipp, der beschuldigt wird, seine Frau zu Tode geprügelt zu haben.

Ein schwerer Zyklon. Aus dem Osten von Florida kommen Meldungen über einen schweren Zyklon. Ein Telegramm aus Atlanta berichtet, daß die telegraphischen Verbindungen mit Florida unterbrochen sind. In dem Augenblicke, wo das letzte Telegramm abgesandt wurde, befand sich das Telegraphenamt bereits zwei Fuß unter Wasser.

Im flüssigen Eisen. Auf einem großen Hüttenwerk in Dortmund kam ein Obermeister, der erst vor kurzem seine Stellung angetreten hatte, beim Abstich flüssigen Eisens aus dem Hochofen so unglücklich zu Fall, daß er direkt in die glühende Masse fiel und sofort zur Unkenntlichkeit verbrannte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Verwaltungsstelle Berlin Engel-Ufer 15. Hauptbureau: Zimmer 1—5, Amt 4, 9679.

Sonntag, den 21. Oktober,

vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

im Lokal von **Feuerstein** (Inh. Kube) Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag von **Dr. C. Rosenberg** über: Rechtslehre, Gerichtsbarkeit und § 153 des Strafgesetzes. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheit.

Wir machen es jedem Kollegen zur Pflicht, der wichtigen Tagesordnung wegen die Versammlung zu besuchen.

In Anbetracht der stattfindenden Gewerbegerichtswahlen wird die Versammlung pünktlich eröffnet und ersuchen wir daher die Kollegen, auch pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 21. Oktober,

vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der Schmiede Berlins und Umgegend

im Lokale „Englischer Garten", Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Cohen über: „Industriekonzentration und Gewerkschaftszersplitterung." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Hierzu sind sämtliche Schmiede Berlins und Umgegend eingeladen.

Sonntag, den 21. Oktober,

vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der Zaunaufsteller d. Drahtindustrie Berlins u. Umgeg.

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3.

Tages-Ordnung:

1. **„Der Einfluß der Gewerkschaften auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse."** Referent: Arbeitersekretär **G. Link.** 2. Diskussion.

Kollegen! Da die Versammlung pünktlich eröffnet wird, so ersuchen wir die Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Montag, den 22. Oktober,

abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker

und der im Berufe beschäftigten Arbeiterinnen

im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24 (kleiner Saal).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: **„Der Kampf ums Recht".** Referent: Genosse **A. Störmer.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Montag, den 22. Oktober,

abends 8½ Uhr:

Versammlung

aller in der

technischen Hartgummi-Branche beschäftigten Arbeiter

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. **„Unsere wirtschaftliche Lage auf Grund der aufgenommenen Statistik."** 2. Diskussion.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Montag, den 22. Oktober,

abends 6½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für Königs-Wusterhausen u. Umg.

im Saale von Schumann in Wildau.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Verbandsangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Metallschleifer! Achtung!

Die **Fragebogen** zur Feststellung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Schleifereien sind in der letzten Vertrauensmännerkonferenz der Schleifer zur Ausgabe gelangt. Da nun ein Teil der Vertrauensleute fehlte, ersuchen wir diejenigen, welche nicht anwesend waren, unverzüglich die Fragebogen im Bureau, **Engel-Ufer 15,** Zimmer 1, in Empfang zu nehmen.

Die Fragebogen müssen bis **spätestens den 31. Oktober** im Verbandsbureau abgeliefert werden.

Vorort-Bibliothek Tegel.

Bibliotheksbücher werden Dienstags, abends 7—8½ Uhr, bei Gehlhaar, Berlinerstr. 92, ausgegeben.

Die Ortsverwaltung.

154/18

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 22. Oktober, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15 (Saal I):

Branchen-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Robert Schmidt.** 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreichen Besuch bittet **Die Branchenkommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Möbelpolierer! Achtung!

Montag, den 22. Oktober, abends 8½ Uhr, im „Königstadt-Kasino", Holzmarktstr. 72:

Branchen-Versammlung

der Zahlstellen Berlin, Weißensee und Rixdorf.

Tages-Ordnung: 95/5

1. **Unser Tarif: Bericht der Tarifkommission.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. **Der Obmann.**

NB. Da diese Versammlung von weitgehender Bedeutung für unsere Branche ist, so liegt es im eigenen Interesse eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. **Die Branchenleitung.**

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 21. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei Bercht, Ritterstraße 75:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Kassenbericht. Bericht der Revisoren. Anträge. Bericht der Gewerkschaftskommission. Wahl eines Bannerjunkers. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. 139/19

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter

Deutschlands. ×× Zweigverein Berlin u. Umg.

Sektion der Rohrer.

Sonntag, den 21. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei Merkowski, Andreasstr. 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet

46/17 **Der Zweigvereins-Vorstand.**

Vereinigung der

Metallarbeiter Deutschlands

Verein Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Steinstraße 38.

Geöffnet von 9½—2 und 4—8 Uhr. Telephon: III, Nr. 8574.

Sonntag, den 21. Oktober 1906, vormittags 10 Uhr, im „Rosenthaler Vereinshaus", Rosenthalerstr. 57:

Versammlung der Rohrleger und Helfer.

279/2 Tages-Ordnung:

1. **„Der Parteitag in Mannheim und welche Lehren ziehen die Kollegen der „Freien Vereinigung" hieraus?"** 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. **Die Branchenleitung.**

Achtung! Vertrauensleute! Achtung!

Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, bei C. Patt, Dragonerstr. 15:

Kombinierte Vertrauensmänner-Konferenz.

Tages-Ordnung:

1. **Berichte der Kommission bezüglich der Verhandlungen mit dem Allg. Deutschen Metallarbeiter-Verband.** 2. Diskussion.

Es ist Ehrenpflicht eines jeden Vertrauensmannes, zu dieser Sitzung zu erscheinen, um seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Jede Firma, Saal, Abteilung muß vertreten sein. **Der Vorstand.**

Zentralverband d. Asphalteure, Pappdachdecker und Hülfsarbeiter Berlins.

Sonntag, den 21. Oktober, vorm. 10 Uhr, Engel-Ufer 15, Saal 7:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 295/8

Beratung des Hauskassierersystems. Verbandsangelegenheiten.

Ein jedes Mitglied muß anwesend sein. — Mitgliedsbuch legitimiert. — Wegen der Gewerbegerichtswahlen bittet um pünktliches Erscheinen **Der Vorstand.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin. — Sektion I (Brauer).

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Linienstr. 19, I. — Fernspr. Amt VII, 13837.

Sonntag, den 21. Oktober 1906, nachmittags 2½ Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15, Saal I.

Tages-Ordnung: 42/13

1. Vortrag des Redakteurs Genossen **Düwell** über: **Die Bedeutung der Beschlüsse des Mannheimer Parteitages für die Gewerkschaften.** 2. Abrechnungen. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen Pflicht eines jeden Mitgliedes. **Der Vorstand.**

Grösstes Spezial-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116 Kein Laden (am Oranienplatz).

Welche Herrenhüte von M. 1.50—7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.

Stelle Herrenhüte von M. 1.85—7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.

Engros. Filzhüte, Cylinderhüte, Mützen u. Pelzwaren. Export.

Garnierte Damenhüte

Ausserordentlich reichhaltige Auswahl!

— Einzelverkauf zu auffallend billigen aber streng festen Preisen. —

Wendts Pracht-Säle

Münzstraße No. 17 Eingang Königsgraben. Fernsprecher Amt Vila 7555.

Säle und Vereinszimmer empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen usw. zu **Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Sonnabende im November,** sowie **Weihnachten** ist noch mein großer Saal frei. 26952*

Hut- und Pelzwaren-Fabrik

Max Rosenthal, Kürschnermeister. 2682L*

179 Brunnenstraße 179, gegenüber Noacks Theater.

Anerkannt größtes Spezial-Geschäft des Nordens.

Gegründet 1882.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 21032*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Der Hauptmann von Köpenick

und die enorm billigen Preise der allbekannten Konfektionshäuser

Blitz Blitz Blitz

bilden das Tagesgespräch der Bevölkerung Berlins und Umgebung.

Total-Ausverkauf

des von der Firma S. Böhm gekauften Warenlagers. Es kommen im gleichen Lokale **noch wie vor große Partie-Posten** Herren-Anzüge und Paletots **mit zum Verkauf.**

43 Kommandantenstr. BERLIN S. Kommandantenstr. 43

wird nur das Lager ausverkauft. Um unserer geehrten Kundschaft die weiten Wege zu ersparen, haben wir auch große Posten Herren- und Knaben-Anzüge und Paletots von dem Ausverkauf nach unseren anderen Filialen verteilt.

Ausnahme-Tage für Anzüge und Paletots!

Herren-Anzug	Art. Murkel	früher M. 18	jetzt 11.50	Herren-Paletot,	ausnahmsweise,	früher M. 14	jetzt 8.50
Herren-Anzug	„ Meck	„ „ 27	„ 14.50	Herren-Paletot,	seltene Gelegenheit	„ „ 18	„ 11.50
Herren-Anzug	„ Lullu	„ „ 28	„ 18.00	Herren-Paletots,	gestepptes Futter	„ „ 24	„ 14.50
Herren-Anzug	„ Lehmann	„ „ 32	„ 22.00	Herren-Paletots,	mit Sattel, prima	„ „ 28	„ 18.00
Herren-Anzug	„ Gentleman	„ „ 40	„ 25.00	Herren-Paletots,	auf Seide	„ „ 36	„ 24.00
Herren-Anzug	„ Gustav	„ „ 48	„ 32.00	Herren-Paletots,	echt englisch	„ „ 45	„ 28.00

Ferner empfehlen wir

Schlafröcke früher 16 bis 90 M. jetzt 8—30 M.

Samtanzüge Art. Puppe früher 18 M. jetzt 9.00 „

Samtanzüge für Kinder Stück 2.50 „

Herren-Hosen bis 33⅓ % unter Preis.

Loden-Joppen 1.50, 2.40, 3.00 bis 18.00 M.

Arbeiter-Kleidung **halb umsonst.**

In unseren gesamten Geschäften befinden sich zirka

14000 Anzüge, 15000 Paletots, 10000 Hosen, 4000 Joppen

Anzüge	Art. Blitz, immer noch	6.00 an	
Hosen	„ „ „ „	von 1.70 an	
Paletots	Art. Blitz, immer noch	7.40 an	
Joppen	„ „ „ „	3.20 an	

Blitz

80 Chausseestr. 80

Blitz

9 Rosenthalerstr. 9

Ecke Auguststr.

4 Geschäftshäuser

Blitz

137 Gr. Frankfurterstr. 137

zwischen Koppen- u. Fruchtstr.

Blitz

43 Kommandantenstr. 43

Ecke Oranienstr., nahe am Moritzplatz.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Winter-Joppen

Tausende Exemplare.

Warme Lodenstoffe mit molligen Futterarten. Praktische Fassons mit doppeltem, breitem Brustüberschlag.

Nur eigene Erzeugnisse!

24.–, 21.–, 18.–, 15.–
13.50, 12.–, 10.–, 7.50

6.– Mk.

Winter-Hosen

Tausende Exemplare.

Gute, moderne Stoffe. Vorzüglicher Schnitt. Enorm grosse Abwechselung in Mustern.

Nur eigene Erzeugnisse!

15.–, 13.50, 12.–, 11.–, 10.–
9.–, 8.–, 7.–, 6.–, 5.–

4.– Mk.

Pelz-Joppen

Starke Stoffe, durchweg mit Pelzfutter
45.–, 36.–, 27.–, 21.–

15.– Mk.

Herren-Hüte

Zwei hervorragend billige Sonder-Angebote in steifen und weichen neuen Formen

2.90, **1.90 Mk.**

Vornehme Mass-Anfertigung.

Baer Sohn

Spezialhaus grösten Massstabes

Chausseestrasse 24e/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 30 (neueste Wintermoden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Sichere Existenz! Jeder Schreiber seine eigene Maschine! Jede Schreiberin ihre eigene Maschine! **Sichere Existenz!**

Schreibmaschinen auf Teilzahlung!

Erstklassiges System mit sichtbarer Schrift. — 2jährige Garantie.
Monatliche Raten 10 Mark, bei geringer Anzahlung.

H. SCHWEIGER, Charlottenburg 17, Nürnbergerstr. 17.

Telephon: Amt Charlottenburg No. 1768.

Versandhaus Germania

seit 19 Jahren

Unter den Linden 21, II. – Fahrstuhl – **neben der Passage.**

Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.

Hochvornehme Herren-Paletots und Anzüge

aus feinsten Maßstoffen **25** bis **40** M.

Tadelloser Sitz.

Hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.

Vornehme Fassons.

Vorjährige Herren-Garderoben wesentlich billiger.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige [2166L*

Herren-Garderobe

— Ersatz für Maß. —

Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,

Große Frankfurterstraße 37, II.

Eingang Straußberger Platz. *

Bitte auf Hausnummer achten!

Monats-Garderoben-Haus

6 Prinzenstraße 6

Die schönsten

Herren-Winter-Paletots und -Anzüge

in getragener, speziell Monats-Garderobe.

Von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben

im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**

2508L* **Hochbahnstation: Prinzenstraße.**

Wichtig für Zigarren-Händler! 2114L*

Zigarren- u. Zigaretten-Weihnachts-Packungen

in allen Preislagen, Sorten und Formaten.

Streng abgelagerte Ware von **10 Stück** an in einfachen bis zu den elegantesten Ausstattungen.

Max Ziegenhals,

Fabriklager: **Keibelstraße 20,** dicht am Alexander-Platz.

Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabake der bekanntesten Fabrikate.

---

9 Gegründet 1891 9

Jede praktische Dame

deckt ihren Bedarf an Damen-Garderobe am **besten** und **billigsten** im

Spezial-Konfektions-Hause von

S. Nesselroth, N., Chausseestr. 9.

Ein großer Posten **Astrachan-** und **Breitschwanz-Paletots** und **Boleros**
Mk. **20.–, 15.–, 13.50, 12.–, 9.50,** Mk. **7,50**

Ein großer Posten **Seiden-Plüsch-Paletots** und **Boleros,**
auf Seide oder imit. Fellfutter
Mk. **70.–, 60.–, 45.–, 30.–, 24.–, 20.–, 18.–,** Mk. **15,–**

Ein großer Posten **Jackett-Kostüme** in Tuch und engl. Stoffen,
Jackett auf Seide, Rock auf Alpacca
Mk. **40.–, 36.–, 30.–, 25.–, 20.–, 18.–** Mk. **10,75**

Ein großer Posten **Abend-Mäntel** und **Kragen**
in wunderschönen Lichtfarben
Mk. **36.–, 30.–, 24.–, 20.–, 18.–, 15.–, 12.–** Mk. **9,50**

Ein großer Posten **Kostüm-Röcke** fußfrei und lang, in Tuch und englischen Stoffen,
auch für ganz starke Damen
Mk. **12.–, 10.–, 9.–, 8.–, 6.50, 4.50** Mk. **2,75**

Es versäume keine Dame bei Bedarf meine große Auswahl zu besichtigen.

Bitte achten Sie auf meine Firma und Hausnummer.

9 9

Achtung! Vereine!

Habe noch an Tannabenden und Sonntagen im November sowie Weihnachtsfeiertag **Säle** zu vergeben. 29442*

H. Ebert, Neues Klubhaus, 72, Kommandantenstr. 72.

Castans Panopticum

Friedrichstraße 165.

Schreckenskammer. — Irrgarten.

Von 6 Uhr ab:

Cabaret-Abend.

2473L* Volkstümliche Vorträge aller Art.

Feurig-süsser Kraft-Rothwein.

Blutarmen u. Kranken ärztlich empfohlen

Fl. 1.50 u. 2.–

Überall zu haben.

Santa Lucia

In Apotheken, Drogen- u. Delikat.-Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/13*

Haut- und Harnleiden.

10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

Greift zu! den besten

Monatsanzüge	v. 9.50 M.	Monatspaletots	v. 9.50 M.
Abonnements-anzüge	10.50 .	Abonnements-paletots	12.50 .
Anzüge, Ersatz für Maß	20.00 .	Paletots, Ersatz für Maß	19.50 .
Pfandleihanzüge	12.50 .	Joppen	5.00 .
		Beinkleider	2.00 .

Getragene Kleidungsstücke von Kavalieren, Reisenden aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, alles auch für korpulente Figuren.

Zentral-Keller, Berlin 35, Neanderstr. 35.

3 Min. von Stadtbahn Jannowitzbrücke, an der Köpenickerstraße.

Straßenbahn-Vergütung.

Julius Lindenbaum

Frankfurterstr. 141 Ecke Fruchtstraße. | **Franseckistraße 15** Ecke Hochmeisterstraße.

Feste Preise!

Winter-Paletots.

Elegante und moderne Verarbeitung in allen Stoff-Neuheiten und tausendfacher Auswahl. Nur eigene Erzeugnisse! Von **12** M. bis **65** M.

Jackett-Anzüge

in allen erdenklichen **Mustern der Neuzeit**
von **10** M. **50** bis **50** M.

Rock Gehrock-Anzüge

von **25** M. bis **54** M.

Winter-Joppen

warm gefüttert von **4** M. **50** an.

Jünglings-Garderobe.

Knaben-Garderobe.

Berufs- u. Arbeiterbekleidung

für alle Gewerke.

Spezialität:

Anfertigung nach Maß.

Garantie für **tadellosen Sitz** sowie **prima Zutaten und Verarbeitung.** Für beste und reellste Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meiner seit 1879 bestehenden Firma.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Die Jagd auf den Hauptmann

ist bisher noch immer ergebnislos gewesen, dagegen brachte gestern abend das Wolffsche Telegraphenbureau die Mitteilung, daß der Köpenicker Bürgermeister Dr. Langerhans

sein Amt niedergelegt hat.

Die Ursache der plötzlichen Amtsniederlegung begründete gestern in einer außerordentlichen Magistratssitzung Dr. Langerhans selbst wie folgt:

Eine große Anzahl von anonymen Schmähbriefen, in denen seine Person in der unliebsamen Affäre mit Schmutz beworfen würde, gingen ihm Tag für Tag zu. Ihm sei es vor der Hand gar nicht möglich, sich gegen diese heimlichen Beleidigungen sowie gegen die Angriffe in öffentlichen Blättern zu verteidigen. Seiner vorgesetzten Behörde habe er bereits gestern seine Absicht, das Amt niederzulegen, angekündigt. Obgleich ihm von dieser Seite das größte Wohlwollen auch in diesen schweren Tagen entgegengebracht würde, obwohl ihm wegen seines Verhaltens gegenüber dem falschen Offizier keinerlei Vorwürfe von der Aufsichtsbehörde gemacht worden, halte er sich dennoch, niedergedrückt durch die Wucht der öffentlichen Angriffe, die er für ungerecht halte, für verpflichtet, das Amt des Bürgermeisters niederzulegen.

Im Anschluß an diese Mitteilungen erklärte Stadtrat Fabarius, daß eine Einwirkung der Regierungsbehörde auf die Entschließungen des Bürgermeisters nicht erfolgt sei. Die Mitglieder des Magistrats beschlossen unmittelbar darauf, ein Vertrauensvotum an Dr. Langerhans zu übersenden, der gebeten wird, seinen Entschluß rückgängig zu machen. Weiter hat der Magistrat den Vorstand der Stadtverordnetenversammlung ersucht, in einer außerordentlichen Sitzung, die am Montag oder Dienstag stattfinden soll, die Lage zum Gegenstand einer Beratung zu machen. Man glaubt, daß die Versammlung die Wiederwahl des Herrn Dr. Langerhans beschließen wird.

Ueber den Verbleib des „Hauptmanns" laufen aus allen Himmelsrichtungen zahllose Meldungen ein, die zeigen, mit welchem Eifer man sich seiner Verfolgung widmet. Auswärtige Behörden haben die hiesige Kriminalpolizei bereits auf viele Personen aufmerksam gemacht, denen die Tat wohl zuzutrauen wäre, deren Aufenthalt aber unbekannt ist. Nach solchen Personen wird eifrig geforscht, bis jetzt aber ohne greifbares Ergebnis. Ein gewisser Adolf Milner, auf den von Hamburg aus hingewiesen wird, ist auch unserer Kriminalpolizei wohlbekannt. Er ist oft bestraft und auch für das hiesige Verbrecheralbum photographiert worden. Sein Bild hat daher auch allen Personen vorgelegen, die das Verbrecheralbum eingesehen haben. Aber keinem fiel es auf, und als man jeden gerade auch auf dieses Bild aufmerksam machte, sagten alle übereinstimmend, das sei der Hauptmann nicht. Alle Verbrecherkategorien wurden durchgesehen: Betrüger, Heiratsschwindler, Einbrecher, Taschendiebe, Nepper usw., aber nirgends fand sich ein bestimmter Anhalt.

Die Schärpe des falschen Hauptmanns.

Auf dem Rixdorfer Gebiet ist die Schärpe des falschen Hauptmannes gefunden und der Rixdorfer Polizei zugestellt. Allein dieser Fund reicht ebensowenig wie die früher dort entdeckten Militärbekleidungsstücke hin, um auf eine sichere Spur des Täters zu leiten. Nur so viel geht daraus hervor, daß das Uniform-Genie sich in Rixdorf aufgehalten hat und dort gute Ortskenntnis besitzen muß.

Ein Blatt wußte gestern abend schon zu berichten, daß der Hauptmann ergriffen sei und daß der Verdächtige, den der Rendant v. Wiltberg auf dem Berliner Polizeipräsidium als den Hauptmann erkannt habe, bereits nach Köpenick transportiert worden ist, um dort vorgestellt zu werden. Seit der Hennigsuche sind indes solche Nachrichten mit der größten Vorsicht aufzunehmen.

Bemerkenswerte Feststellungen haben Militärschneider noch an der auf dem Tempelhofer Felde gefundenen Hose des Hauptmanns gemacht. Sie begutachteten übereinstimmend, daß es keine Offizershose sei, sondern eine

Extrahose eines Unteroffiziers

oder Mannes. Die Hose habe hinten keine Taschen, die bei Offizershosen nie fehlten, und sie sind auch nicht so gut gearbeitet wie diese.

Das Köpenicker Hauptmannsspiel.

Auf den Spielplätzen hat sich bereits bei den Berliner Jungen ein Köpenicker Hauptmannsspiel eingebürgert. Bei demselben kommt es darauf an, daß „Bürgermeister" und „Rendant" den „Hauptmann" erwischen; dies wird ihnen aber sehr schwer gemacht durch die „Soldaten", die ihnen fortwährend den Weg versperren. Natürlich wird auch die Verhaftungsszene mit mehr oder weniger Geschick aufgeführt. Zum Schluß entwickelt sich jedoch meist eine Prügelei, weil jeder „Hauptmann" sein will. Der Bürgermeisterposten ist weniger gesucht!

Partei-Angelegenheiten.

Achtung!!

Zum Extra-Zahlabend am Dienstag, den 23. Oktober.

Der Zentralverband deutscher **Brauereiarbeiter** (Zweigverein Berlin) teilt uns mit, daß seine Mitgliedsbücher gegenwärtig zwecks Umtausch eingezogen sind und daher am Zahlabend von den Verbandsmitgliedern nicht vorgelegt werden könnten. Die organisierten Brauereiarbeiter befinden sich aber im Besitz einer Legitimations- resp. Kontrollkarte, auf welcher die bezahlten Wochenbeiträge abgestempelt sind.

Wir bitten daher die im Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter organisierten Genossen, diese Karten am Zahlabend als Legitimation mit zur Stelle zu bringen. **Der Aktionsausschuß.**

Zur Lokalliste. Folgende Lokale stehen uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: Im V. Kreis „Wendts Prachtsäle", Münzstr. 17, Eingang Königsgraben; im VI. Kreis: „Kromrehs Festsaal, Eichendorffstr. 8.

Das Lokal im Leo-Hospiz, früher „Scheruchs Festsäle", Rüdersdorferstr. 45, steht der organisierten Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 21. Oktober, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung im 8. Kommunalwahlbezirke statt. Die Genossen aus den Bezirken, welche nicht zur Wahl stehen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: F. Seidel, Mittenwalderstr. 16; Scholz, Zossenerstr. 1; Hilgert, Urbanstr. 7.

Alle Genossen, welche am Dienstag, den 23. Oktober, sich dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen können, werden gebeten, dies so schnell als möglich zu tun und sich mit Angabe der Zeit, welche sie übrig haben, sofort schriftlich bei dem Unterzeichneten anzumelden.

Hermann Werner, Mittenwalderstr. 30.

Sechster Wahlkreis. Sonntag abend 5½ Uhr findet im Silbersteinschen Lokal, Badstr. 8, eine Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher die Genossin Kadeit über Volksschule und Kindererziehung sprechen wird. Nach der Versammlung geselliges Beisammensein mit Tanz.

Treptow-Baumschulenweg. Am Dienstag, den 23. d. M., abends 8½ Uhr, findet in Speers Festsälen eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher Genosse F. Zubeil das Referat übernommen hat.

Morgen, Sonntag früh findet eine Handzettelverteilung statt, die Parteigenossen werden ersucht, sich recht zahlreich um 8 Uhr in ihren Bezirkslokalen einzufinden, und gleichzeitig, soweit es noch nicht geschehen ist, behufs Aufstellung der Statistik über ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit, ihren Bezirksführern die Verbandsbücher vorzulegen, da der Extrazahlabend in unserem Orte der Versammlung wegen ausfällt. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute findet das Vergnügen (Herbstfest) des Wahlvereins im Schwarzen Adler (Gebr. Arnhold) statt. Mitwirkende sind: Neues Tonkünstler-Orchester, Dirigent F. Hollfelder und das Berliner Ulk-Trio. Nach dem Konzert großer Ball. Um rege Beteiligung ersucht Das Komitee.

Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Am Montag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saale des Herrn Reisen, Chausseestr. 104, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Julius Kaliski über: Die Kapitulation von Köpenick sprechen wird. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Einberufer.

Tegel. Montag, den 22. Oktober, abends 8½ Uhr, findet in Trapps Festsälen, Bahnhofstr. 1, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Artur Stadthagen über: Der politische Massenstreik. 2. Diskussion. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der neuen Realsteuervorlagen hielt gestern seine zweite Sitzung ab und beendete die erste Lesung der Grundsteuerordnung.

Die Diskussion setzte von neuem bei der Frage ein, ob es wünschenswert ist, in der Steuerordnung genau umschriebene Normen für die Abschätzung nach dem gemeinen Wert zu geben oder von der Aufzählung solcher Normen abzusehen, um eine möglichst individuelle Abschätzung eines jeden Grundstücks zu sichern. Neben den zu dieser Frage schon vorliegenden Anträgen war noch ein Antrag eingegangen, der verlangt, daß der Steuerausschuß die bebauten Grundstücke jährlich in Bonitätsklassen nach der Ausstattung, und zwar gewöhnliche, bürgerliche, gutbürgerliche, herrschaftliche und hochherrschaftliche, einteilen und daß für jede Klasse jährlich durch Gemeindebeschluß ein Vielfaches des Ertragswertes festgesetzt werden soll, welches dann als gemeiner Wert zu gelten habe. In den eingegangenen Grundsteuerordnungen der Gemeinden Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf ist von jedem Hinweis, wie der gemeine Wert festzustellen ist, abgesehen. Nach längerer Beratung beschloß der Ausschuß unter Ablehnung aller Anträge sich an die vorhandenen Muster anzulehnen und, um keine schematische Abschätzungspraxis einreißen zu lassen, in der Steuerordnung keine Normen für die Ermittelung des gemeinen Wertes zu geben.

Die gleichen Gründe, welche für diese Entschließung maßgebend waren, führten zu dem einstimmigen Beschluß, auch die §§ 3 bis 9 der Vorlage zu streichen. In diesen Paragraphen werden genaue Normen für die Abschätzung des Nutzungswertes der bebauten Grundstücke gegeben. Ganz unabhängig von dem gemeinen Wert ist die Kenntnis auch des Nutzungswertes der einzelnen bebauten Grundstücke für die Verwaltung nicht nur aus vielfachen Gründen wertvoll, sondern unumgänglich notwendig, da die Kanalisationsabgabe nach der Höhe des Nutzungswertes umgelegt wird. Der Ausschuß war aber mit Recht der Auffassung, daß Bestimmungen über die Ermittelung dieses Wertes nicht mehr in die Grundsteuerordnung gehören, sondern daß es unter den geänderten Verhältnissen Sache der Kanalverwaltung sei, derartige Feststellungen in der in Beratung befindlichen neuen Kanalisationsordnung zur Aufnahme zu bringen.

Die Beratung wandte sich sodann zwei Anträgen zu, von denen der eine bezweckte,

„veranlagte Grundsteuerbeträge in einzelnen Fällen durch den Magistrat niederschlagen zu lassen, wenn deren zwangsweise Beitreibung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet oder wenn das Beitreibungsverfahren voraussichtlich ohne Erfolg sein würde",

während der andere wie folgt lautete:

„Der gemeine Wert kommt für die Besteuerung nur mit der Hälfte zur Anrechnung bei Gebäuden der Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, unbemittelten Familien gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen, und deren Statut die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens 4 Proz. ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt."

Der erste Antrag wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt, nachdem von allen Seiten die Bereitwilligkeit ausgesprochen war, in der Umsatzsteuerordnung Vorsorge zu treffen, daß unbillige Härten bei der Erhebung der Umsatzsteuer, wie sie wiederholt vorgekommen sind, in Zukunft vermieden werden.

Gegen den zweiten Antrag wurde von den sozialdemokratischen Mitgliedern ausgeführt, daß der Antrag an sich ja gewiß gut gemeint sei, daß man aber doch zur Ablehnung kommen müsse. Zunächst sei es an sich ein mißliches Ding, generell steuerliche Befreiungen auszusprechen, sodann sei es ganz ausgeschlossen, daß durch den beantragten geringen Steuernachlaß der unbemittelten Bevölkerung Berlins irgend ein, auch nur der geringste Nutzen zuteil werde. Auf der anderen Seite aber gebe man den Hausbesitzern eine vielleicht willkommene Handhabe, gegen die neue Steuerordnung als eine ungerechte loszuziehen und man nähre in der städtischen Verwaltung den Glauben, mit Annahme dieses Antrages etwas für die Besserung der Wohnungsverhältnisse getan zu haben, während doch in Wirklichkeit absolut nichts erreicht würde. Auch arbeiteten die verschiedenen Baugesellschaften ganz verschieden; es gebe gute und minder gute. Wolle man auf dem Wege der Unterstützung von Baugesellschaften etwas tun, dann solle man die guten Gesellschaften herausfuchen und diese tatkräftig unterstützen. Man würde dann zwar auch nicht viel aber immer doch mehr erreichen, als durch Annahme dieses Antrages, der nach etwas aussehe, in Wahrheit aber nichts biete. Der Antrag wurde daraufhin abgelehnt und die Beratung vertagt.

In der Privatblindenanstalt für erblindete Kinder unter 14 Jahren Adalbertstr. 14 finden noch eine Anzahl Kinder beiderlei Geschlechts und ohne Unterschied der Konfession kostenlose Aufnahme und Pflege. Anmeldungen sind zu richten an den Stadtverordneten Herrn Riemer, Bischofstr. 2/3. Daselbst wird auch sonst jede gewünschte Auskunft über die Anstalt erteilt.

Der Magistrat hat gestern dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung auf Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Treptower Sternwarte von jährlich 8000 M. auf jährlich 12 000 M. sowie auf Einräumung eines Erbbaurechts bezw. Erbpachtrechts auf 30 Jahre zugestimmt.

Die Zwischenpächter-Wirtschaft in Laubenkolonien ist im „Vorwärts" erst kürzlich wieder (in Nr. 218) ausführlich geschildert worden. Es scheint, daß die Gegensätze, zu denen dieses Verpachtungssystem geführt hat, in nächster Zeit sich noch verschärfen sollen. Im Hinblick auf die Versuche der Pflanzer, die Fesseln ihrer Abhängigkeit von den Zwischenpächtern möglichst zu lockern, wollen die Zwischenpächter jetzt gemeinsam zu Gegenmaßregeln schreiten. In einer Zusammenkunft von Zwischenpächtern, die im Gebiet der nordöstlich von Berlin gelegenen Laubenkolonien stattgefunden hat, ist die Frage erörtert worden, ob nicht eine Vereinigung der Zwischenpächter (sie selber nennen sich „Generalpächter") zu gründen sei. Der Zweck dieser Organisation der Pachtunternehmer würde der sein, womöglich die Pflanzervereine zu unterdrücken, die bisher dem einzelnen Pflanzer den nötigen Rückhalt gegenüber dem Zwischenpächter gegeben haben und etwaigen Machtgelüsten von Zwischenpächtern entgegengetreten sind. In der Versammlung ist vorgeschlagen worden, daß die Zwischenpächter sich untereinander verpflichten sollen, in ihren Kolonien keinen Pflanzerverein mehr zu dulden. Zunächst handelt es sich nur um Vorbesprechungen, doch ist kaum daran zu zweifeln, daß der geplante Zusammenschluß der Pachtunternehmer über kurz oder lang zustande kommen wird. Da wird dann der Bund der Pflanzervereine sich kräftig seiner Haut zu wehren haben. Das Leben in den Laubenkolonien wird in der bürgerlichen Presse immer und immer wieder in rosigstem Lichte geschildert, in Wirklichkeit aber wird auch hier ein Kampf der Interessen geführt, der an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. Auch hier möchte ein geschäftskluges Unternehmertum am liebsten ohne jede Mühe einen Profit einsacken, den es als Anteil an dem Ertrage der mühevollen Arbeit fleißiger Pflanzer fordert.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir mitteilen, daß der Restaurateur Kieburg, der im Nordosten Berlins das Gewerbe eines Laubenkolonie-Zwischenpächters betreibt, Einspruch erhebt gegen unsere Schilderung (in Nr. 218) der Zustände in seiner Kolonie „Ostend". In einer Zuschrift an uns „berichtigt" er allerlei Dinge, die im „Vorwärts" gar nicht erörtert worden waren und die uns sehr gleichgültig sind. Im übrigen meint er, schuld sei an den „Gegensätzen" nur der dortige Pflanzerverein. Er erzählt: „Die vier Vorstandsmitglieder des Vereins waren hinter meinem Rücken beim Besitzer meines Terrains gewesen und wollten mich regelrecht ausmieten. Hier will ich bemerken, falls der Besitzer auf die Tücke eingegangen wäre, ich einen unersetzlichen Schaden, vielleicht meinen Ruin gehabt hätte." Was Herr K. hier „Tücke" nennt, war nichts anderes als die Wahrnehmung des dem Vorstand zustehenden Rechtes, wegen direkter Verpachtung an den Verein mit dem Besitzer zu unterhandeln. Der Versuch mißlang. Jeder Terrainbesitzer weiß eben, daß er mehr herausschinden kann, wenn Restaurateure als Zwischenpächter auftreten. Wie K. die „Tücke" vergalt, darüber schreibt er selber: „Natürlich beantwortete ich diese Hinterlistigkeit mit Kündigung der vier Vorstandsmitglieder, worauf sich Gegensätze bildeten." K. gibt also selber zu, daß er gekündigt hat wegen des nicht mal geglückten Versuches, sich von ihm unabhängig zu machen. Was will er denn dann noch! Gegenüber der Feststellung dieser Thatsache, die für die Zwischenpächterwirtschaft charakteristisch ist, interessiert es wenig, welche Rolle er in der nächtlichen Schlägerei gespielt hat, mit der in seinem Reich das Laubenkolonie-„Idyll" endete. Im „Vorwärts" war über die Art seiner Mitwirkung gar nichts gesagt. Er selber meint, er habe nur „die Ruhe in Güte hergestellt".

Fembrief in einem Warenhaus.

Am schwarzen Brett in der Kantine des Warenhauses Tietz in der Leipzigerstraße wird folgendes bekannt gemacht:

Die Kassenkontrolleurin (folgt der Name) **ist wegen Unehrlichkeit entlassen worden. Die Entdeckerin, Fräulein** (folgt der Name) **hat eine Prämie von 20 M. erhalten.**

Es ist ungeheuerlich, daß eine solche Verfemung und das durch diese Bekanntmachung gekennzeichnete Prämiensystem möglich ist und daß eine Handlungsgehülfin eine solche „Prämie" annimmt. Als vor etwa einem Jahre in einer Provinzstadt ähnliches erfolgte, nahm die durch die schwarze Tafel Gebrandmarkte sich das Leben; die Prämienempfängerin mußte die Stadt verlassen. Sache des Verbandes der Handlungsgehülfen wäre es, ein solches Prämiensystem für die Zukunft unmöglich zu machen.

Einen originellen Trick brachten zwei Gauner zur Anwendung, welche die Bauernfängerei nach einem neuen System und anscheinend mit gutem Erfolge betreiben. Gestern vormittag passierte ein Landmann die Invalidenstraße, als er plötzlich von einem anständig gekleideten Manne angesprochen wurde. Der Fremde behauptete, daß der Landmann ein Portemonnaie gefunden haben müsse. Auf diese in ziemlich erregtem Tone gemachte Aeußerung erklärte ein Mann, der „zufällig" neben dem Provinzialen ging, er habe ein Portemonnaie gefunden. Der Verlierer beschrieb nun dasselbe, gab an, daß sich in der Geldtasche nur ein Hundertmarkschein befände, und siehe da, die Angaben stimmten. Der „ehrliche" Finder erklärte jedoch, das Portemonnaie nur zurückgeben zu wollen, wenn er die Hälfte des Inhalts bekomme, sonst gebe er es auf dem Fundbureau der Polizei ab, und der Verlierer müsse dann vielleicht ein Jahr warten, bevor er es ausgehändigt erhalte. Der letztere erklärte sich denn auch zu dem Handel bereit und wandte sich mit der Bitte, doch den Hundertmarkschein zu wechseln, an den Provinzialen, der die ganze Erörterung mit Erstaunen angehört hatte. Der Landmann hatte nur 50 Mark Kleingeld bei sich, erklärte sich aber bereit, dem ungeduldigen Finder die 50 Mark zu geben, behielt jedoch, um sich vor Betrug zu schützen, den Hundertmarkschein, bis dieser gewechselt worden sei. Er begab sich zu diesem Zwecke nach einem Zigarrengeschäft Ecke der Invaliden- und Borsigstraße, während der Verlierer vor dem Laden wartete. Als der Landmann nun die angebliche Banknote auseinanderfaltete, stellte sich heraus, daß er nur eine „Blüte" in Händen hatte. Der Betrogene eilte nun auf die Straße, doch war der Gauner bereits spurlos verschwunden. Jedenfalls dürften die beiden Schwindler ihren als Verlierer und Finder mit so gutem Erfolge ausgeführten Trick bald in der Nähe von Bahnhöfen wiederholen.

Auf dem Magerviehhof in Friedrichsfelde bei Berlin ist unter den Rindviehbeständen die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen. Die unter den Schweinen auf dem städtischen Zentralviehhof in Berlin ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist auf einige Schweine beschränkt geblieben. Durch geeignete Vorkehrungen ist einer weiteren Ausdehnung vorgebeugt worden. Bemerkenswert ist, daß die Seuche gleichzeitig in Friedrichsfelde, Berlin, Magdeburg und anderen Orten bei verschiedenen Viehgattungen inländischer Transporte ausgebrochen ist, während ausländische Transporte verschont geblieben sind.

Jugendliche Opfer des Straßenverkehrs. Zwei schwere Verkehrsunfälle, von denen der eine einen tödlichen Verlauf nahm, werden vom gestrigen Nachmittag gemeldet. Vor dem Hause Berlinerstr. 157 in Wilmersdorf hatten die Kinder des Architekten Wätjen auf einem anhaltenden Lastwagen gespielt und eines der Kleinen ergriff plötzlich die Peitsche und schlug auf die Pferde ein. Die Tiere zogen an und der jüngste Sohn des Architekten wurde vom Wagen heruntergeschleudert und fiel unter die Räder. Für kurze Zeit ruhte das Hinterrad mit der schweren Last auf der Brust des unglücklichen Kindes. Der Knabe wurde in das Krankenhaus gebracht und liegt dort hoffnungslos danieder. — Von einem Omnibus totgefahren wurde am Moritzplatz ein unbekannter etwa sieben Jahre alter Schulknabe. Beim Hindurchwinden durch das starke Wagengewirre war der Kleine gegen einen Omnibus der Linie Nottbuserbrücke—Schönhauser Tor geraten und so unglücklich überfahren worden, daß er kurz darauf an den Folgen schwerer innerer Verletzungen starb.

Mitglieder der „Freien Volksbühne"! Die Direktion des Neuen Schauspielhauses setzt uns eben in Kenntnis, daß die auf Sonntag, den 21. Oktober, angesetzte Eröffnungsvorstellung der 8. und 9. Abteilung von Shakespeares „Sturm" um einige Tage verschoben werden muß und für diese Abteilungen als Ersatz eine Abendvorstellung (Näheres siehe Inserate) stattfindet. Alle anderen Abteilungen haben ihre Vorstellung an den aus den Mitgliedskarten ersichtlichen Nachmittagen. Der Vorstand

Ueber die Arbeitsverhältnisse der Stalleute im Zirkus Schumann hatten wir dieser Tage nach Schilderungen von Stalleuten eine Notiz gebracht, die von der Geschäftsleitung des Zirkus in verschiedenen Punkten als unzutreffend bezeichnet wird. Nach der Darstellung der Geschäftsleitung liege die Sache so: Als Stalleute würden nur ledige Leute eingestellt, die 18 M. Lohn und freie Schlafstelle erhielten. In den Pausen besuche nun das Publikum die Ställe und da hätten diese Arbeiter demselben in sehr aufdringlicher Weise die Büchse unter die Nase gehalten, um Trinkgelder zu erhalten. Das sei wiederholt geschehen trotz strengen Verbots. Am Sonntagabend habe sich das wiederholt und wieder sei das gerügt worden. Schließlich hätten die Leute kurz vor der Pantomime die Arbeit hingeworfen, ohne überhaupt eine Forderung gestellt zu haben. Die Arbeit sei dann von dem übrigen Personal mitgeleistet worden, nicht aber seien zu diesem Zwecke Soldaten zugezogen gewesen, wie dies auch bei der Ankunft des Zirkus auf dem Lehrter Bahnhof nur in ganz besonderen Fällen geschehen sei.

Wir haben schon kürzlich bemerkt, daß es sich bei dieser spontanen Arbeitsniederlegung um Leute handelt, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören und denen daher jede gewerkschaftliche Erziehung abgeht. Sonst hätten sie sicher auch schon früher sich darauf beschränkt, lieber eine entsprechende Bezahlung zu erhalten, als sich durch die Trinkgelder schadlos zu halten. Immerhin muß es den Leuten doch nicht so glänzend gegangen sein, wenn sie so ohne weiteres, ohne jeden Rückhalt in der Organisation, die Arbeit verlassen und, da sie keinerlei Wohnung haben — denn sie schlafen im Zirkus — obdachlos umherirren.

Mit Lysol vergiftete sich gestern das zwanzigjährige Dienstmädchen Hedwig John, die bei einem Fabrikanten in der Gipsstr. 18 diente. In hoffnungslosem Zustande mußte sie in das Krankenhaus am Urban gebracht werden. Das Motiv zu der Tat soll unglückliche Liebe sein.

Eine wilde Einbrecherjagd, bei der auch der Revolver eine Rolle spielte, gab es gestern früh in der dritten Stunde in der Wallstraße. Dort wollten zwei Diebe in die Räume des Gastwirts Mathes, Wallstr. 76, eindringen. Sie machten aber bei dem Versuch, die Tür zum Gastzimmer im Hausflur zu erbrechen, ein solches Geräusch, daß die Wirtsleute aus dem Schlaf erwachten. Auf die Hülferufe hin ergriffen die Spitzbuben schleunigst die Flucht. Dabei liefen sie einem Schutzmann direkt in die Quere. Dieser gab sofort Notsignale ab, worauf noch drei andere Schutzleute herbeieilten. Es entspann sich nun eine wilde Jagd. Einer der Burschen feuerte dabei drei Schüsse auf seine Verfolger ab, ohne indes jemanden zu verletzen. Schließlich wurden die Fliehenden eingeholt und dingfest gemacht.

Unterrichtskurse für Arbeiter und Arbeiterinnen, veranstaltet von der Freien Studentenschaft der Universität Berlin. Die studentischen Unterrichtskurse für Arbeiter und Arbeiterinnen wollen den Hörern, besonders älteren Arbeitern, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, zu einer gründlichen Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern, in Deutsch, Rechnen, Geometrie und Geographie Gelegenheit bieten.

Jeder Kursus findet wöchentlich einmal statt in den Abendstunden von 8—10. Beginn des Unterrichts am 5. November. Ende: Anfang März. Zur Deckung der Unkosten wird für jeden Kursus ein einmaliger Beitrag von 50 Pf. erhoben. Die Kurse finden statt im Gebäude des Zentralarbeitsnachweises, Rückerstraße 9 (5 Minuten vom Bahnhof Börse), in der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niederwallstraße 12 (am Spittelmarkt) und in der VII. Realschule, Mariannenstraße 47 (am Heinrichsplatz.)

Der Unterricht wird von Studenten der Berliner Universität erteilt. Das Unternehmen wird geleitet durch eine aus ihrer Mitte gebildete Kommission unter Mitwirkung von Vertrauensleuten der Hörer.

Die Anmeldungen zu allen Kursen (auch denen der Niederwallstraße und Mariannenstraße) werden am 25., 26., 27. Oktober, abends 8—9½ Uhr, Rückerstraße 9, linker Seitenaufgang, Parterre (Kantine), entgegengenommen. Die Hörer des vorigen Halbjahres können sich schon am 22. und 23. Oktober, abends 8—9½, melden, damit sie den Kursus, den sie belegen wollen, nicht besetzt finden. Anmeldungen innerhalb der Kurse können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Außer den Kursen finden gelegentlich Theaterbesuche, Museumsführungen und Ausflüge statt.

Programme sind in beliebiger Anzahl auch auf schriftliche Bestellung zu erhalten von dem Vorsitzenden des Arbeits-Ausschusses der Unterrichtskurse, Herrn August Neubauer, N. 31, Bernauerstraße 114 IV.

Anfragen und schriftliche Mitteilungen sind zu richten an den Schriftführer der Unterrichtskurse, Herrn stud. jur. Erich Kuttner, W. 15, Kurfürstendamm 184 III.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania finden Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch die letzten Wiederholungen des Vortrages „Die Mosellande und ihr Weinbau, Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart" statt. Am Donnerstag wird zum erstenmal der neue Vortrag „Sizilien", ausgestattet mit zahlreichen farbigen Bildern, zur Darstellung gelangen und dann allabendlich wiederholt werden. — Im Hörsaal werden nachstehende Vorträge gehalten werden: Dienstag: Dr. von Unruh, „Der Stickstoff und seine Verbindungen". — Mittwoch: Dr. W. Scheffer, „Das photographische Objektiv". — Donnerstag 6 Uhr: Dr. Thesing, „Die Organe des tierischen Körpers" und um 8 Uhr: Dr. Thesing, „Von den allgemeinen Lebenserscheinungen". — Sonnabend: Dr. B. Donath, „Die chemischen Stromwirkungen". — Im Hörsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstraße spricht am Dienstag Herr Dr. Ristenpart über: „Die Schwere der Erde".

Die Bibliothek der Körporation der Kaufmannschaft bleibt am heutigen Sonnabend, den 20., abends, und morgen, den 21., vormittags, geschlossen. Dadurch, daß die Bibliothek zugleich Handels-Hochschul-Bibliothek wird, macht sich eine Abtrennung eines Teiles des Lesesaales notwendig, weshalb die Unterbrechung eintritt.

Zahlreiche Brände beschäftigten vorgestern abend die Berliner Feuerwehr. Unter anderen mußten zwei Kellerbrände in der Bartelstr. 5 und Chorinerstr. 20 gelöscht werden. An beiden Stellen brannten Kisten und wird Brandstiftung angenommen. Auch bei dem dritten Brande, der in der Schönhauser Allee 145 auf dem Hofe auskam, vermutet man Brandstiftung. Kisten u. a. standen dort in Flammen. Der 15. Löschzug wurde dann nach der Calvinstraße 16 alarmiert, wo Benzin auf dem Hofe in Brand geraten war und unter großer Flammenentwickelung bis auf den letzten Rest verbrannte. Zwei Wohnungsbrände beschäftigten außerdem die Feuerwehr in der Linienstr. 1 und der Dunckerstr. 72. Gardinen und Möbel wurden dort ein Raub der Flammen. Am Hafenplatz kam in einer Kajüte eines dort vor Anker liegenden Kahnes Feuer aus. Holz u. a. brannte dort. Der 7. Zug wurde nach der Mühlenstraße 62 gerufen. Ein Pferd mit einem Wagen war dort über das Bollwerk hinweg in die Spree gestürzt. Das Pferd holte die Wehr gesund aus dem Wasser heraus, während der Wagen heute gehoben werden soll. Nach der Willibald Alexisstr. 24 wurde die Feuerwehr geholt, weil dort die Hausbewohner vor Geruch nicht aushalten konnten. Fleisch brannte dort in einer Küche. Ferner wurde die Wehr nach dem städtischen Siechenhause in der Fröbelstraße gerufen, um einem Kranken zu helfen, was nach mehrstündigem Bemühen unter Anwendung eines Sauerstoffapparates gelang. Außerdem hatte dann die 2. Kompagnie noch in der Langestraße 49 und in der Köpenickerstr. 70a zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtverordnetenversammlung. Die Sitzung begann mit einer sehr lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte. An erster Stelle stand auf der Tagesordnung die Wahl von zwei unbesoldeten Magistratsmitgliedern, um dem am 22. Mai d. J. beschlossenen Ortsstatut zu entsprechen, das die Zahl der unbesoldeten Stadträte von acht auf zehn erhöht. Stadtv. Wutzky (Soz.) erhob namens seiner Fraktion Protest gegen die Wahl in dieser Sitzung, da — wie er ausführte — diese nicht den bisherigen Gepflogenheiten entsprechend im Wahlausschuß vorbereitet worden sei. Er verlangte Absetzung und Rückverweisung an den Wahlausschuß. — Die Stadtvv. Abraham und Kotze bemühten sich, die Ausführungen des Genossen Wutzky zu widerlegen, konnten jedoch die Feststellungen des Genossen Conrad, daß die Wahlangelegenheit nur so en passant am Schlusse einer Sitzung des Wahlausschusses erwähnt worden sei, wo die Ausschußmitglieder bereits zum Teil mit Ueberzieher und Hut zum Fortgehen gerüstet waren, nicht entkräften. Trotzdem benutzte die Majorität ihre Macht und setzte die sofortige Vornahme der Wahl durch, unbekümmert darum, daß sie die Minderheit vergewaltigte, indem dieser eine Vorberatung unmöglich gemacht worden war. Gewählt wurde der Kaufmann Fischer mit allen gegen zwei und der Kaufmann Ed. Schmidt gegen neun Stimmen. Gegen den letzteren hatte die sozialdemokratische Fraktion den Stadtv. Conrad als Kandidaten aufgestellt. Aber auch die Rixdorfer Liberalen sind mit jenem Quantum — „Mut" ausgestattet, das ihnen nicht erlaubt, einem wirklichen Vertreter des Fortschritts ihre Stimme zu geben, so daß unser Genosse — wie allerdings vorauszusehen war — durchfiel.

Die Vorlage über die Bildung der Wahlvorstände zur bevorstehenden Kommunalwahl, in der auch die sozialdemokratischen Vorschläge berücksichtigt sind, wurde debattelos angenommen.

Die gleiche Erledigung fand die Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern der Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission. Auch unter diesen Gewählten befindet sich eine größere Anzahl Genossen.

Die Anstellungsbedingungen für den an Stelle des ausscheidenden Herrn Voigt zu wählenden zweiten Bürgermeister, einige weitere kleine Vorlagen und die anderweite Festsetzung der Bedingungen der beschlossenen Anleihe von 22 Millionen Mark werden einstimmig genehmigt.

Eine lange, teils recht bewegte Diskussion rief eine, der Versammlung zur Begutachtung vorgelegte Polizeiverordnung hervor, welche gewisse sanitäre Einrichtungen in den Barbiergeschäften fordert. Herr Noster benutzte diese Gelegenheit, um sich dem notleidenden Handwerk als Retter in empfehlende Erinnerung zu bringen. Diesem Stadtvater leuchtet durchaus nicht ein, daß das Rad der Entwickelung nicht aufzuhalten ist und seine wunderlichen Ideen nur zum Lächeln reizen. Er heimste denn auch vom Stadtrat Dr. Glücksmann und vom Stadtv. Wutzky (Soz.) die verdiente Abfertigung ein. Gewünscht wurde allgemein, daß die von der Gesundheitskommission vorgenommene Abänderung, die den in der Verordnung verlangten Anschluß der Wascheinrichtungen der Barbiere an die Wasserleitung aufhebt, von der Polizeiverwaltung nicht berücksichtigt werden möchte.

Die Asphaltierung des vor der Realschule belegenen Teiles der Kaiser Friedrichstraße wurde beschlossen. Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) erklärte die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage, knüpfte aber daran die Erwartung, daß nun auch das gleiche bei den Volksschulen geschehe, wo ebenfalls eine Störung des Unterrichts durch den Straßenverkehr stattfinde.

Gegen die vom Magistrat beantragte Erhöhung des Honorars an die katholischen Pfarrer für Erteilung von Religionsunterricht im Realgymnasium wandte sich Stadtv. Wutzky (Soz.) in längeren Ausführungen. Die Stadt habe nicht die geringste Veranlassung, den Herren Pastoren zu ihrem Gehalt noch eine Extragratifikation zuzuzahlen. Religion sei Privatsache, und wer ein Bedürfnis dafür hat, soll sehen, wie er diesem gerecht wird. Stadtrat Weinreich versuchte durch die wunderliche Behauptung, daß die Bewilligung eine Anstandspflicht sei, die Vorlage zu retten, heimste aber nur eine treffende Zurückweisung seitens des sozialdemokratischen Redners ein. Die Versammlung lehnte die Honorarerhöhung ab.

Eine recht nette Bescherung hat die hiesige Kirchengemeinde der Stadt gemacht. Sie ist nämlich plötzlich auf den für sie nicht üblen Gedanken gekommen, den der Stadt gehörigen alten Friedhof an der Ecke der Berg- und Kirchhofstraße für sich als Eigentum zu reklamieren und versucht diese unver—ständliche Aneignung im Wege der Klage zu paralysieren. Zur „Begründung" müssen alte vergilbte Urkunden herhalten. Was kümmerts der Kirche der Nächstenliebe, daß der in Frage kommende Komplex zu einem öffentlichen Park bestimmt ist und der Allgemeinheit dienen soll: sie hat eben einen guten Magen und der ist bekanntermaßen unersättlich. Da muß die Stadt herhalten! Sie präsentiert derselben gewissermaßen die Quittung über die Schenkung des Reuterplatzes. — In der Vorahnung, daß dieses Verhalten der Kirche gebührend gekennzeichnet werden könnte, verlangte der Magistrat flugs die Verweisung in die geheime Sitzung, wogegen unsere Genossen in einer stürmischen Geschäftsordnungs-Debatte vergeblich ankämpften. Die Absicht des Magistrats, die Klage mit aller Energie durchzuführen, wurde von der Versammlung gutgeheißen. Als interessant verdient noch Erwähnung, daß mehrere Mitglieder der städtischen Körperschaften auch dem gegen die Stadt klagenden Gemeindekirchenrat angehören.

Um 9 Uhr fand die wiederholt dramatisch bewegte Sitzung ihr Ende.

Eine schwere Benzin-Explosion ereignete sich gestern in der Gummiwarenfabrik von Eichendorff in der Steinmetzstr. 125 in Rixdorf. In einem der Arbeitsräume war der 34jährige Arbeiter August Ehrhardt, Richardstr. 111 wohnhaft, mit der Zubereitung von chemischen Stoffen beschäftigt. Er kam dabei mit einem Benzinbehälter einer brennenden Lampe zu nahe, das Benzin explodierte und im nächsten Augenblick stand der ganze Raum in Flammen. Nur mit Mühe und Not vermochte sich E. aus dem brennenden Zimmer zu retten. Durch Stichflammen hatte er bereits im Gesicht und an den Händen schwere Brandwunden erlitten. Die Haare waren ihm vollständig vom Kopf heruntergesengt. Auf der Unfallstation 12 erhielt der Verunglückte die erste Hülfe. Nach einstündiger Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen.

Zu dem Versammlungsbericht erhalten wir folgende Zuschrift: Nach dem Versammlungsbericht hätte ich den Standpunkt vertreten, die Gewerkschaftsführer müßten den Sozialismus predigen. In Wirklichkeit gab ich meiner Zufriedenheit Ausdruck, daß das Amendement Kautsky abgelehnt wurde, weil meiner Auffassung nach es schon heute keinen Agitator innerhalb der Zentralverbände gibt, dessen Wirken nicht mit sozialdemokratischem Geiste durchtränkt wäre.

Weiter führte ich in Wirklichkeit aus, daß erst ein Bebel von den Lokalisten angerempelt werden mußte, um deren schädliches Wirken in der Partei einzusehen, die Mitglieder der Gewerkschaften hätten die Schädlichkeit der Lokalisten auch für die Partei schon längst erkannt.

P. Reimann.

Schöneberg.

Die Wahlvereinsversammlung vom 16. Oktober beschäftigte sich mit der Berichterstattung vom Parteitag. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der beiden verstorbenen Parteigenossen Schwarz und Gralow durch Erheben von den Plätzen. — Zunächst gab sodann der Kassierer Genosse Kister den Kassenbericht für das 3. Quartal. Die Einnahmen beliefen sich auf 2422,83 M., die Ausgaben auf 1954,17 M.; mithin ist ein Bestand von 468,66 M. zu verzeichnen. 1700 M. sind an den Kreis abgeführt worden. Hieran knüpfte der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen. Er empfahl das von der Vorwärts-Buchhandlung herausgegebene Werk „Blut und Eisen" zum Abonnement und wies nochmals auf den am 27. Oktober bei Obst stattfindenden Lichtbildervortrag hin. Zu der am 26. Oktober stattfindenden Wahl der Delegierten zu unserer Ortskrankenkasse sprach kurz Genosse Flamme; er fordert zu starker Beteiligung aller Wahlberechtigten auf und verwies auf die vom Gewerkschaftskartell auf Donnerstag einberufene Versammlung, die zu der Krankenkassenwahl Stellung nehmen wird.

Nach Erledigung dieser geschäftlichen Angelegenheiten erstattete Genosse Thiel-Tempelhof den Bericht vom Parteitag; er begrüßte den Verlauf desselben. Die trotz aller scharfen prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten würdig und rein sachlich gepflogenen Beratungen würden in hohem Maße zum Wohle der Partei ausschlagen. Alles in allem genommen seien die gefaßten Beschlüsse im Interesse gedeihlicher Weiterentwickelung der Arbeiterbewegung zu begrüßen. — In der sehr regen Diskussion sprach zunächst Küter. Das Referat Bebels habe vielfach enttäuscht, es scheine in demselben ein Widerspruch zu seiner Rede in Jena zu bestehen. — Zubeil erklärte den scheinbaren Rückzug Bebels durch die obwaltende, seit Jena in ihr Gegenteil umgeschlagene Stellungnahme aus den verschiedenen Strömungen in der Partei. Man könne fast sagen: vor und in Jena wurde der Massenstreik bekämpft; jetzt versuche diese Richtung zu beweisen, daß der Massenstreik womöglich schon im Januar hätte inszeniert werden müssen. Das müsse energisch zurückgewiesen werden. Die Massen seien heute noch nicht reif für den Massenstreik; durch ununterbrochene Propaganda im Sinne der Jenaer Resolution müsse das Volk zur Anwendung dieses Kampfmittels systematisch erzogen werden. Seiner Meinung nach sei der Massenstreik unsere letzte Waffe. —

Das Amendement Bebel—Legien fordere entschiedenen Widerspruch heraus; der bestehende klaffende Gegensatz zwischen der Kölner und der Jenaer Resolution sei durch die Annahme dieses Amendements nicht aus der Welt zu schaffen. — Was die Resolution Kautsky anbelangt, bedauere er, daß deren letzter Teil von Kautsky schließlich zurückgezogen worden sei. — Die Resolution v. Elm zur Angelegenheit der Lokalisten bekämpft Redner entschieden. Es ginge nicht an, die radikalen Elemente aus der Partei zu drängen, während man dem rechten Flügel den denkbar weitesten Spielraum gewähre. Die Zeit bis zum nächsten Jahre müsse zu ernsthafter Vermittelungsarbeit ausgenützt werden. — Fischer polemisiert gegen Zubeil. Dieser habe vor einiger Zeit mit Bezug auf den Massenstreik gesagt, man dürfe den Gegnern nicht verraten, welche Mittel wir einmal anzuwenden gedächten. Das sei auch der Standpunkt der Gewerkschaftsführer. — Die Resolution v. Elm sei sicher nicht in der Absicht eingebracht worden, nun sofort die Lokalisten auszuschließen. Eine Einigung, nämlich der Uebertritt in die Zentralorganisationen, müsse aber endlich einmal erfolgen. — Gollmick vermißt in dem Bericht Thiels einen Hinweis auf den Antrag Teltow-Beeskow bezüglich der Aenderung des Ausschlußverfahrens; dieser Antrag hätte auf dem Parteitag entschieden vertreten werden müssen. — Redner sieht zwischen der Kölner und Jenaer Resolution keinen Widerspruch. — Die Lokalisten hätten keine stichhaltigen Gründe für ihre Sonderbestreburgen; ihre Organisationsform unterscheide sich kaum noch von den Zentralverbänden. —

Wiczoreck bekämpft die auf Ausschluß der „Anarcho-Sozialisten" hinauslaufenden Bestrebungen und verteidigt die Haltung der „Einigkeit". — Casper weist zunächst zurück, daß der Genossin Luxemburg immer wieder der „Sisyphus"-Artikel in die Schuhe geschoben werde; es sei schon oft festgestellt, daß derselbe nicht von ihr herrühre. — Was die Gewerkschaften anbetreffe, so müßten die Mitglieder selber dafür sorgen, daß ein anderer Geist einzöge; mit dem Beitragzahlen allein sei es nicht getan. — Weiter müsse dafür gesorgt werden, daß die persönlichen Zänkereien und Streitereien aufhörten. — Krabel ist mit der Erledigung der Massenstreikfrage auf dem Parteitage nicht einverstanden; man habe den Gewerkschaftsführern zu viel Konzessionen gemacht. Die Annahme des Amendements Bebel—Legien sei unverständlich. — Redner zweifelt, ob den von Bömelburg abgegebenen Versicherungen nun auch die Tat folgen werde. — Die Handlungsweise der Lokalisten stehe zu ihren Prinzipien sehr oft im Widerspruch; trotzdem sei er gegen den Ausschluß. — Redner geht dann noch auf das Verhältnis der Gewerkschaftsführer zu den Mitgliedern ein. Die Mitglieder müßten die treibende Kraft sein, die ihre Führer vorwärts drängt. Ebenso müßte die Haltung der Gewerkschaftsblätter von den Mitgliedern in ihrem Sinne beeinflußt werden. Angesichts der Stellung der Gewerkschaftsführer namentlich in der Maifeierfrage sollte man die Delegierten stets mit gebundenen Mandaten versehen. — Als letzter Redner sprach Meyer, der dem Zusammenschluß der Gewerkschaften das Wort redete. —

Nach einem kurzen Schlußwort erfolgte die Abstimmung über die zwei vorliegenden Resolutionen. Die eine davon bemängelt die Annahme des Amendements Bebel—Legien und spricht sich für die ursprüngliche Resolution Kautsky aus; dieselbe wurde mit großer Majorität abgelehnt. Dagegen erfolgte die Annahme der folgenden Resolution mit großer Mehrheit:

Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages in Mannheim einverstanden und verpflichtet die Mitglieder, für die Durchführung der Beschlüsse zu wirken. —

Mit einem kurzen Hinweis des Vorsitzenden auf den Extrazahlabend am 23. Oktober wurde die Versammlung geschlossen

Gerichts-Zeitung.

Kantinenwirt wegen Totschlags unter Anklage.

In dem Prozeß vor dem Schwurgericht gegen den Kantinenwirt Wilde wurden gestern die medizinischen Sachverständigen vernommen. Dr. Horwitz, seit 9 Jahren Hausarzt des Angeklagten, sprach seine Ansicht dahin aus, daß Wilde die Tat in einer temporären Trübung der Geisteskräfte begangen habe. Dieselbe Ansicht vertrat der Nervenarzt Dr. Placzek. Er führte aus, er müsse von vornherein die Auffassung ablehnen, als handele es sich hier um die Annahme einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit. Nur die Feststellung des Seelenlebens des Angeklagten im Moment der Tat komme hier in Frage. Hierfür maßgebend sei zunächst die Tatsache, daß nach Berechnungen des Gerichtschemikers Dr. Jeserich der Angeklagte in wenigen Stunden zirka 500 Gramm Alkohol zu sich genommen habe. Wer wissenschaftlich die Wirkung von nur kleinen Mengen, etwa 10—30 Grämm, auf den Menschen erprobt habe, könne nicht erstaunt sei, wenn bei derartigen enormen Quantitäten eine Bewußtseinstrübung durch einen Rauschzustand entstehe. Dieser pathologische Rauschzustand habe sich auch in dem ganzen Verhalten des Wilde vor und nach der Tat wiedergespiegelt. Vorher die explosivartige Entladung einer geringen Erregung und nachher die Fassungslosigkeit, Ernüchterung und lückenhafte Erinnerung an die Geschehnisse. Auf diesen Zustand passe der Begriff der „Bewußtlosigkeit" des § 51 Str.-G. B., denn die Motive zu diesem Paragraphen nennen ausdrücklich die Trunkenheit als vorübergehende Bewußtseinstrübung. Mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit müsse daher der § 51 in Anwendung kommen.

Den entgegengesetzten Standpunkt vertreten Prof. Dr. Köppen aus der kgl. Charité und der Gerichtsarzt Dr. Störmer. Sie begründen eingehend ihr Gutachten, das mit der Ansicht abschloß, daß von einem „krankhaften Rauschzustand" im Sinne des § 51 Str. G.-B. nicht die Rede sein könne. Die Staatsanwaltschaft trat für Schuldspruch, die Verteidigung für Freisprechung ein. Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch für nichtschuldig ab. Das Gericht sprach darauf den Angeklagten frei.

Automobilopfer.

Wegen fahrlässiger Tötung ist am 16. Mai vom Landgericht Wiesbaden der Privatier Wilhelm Kröll zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 22. Juli 1905 hatte der 12jährige M. auf dem Felde gearbeitet und fuhr abends auf seinem Rade wie gewöhnlich nach Hause. Ein Erntewagen wurde von ihm überholt. Als er in der Höhe des Pferdes war, wurde er von dem Automobil des Angeklagten, der es selbst führte, von hinten überfahren. Der Angeklagte fuhr weiter. Der Knabe starb an demselben Abend an Hirnquetschung infolge des Sturzes. Der Knabe war von einem Seitenwege gekommen, aber schon eine Zeit lang auf der Chaussee gefahren, als der Angeklagte ihn umfuhr. Der Angeklagte hätte ihn sehen müssen und würde das Automobil noch einige Meter vor dem Radfahrer haben zum Stehen bringen können. Die fragliche Stelle war nicht als unübersichtlich zu bezeichnen. Der Angeklagte mußte damit rechnen, daß neben dem Lastwagen ein Fuhrmann ging, der auch einmal ein wenig nach links trat, oder daß Seitenwege vorhanden waren, von denen Personen auf die Chaussee kommen könnten. Der Angeklagte hat nicht sorgfältig beobachtet und eine gefährliche Stelle zu schnell durchfahren. Darin besteht seine Fahrlässigkeit, die den Tod verursacht hat. — Die

Revision des Angeklagten wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen. Der **Reichsanwalt** betonte: Die Automobilfahrer haben sich trotz der vielen Unfälle noch nicht daran gewöhnt, ihren Sport auf der Landstraße dem öffentlichen Interesse anzupassen. Der Fahrlässigkeitsbegriff ist vom Landgericht durchaus nicht überspannt worden, wie die Revision behauptet. Die Automobilisten sollten sich durch die von ihren Genossen vielerorts verursachten Unglücksfälle und Tötungen an größere Vorsicht mahnen lassen.

Folgen der Fürsorgeerziehung?

Am Donnerstag verurteilte die Darmstädter Strafkammer vier Zwangszöglinge aus der St. Josefsanstalt in Groß-Zimmern wegen Brandstiftung zu je einem Jahr, vier weitere wegen Beihülfe zu mehreren Monaten und einen Zögling wegen unterlassener Anzeige dieses beabsichtigten Verbrechens zu einem Monat Gefängnis.

Ein Bürgermeister instruiert die Unternehmer.

Die polizeilichen Auslegungskünste in bezug auf das bayerische Vereins- und Versammlungsrecht zeitigen merkwürdige Blüten. In **Kulmbach** wurden seit längerer Zeit die Mitgliederversammlungen des Brauerverbandes polizeilich überwacht, wogegen anfangs nichts erinnert wurde, obwohl diese Ueberwachung bei nichtöffentlichen Versammlungen unberechtigt ist. Da wurde die Erfahrung gemacht, daß die **Brauereibesitzer** schon am anderen Tage von den in den Versammlungen gemachten Aeußerungen und den vorgebrachten Beschwerden der Arbeiter **Kenntnis** erhielten, weil der Bürgermeister v. Flessa **die Versammlungsrapporte der überwachenden Beamten dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes zur Einsicht ausgehändigt** hatte. Dadurch wurde ein großer Teil der Mitglieder eingeschüchtert und traute sich nicht mehr in die Versammlungen. Als nun am 7. Juli in einer Mitgliederversammlung wiederum ein Offiziant als überwachender Beamter erschien, forderte ihn der Vorsitzende Genosse Goller auf, das Lokal zu verlassen, da die Versammlung keine öffentliche sei und der Ueberwachung nicht unterstehe. Der Beamte entfernte sich, aber gegen Goller erfolgte Anzeige wegen — Widerstands gegen die Staatsgewalt. Am 17. Oktober beschäftigte sich die Bayreuther Strafkammer mit dem Fall. Der als Zeuge erschienene **Bürgermeister Flessa mußte zugeben, daß er den Unternehmern von den Versammlungsrapporten Kenntnis gab**, er habe es aber nur aus Arbeiterfreundlichkeit getan, um eventuell den Ausbruch von Streiks zu verhüten. Im übrigen beharrte er darauf, daß der Brauerverband politische Zwecke verfolge, weil der Vorsitzende auch Vorsitzender des für politisch erklärten Gewerkschaftskartells und des sozialdemokratischen Vereins sei und weil die Versammlungen sich öfters mit politischen Themen beschäftigt haben. Als solche bezeichnete er die wirtschaftliche Lage der Brauereiarbeiter, die Fleischnot, Erhöhung der Bierpreise usw. Der Staatsanwalt beantragte zwei Wochen Gefängnis, das Urteil wird am 24. Oktober verkündet.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 8¾ Uhr, im Rathause (Eingang Jüdenstraße), Saal 109: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10½ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn M. H. Baege über: „Verehrung". — Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Ortsverein Charlottenburger Buchdrucker. Sonntag, den 21. Oktober, vorm. 10½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3: Versammlung.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg. Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 4½ Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17: Mitgliederversammlung. Landsleute aus dem Kreise herzlich willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 3. Heute abend 8½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Kayser, Reichenbergerstr. 157. — Filiale Berlin 4. Heute abend 9 Uhr: Mitgliederversammlung bei Merkowski, Andreasstr. 26. — Filiale Rummelsburg. Heute abend 8½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Tempel, Boxhagenerstraße, Ecke Neue Bahnhofstraße.

Briefkasten der Redaktion.

— **Jänicke.** Ueber Skat und andere Spielfragen vermögen wir nicht Auskunft zu geben. Die Vereinbarung der Spieler entscheidet. — **J. A. 100.** Stellen Sie den Antrag auf Invalidenrente. Dieselbe würde etwa 192 M. betragen. Sollten Sie im Laufe des Verfahrens 70 Jahre alt werden, so können Sie sofort den Antrag auf Altersrente stellen, die in Ihrem Falle 200 M. betragen würde. Ausgezahlt wird nur eine der beiden Renten. —

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 67—72 pr. 100 Pfd., IIa 61—66, IIIa 56—60, IVa 52—56. Kalbfleisch, Doppelländer 105—115, Ia 84—90, IIa 72—82, IIIa 62—70, holl. 55—62. Hammelfleisch Ia 73—78, IIa 62—72. Schweinefleisch 63—71. Rehböcke Ia per Pfd. 0,65—0,90, IIa 0,45—0,64. Rotwild Ia 0,38—0,50, IIa 0,28—0,35. Damwild 0,38—0,52. Wildschweine 0,20—0,38. Frischlinge 0,40—0,55. Hasen p. Stück 2,80—3,50, klein 1,00—2,70. Kaninchen per Stück 0,25—0,75. Wildenten per Stück 1,25 bis 1,60. Krickenten 0,60. Bekassinen 0,75. Rebhühner, junge Ia 0,85—1,10, junge IIa 0,50—0,80, alte 0,60—0,80, junge kleine 0,00. Hühner, alte per Stück 1,50—3,35, alte IIa 0,80—1,30, junge per Stück 0,60—1,30. Tauben per Stück 0,20—0,50, alte 0,00. Enten, junge per Stück 1,20—2,75, alte per Stück 0,00, Hamburger, junge per Stück 2,80—3,10. Gänse, Oderbrucher, per Pfund 0,50—0,54, bito Hamburger, junge 0,60—0,65, Ia per Stück 2,75—4,00, IIa 1,10—2,50. Poulets per Stück 0,80—1,60, do. klein 0,00. Hechte per 100 Pfd. 72—92, mittel 0,00, groß 0,52, klein 0,00. Aland 0,00. Schleie 88—100, große 89, kleine 0,00. Bleie, klein 26. Aale, groß 93—108, mittel 76, klein-mittel 0,00, unsortiert 0,00. Plötzen 45—50. Karpfen, unsortiert 68—71, do. 30er Lausitzer 0,00, do. 80er 65—67, do. 40er Schlesische 0,00. Barse 0,00, matt 0,00. Karauschen 77. Bleifische 0,00, Wels 0,00. Bunte Fische 58—65, matt 0,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Sprotten, Kieler, Wall 0,75—1,30, Danziger, Wall 0,50—0,70. Flundern, pommersche Ia, per Schock 3—9, do. pommersche IIa 2—4, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, Hamb. Stiege 5—6, halbe Kiste 1,50—2. Bücklinge, per Wall Kieler 2,50—3,50, Stralsunder 3,50—4,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 3—4, do. ½ Kiste 2. Kabliau, p. 100 Pfd. 20—25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 4,00—4,60. Butter per 100 Pfd. Ia 124—127, IIa 115—120, IIIa 110—114, abfallende 95—105. Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 1,90—2,10, Dabersche 1,90—2,10, Rosen 0,00, weiße 1,60—1,80, Salatkartoffeln 4,00—5,00. Spinat per 100 Pfund 12,00—15,00. Karotten per Schockbund 2,50. Sellerie, hiesige, per Schock 4,00—6,00, do. pommersche 4,00—5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,50—3,00, do. hiesige (Berl.) 30—50. Charlotten 50—60. Petersilie, grün, Schockbd. 1,25. Kohlrabi per Schock 0,75—0,80. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen per Schock-Bd. 0,80—1,00. Salat, per Schock 1,80—2,00. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 20—25. Wachsbohnen 20—25. Pfefferlinge per 100 Pfd. 10—15. Mohrrüben per 100 Pfd. 2—3. Teltower Rüben p. 100 Pfd. 10—12. Weiße Rüben, große 3—4, kleine 6,50—7. Blumenkohl p. Mandel 1,50—2,50. do., Erfurter, Kopf 0,11—0,20. Wirsingkohl per Schock 4,00—7,00. Rotkohl p. Schock 5,00—9,00. Weißkohl p. Schock 2,00—6,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 12—18. Steinpilze p. 100 Pfd 15—20. Kohlrüben Schock 2,50—4,00. Tomaten, hiesige 100 Pfd. 10—15. Kürbis 1,50—3. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 7—25, Tiroler 0,00, böhmische 6—16. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 4—20, Gravensteiner 8—20, Tiroler in Fässern 15—25, do. lose 11—12, Amerk. 16—23. Preißelbeeren, schwedische 23—24, Gebirgs- 32—35, Wallnüsse per Schock 1,00—1,50. Pflaumen, per 100 Pfd., hiesige 2,50—5, Böhmische 3—6, do. große 7—10. Zitronen, Messina 300 Stück 19,00—22,00, 360 Stück 10,00—18,00, 200 Stück 10—14, 420 Stück, klein 9—13, 500 Stück, klein 10—13. Pfirsiche, Werdersche per 100 Pfd. 0,00, Tiroler 0,00, italienische 50—70.

Witterungsübersicht vom 19. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Meter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Meter	Temp. n. C.
Swinemünde	761 S		2	Dunst	8	Haparanda	761 NW		2	wolkenl	—2
Hamburg	760 OSO		1	halb bd.	9	Petersburg	765 SW		1	bedeckt	10
Berlin	762 Still		—	heiter	8	Scilly	758 S		1	wolkig	9
Frankf. a. M.	761 SW		1	wolkig	10	Aberdeen	757 NNO		6	bedeckt	6
München	764 SSW		1	wolkig	7	Paris	759 SSW		3	bedeckt	13
Wien	764 W		1	Nebel	10						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 20. Oktober 1906.
Zeitweise nebelig, sonst meist heiter, trocken und mild bei schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 19. Oktober. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden — 0,98 Meter, bei Magdeburg + 1,68 Meter. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor + 1,41 Meter. — Neißemündung + 1,73 Meter. — Oder bei Brieg + 2,30 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 0,80 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 20. Oktober.
Anfang 7½ Uhr.

Opernhaus. Margarete.
Schauspielhaus. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Der Bettelstudent.
Nachmittags 3 Uhr: Romeo und Julia.
Anfang 8 Uhr.
Lessing. Das Blumenboot.
Lortzing. Fra Diavolo.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Donna Diana.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Die Hoffnung auf Segen.
Neues. Die Hochzeit von Poel.
Komische Oper. Lakmé.
Residenz. Triplepatte.
Lustspielhaus. Verwehte Spuren.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Ein idealer Gatte
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Nachmittag 2½ Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Luisen. Ein Wintermärchen.
Nachmittag 4 Uhr: Aschenbrödel.
Bernhard Rose früher Carl Weiß. Berliner Kinder.
Nachmittag 4 Uhr: Aschenbrödel.
Trianon. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Apollo. Berlin im Omnibus. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kasino. Alexander der Große.
Folies Caprice. Das Modell. — Das Provinzmädel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Theater 8 Uhr: Die Mosellande und ihr Weinbau.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath: Das Ohm'sche Gesetz.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Hochzeit von Poël.
Sonntag, Montag:
Die Hochzeit von Poël.
Dienstag: Der bürgerliche Edelmann. Der Stammgast.

Kleines Theater.
Zum 100. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl.
Abends 8 Uhr: Man kann nie wissen.
Montag z. 101. Male: Ein idealer Gatte.
Dienstag: Man kann nie wissen.

Neues Schauspielhaus
Die für Sonnabend, den 20., angesetzte **Eröffnungs-Vorstellung** findet **erst am Donnerstag, den 25. Oktober,** statt. Die für die Eröffnungs-Vorstellung **gelösten Eintrittskarten** behalten ihre **Gültigkeit für Donnerstag, den 25. Oktober.** Die für Sonntag, den 21., gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit für Freitag, den 26. Oktober; event. können die bereits gelösten Eintrittskarten an der Kasse des Neuen Schauspielhauses an den Vormittagen von 10—1 Uhr bis zum Dienstag, den 23. Oktober, zurückgegeben werden.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Heute nachmittag 3 Uhr:
Schülervorstellung (kleine Preise):
Romeo und Julia.
Abends 7½ Uhr:
Der Bettelstudent.

Komische Oper.
Heute abend 7½ Uhr:
Lakmé.
Sonntag nachmittag: Carmen.
Sonntag abend: Lakmé.

Lortzing-Theater
Bellealliancestr. 7/8.
Heute abend 7½ Uhr:
Fra Diavolo.
Abonnements gültig.
Sonntag nachm.: Der Freischütz.
Abends: Der Barbier von Sevilla.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 21. Oktober 1906:
Zum 3. Male:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Akten von Franz Adam Beyerlein. — Anfang 7½ Uhr.

Zentral-Theater.
(Operette). Täglich 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Verwehte Spuren.
Morgen nachm. 3 Uhr: Der Familientag.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
4 Uhr: **Kinder-Vorstellung:**
Aschenbrödel.
Abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Sonntag nachm.: Else vom Erlenhof.
Abends: Ein Wintermärchen.
Montag: Ein Wintermärchen.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Abends 8 Uhr:
Wiederauftreten von Adolf Philipp:
Im wilden Westen
und
Herr „Hauptmann" von Köpenick.
Sonntag nachm. 3 Uhr: ER & ICH.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Moreto.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Excellenz.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Herrgottswarter.
Hierauf: **Zum Einsiedler.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Schiffer-Drama in 4 Bildern von Hermann Heijermans jun.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Weh' dem der lügt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Montag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.

Freie Volksbühne
Die erste **Sonntags-Vorstellung** der 8./9. Abteilung im Neuen Schauspielhause kann wegen technischer Schwierigkeiten **nicht** stattfinden.
Für die Mitglieder der 8. und 9. Abteilung arrangiert die Direktion des Neuen Schauspielhauses eine
Abend-Vorstellung.
Wegen des Termins dieser Vorstellung bitte die Inserate im „Vorwärts" zu beachten.
Die Vorstellungen aller andern Abteilungen finden an den, in den Mitgliedskarten abgedruckten Nachmittagen ordnungsmäßig statt.
229/20* **Der Vorstand.**

Zirkus Busch.
Abends 7½ Uhr:
Monsieur Romeos!
Staunen erregende Automobil-Experimente
Ueberfahren
mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)
Die größte Tiger- und Löwengruppe.
Aus der Pußta.
Orig.-Pantomime d. Zirk. Busch.
Sonntag: 2 große Vorstell. nachm. 4 Uhr, abends 7½ Uhr.
In beiden Vorstellungen: **Aus der Pußta.**

Zirkus Schumann
Heute abend präzise 7½ Uhr:
Vierte Grande Soirée High-Life.
Gala-Programm. U. a.: Die jugendliche Schulreiterin Frl. **Dora Schumann.**
Der ausgezeichnete laukasische Parforce-Reiter **Agube Gutzow.**
Die einzig existierende **größte Tiger-Gruppe.**
Noch nie gezeigte **wilde Dressur** vorgeführt von Mr. **Henriksen.**
Der urkomische **Löwen-Baron** mit seinem dressierten Tierpark.
Die neuesten Monsterdressuren des Direktors **Alb. Schumann.**
Die phänomenalen Luftgymnastiker **Les Rixfords.**
Mons. **Guichenet,** Oberbereiter Seiner Majestät des Zaren.
Ferner die großart. neuen Spezialität.
Um 10 Uhr: **Ein** Zum 8. Male:
Tag in Monte Carlo.
Große Ausstattungspantomime.
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3½ Uhr (ein Kind frei) u. abends 7½ Uhr.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
H. Bender. J. Giampietro.
J. Josephi. Fritzi Massary.
Phila Wolff.
Rauchen überall gestattet.
Morgen Sonntag, den 21. Oktober,
nachmittags 3 Uhr:
Ermäßigte Preise!
Auf in's Metropol!

Bernhard Rose-Theater
früher **Carl Weiß-Theater.**
Große Frankfurterstr. 132.
Nachm. 4 Uhr: **Kindervorstellung** (kleine Preise): **Aschenbrödel.**
Abends 8 Uhr:
Berliner Kinder.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Bluthochzeit. 8 Uhr: Berliner Kinder.

Apollo-Theater.
Täglich: Das große
Spezialitäten-Programm
mit **Liane d'Eve,** die Original-Morlsche-Tänzerin u.
Berlin im Omnibus
mit dem **Omnibus-Trick.**
Sonntag, den 21. Oktober, nachm. 3½ Uhr: Familienvorstellung.
Halbe Preise! Halbe Preise!

Theater Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag bei bedeutend ermäßigt. Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 3 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Mosellande und ihr Weinbau.
Dr. B. Donath: Das Ohmsche Gesetz.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 3 Akten v. Tristan Bernard und André Godfernaux.
Vicomte Robert de Houdan:
Richard Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Olli. Brunnenstr. 16.
Herbstvergnügen
des Zentralverb. der **Steinarbeiter** (Filiale Berlin I).
Konzert, Theater, Ball.
Anf. des Konz. 8, der Vorst. 8½ Uhr.

Winter-Garten
Das neue Oktober-Programm!
Ein glänzender Erfolg!
Bros. Permane, Exzentriks.
Charlone und Charlone, musik. Akt.
Robert Steidl, Humorist.
Launceston Elliot, Kraftproduktion.
Das Erntefest, englisches Ballett.
Les Mas-Andrés, Pariser Duettisten.
De Vry's lebende Marmor-Kolossal-Gruppen.
Maria Vinent, portugies. Sängerin.
Bros. Spissel und Mack, amerikanische Exzentriks.
Jackson-Truppe, Radfahrer.
Kitty Tracey, Jongleuse.
Der Biograph.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
12 Attraktionen 12
u. a.:
John Jiket and Miß Jenny,
sens. equil. Akt.
Robert und Bertram
die Urkomischen.
Die Loreley.
Posse von O. Klein.
Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Bernhard Rose's
Vorstädtisches Theater.
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Sonntag, 21. Oktober, nachm. 3 Uhr: volkstümliche Preise:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Schauspiel in 3 Akten von Wildbrandt.
Abends 7 Uhr:
Zwischen zwei Herzen.
Volksstück in 4 Aufz. von R. Voß.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

Passage-Theater.
Das Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Rieke"
mit dem Schlager
„Emil du bist eene Pflanze"
ist wegen d. außerord. Erfolges und der tägl. ausverk. Häuser für Oktober prolongiert.
Außerdem 14 neue Nummern.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch kurze Zeit:
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selig.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Volks-Theater des Westens.
Spichernstr. 3, am Nürnbergerplatz.
In Zivil. Schwank in 1 Akt.
Hierauf:
Pension Schöller.
Schwank in drei Akten.
Anfang 6 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Mittwoch:
Humoristischer Abend
und Freitanz.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger

Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Tanzleitung: **S. Sachse.**
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Oktober - Programm.
Spezialitäten und
Volks-Kabarett

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Direktion **Wilhelm Reimer**
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Neu! Neu!
Studiosus in der Klemme.
(Neues Soiree-Programm)
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Dienstag: **Theater-Abend.**

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Das humorist. Oktober-Programm.
Emmi Kröchert, Berlins popul. Soubrette.
Willy Prager, neue aktuelle Coupl.
Außerdem: 4 **Debüts** u. a.:
Royal Mitsuta's Jap. Leit.-Bal.
Filippos Wunderhunde.
Morgen Sonntag:
2 Vorstellungen 2
Nachmittags 3½ Uhr kleine Preise.
Ein Kind frei.
● Rauchen überall gestattet. ●

Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
Oktober-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Progr.**
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Zentral-Pfandleihe
Heinrichsplatz 1
Ecke Oranien-Straße.
Täglicher Verkauf
verfallener Pfänder, bestehend in:
Betten, Teppichen, Uhren, Ketten, Ringen, Herren- und Damen-Garderoben.
Spezialität:
Gute getrag. Herren-Garderoben
in jeder Weite. [2510]*
Verdienst nur Zinsenberechnung.

Offeriere in nur frischer Ware:
Hasen
große schwere für nur . . . M. **3.00**
gespickte Hasen von . . . . . „ **3—4**
große wilde Kaninchen . . . „ **0.90**
feiste Rebhühner für nur . . „ **1.00**
Gänse
Pfd. 60 u. 65 Pf. in riesiger Auswahl.
Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

Verband der Tapezierer.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 35, geöffnet von 10—1 u. 5—8. **Fernsp. Amt IV, 9720** Nebenanschluß.

Ab **Sonnabend, den 20. Oktober,** werden Beiträge in folgenden Zahlstellen entgegengenommen:

1. † C. Grünstr. 21 bei **Weihnacht.**
2. SW. Krausenstr. 18 bei **Glaue.**
3. † SW. Belle-Alliancestr. 74a bei **Schmidt.**
4. †o W. Stemmestr. 36a bei **Rickert.**
5. W. Blumeshof 9 bei **Dobert.**
6. †o NW. Perlebergerstr. 32 bei **Pankow.**
7. N. Schwedterstr. 28 bei **Muchow.**
8. o N. Bergstr. 10 bei **Merker.**
9. † N. Strelitzerstr. 51 bei **Faber.**
10. † N. Kolbergerstr. 28/29 bei **Dühling.**
11. † N. Brunnenstr. 96 bei **Maaß.**
12. †o N. Lychenerstr. 8 bei **Krüger.**
13. † N. Linienstr. 218 bei **Drescher.**
14. † N. Schulstr. 102 bei **Richter.**
15. NO. Gollnowstr. 39 bei **Tuscher.**
16. † NO. Winsstr. 12 bei **Rausch.**
17. †o O. Tilsiterstr. 85 bei **Kempin.**
18. O. Grünerweg 95 bei **Zudsee.**
19. SO. Sebastianstr. 77 bei **Jestram.**
20. SO. Skalitzerstr. 94b bei **Grabert.**
21. †o SO. Wienerstr. 31 bei **Stephan.**

Rixdorf.

22. † Reuterstr. 72 bei **Hannemann.**
23. Hermannstr. 42/43 bei **Pohl Nachf.**

Charlottenburg.

24. Kurfürstendamm 227 bei **Naak.**
25. †o Rosinenstr. 9 bei **Harnisch.**
26. † Pestalozzistr. 82 bei **Raick.**

Schöneberg.

27. † Apostel Paulusstr. 22 bei **Bleicher.**

Steglitz.

28. † Fichtestr. 68 bei **Eisen.**

† **Arbeitsnachweis:**
Rückerstr. 9, in der Bureauzeit im Sommer von 7—9, im Winter von 8—10 Uhr.

In den mit einem † versehenen Zahlstellen werden die Beiträge **täglich,** in den übrigen **nur Sonnabends** von 6—8 Uhr abends entgegengenommen. In den mit einem o versehenen Zahlstellen findet zugleich an jedem zweiten und vierten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Morgensprache der **Kleber** statt.
179/2* **Die Verbandsleitung.**

Gesangverein Olympia,
M. d. A.-S.-B., sucht stimmbegabte Herren, besonders Tenöre. Uebungsstunde Dienstags, abends von 9 bis 11 bei Zimmermann, Grüner Weg 29.

Nathan Wand
129 Skalitzerstr. 129.
Die schönsten 25382*
Herren-Winter-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Skalitzerstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Eine Mark
wöchentliche **Teilzahlung** liefere
elegante fertige Herrenmoden
Bestellungen nach Maß, tadellose Ausführung i. eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke I. l.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Rote ✚ Geld-Lotterie
Ziehung 23.-26. Oktober
15750 Geldgewinne
Hauptgewinn: Mark
100000
Originallose à M. 3,50.
(Porto u. Liste 30 Pf. extra.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft,
Berlin, Friedrichstr. 181
u. **Andreasstr. 46a.**

Größte Spezial-
Pelzwaren-, Hut- und Mützen-Fabrik des Nordens.
Sämtl. **Pelzwaren** werden in eigen. Werkstatt angefertigt.
Reparatur schnell und sauber.
Herm. Ziegner,
Kürschnermstr.,
Brunnenstr. 33.

Jeder Herr!!

ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!

S. Littmann

Zentrale für Herren- u. Knaben-Moden
nur No. 2 Oranienstraße nur No. 2
nahe Station Hochbahn Oranienstraße.

Ohne Kaufzwang

offeriere ich:

Elegante Winter-Paletots	von Mk.	**10,50**	an
Hochfeine Eskimo-Paletots	„ „	**14,50**	„
Fein, fein englische Paletots in allen Fassons	„ „	**13,50**	„
Fein mit Seide gesteppte Eskimo-Paletots in allen Farben und Fassons	„ „	**19,50**	„
Hochfeine Einsegnungs-Anzüge	„ „	**10,75**	„
Elegante Herren-Anzüge	„ „	**13,—**	„
Solide Herren-Anzüge	„ „	**14,50**	„
Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig	„ „	**22,50**	„
Hochfeine Kammgarn-Anzüge	„ „	**16,50**	„
Elegante Lodenjoppen in allen Farben u. Fassons	„ „	**5,50**	„
Feine Burschen-Anzüge	„ „	**5,75**	„
Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter	„ „	**3,50**	„
Elegante Radfahr-Anzüge	„ „	**12,50**	„

Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.

Vorzeiger des Inserats erhält beim Einkauf **5** Prozent Rabatt.

Bestellungen nach Maß sowie **Reparaturen** werden **sauber** und **billig** ausgeführt.

Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden
nur No. 2 Oranienstraße nur No. 2.
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!

Neu erschienen

sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:

Jena und Tilsit.
Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte von Franz Mehring.
Preis 1,00 M.

Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten
von Morris Hillquit.
Autorisierte Uebersetzung von Karl Müller-Wernberg.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Geschichte der Kommune von 1871
von Lissagaray.
Dritte illustrierte Auflage.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Sozialdemokratie und Anarchismus
von Wilh. Herzberg.
Preis 20 Pf.

Die Lessing-Legende.
Zur Geschichte und Kritik des preußischen Despotismus und der klassischen Literatur von Franz Mehring.
Zweite unveränderte Auflage mit einem neuen Vorwort.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter.
Ein Beitrag zur Sozialpolitik der größten deutschen Gemeinde von Emil Dittmer.
Preis 1,00 M.

Ziele und Wege.
Erläuterungen der sozialdemokratisch. Gegenwartsforderungen
Unter Mitarbeit von Adolf Braun, Hugo Lindemann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer, Klara Zetkin.
Herausgegeben von **Ad. Braun.**
Preis 20 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden. 237/6*

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.
Die Hose **4 M. 50**

Manchester-Hose Marke Gambrinus, Zwirnkette	**5 M. 75**
Gefütt. Manchest.-Jackett 14,50,	**10,50**
Echtblaues Monteur-Jackett	**1 M. 90**
Echtblaue Monteur-Hose	**1 M. 50**
Echtblaues Monteur-Jackett, prima Köper-Gewebe	**2 M. 50**
Echtblaue Monteur-Hose, prima Köper-Gewebe	**2 M. 10**
Weiße Friseur-Jacketts 3,50,	**2 M. 75**
Konditor-Jacken, Dreihig	**4 M. 50**
Maler-Kittel 3,—, 2,50,	**2 M. 25**
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—,	**2 M. 50**
Weiße Leder-Jacketts, Dreihig 7,50,	**3 M. 75**
Weiße Lederhosen 4,50,	**3 M.**
Kesselreiniger-Anzüge, blau, nach Vorschrift	**5 M. 50**

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 30. Haupt-Preisbuch 1906-1907 wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 24882*
— Versand von 20 M. an franko. —

Nachdruck verboten!

Gewerbegericht zu Berlin.
J.-Nr. 672 Gew.-Ger. 06.

Bekanntmachung.

Nachdem in der Schlichtungskommission der Berliner Holzindustrie über folgende beide Streitfragen:
a) Sind die Drechsler, die bei Vertragsmeistern in Tischlereien arbeiten, berechtigt, analog den anderen Werkstätten eine Regelung des Tarifes zu verlangen?
b) Ist für die Vereinbarungen, welche am 17. Mai seitens der Bautischlerkommission getroffen wurden, auch die im Tarif vorgesehene Position „die günstigeren Bedingungen bleiben bestehen“ anzuwenden?
eine Einigung nicht hatte erzielt werden können, war von den Arbeitnehmermitgliedern das Einigungsamt zur Entscheidung angerufen worden.
Dieses hat nachstehende

Schiedssprüche

gefällt, denen nach den Ausführungsbestimmungen zu a) des für die Holzindustrie bestehenden Tarifvertrages vom 14. Januar 1905 beide Parteien sich zu unterwerfen haben:

I.

Die Drechsler, welche bei Vertragsmeistern in Tischlereien arbeiten, sind berechtigt, zu verlangen, daß die Schlichtungskommission in eine Nachprüfung darüber eintritt, ob die gezahlten Löhne den bestehenden tariflichen Bestimmungen entsprechen.

o. g. u.
gez. Dr. Prerauer.
gez. E. Bernhard. J. Jarotzky.
Carl Schaar.
gez. A. Körsten. Rob. Ahrens.
Alb. Massini.

II.

Für die Vereinbarungen, welche am 17. Mai 1906 seitens der Bautischlerkommission getroffen worden sind, bleiben auch die im § 6 des bestehenden Tarifs vorgesehenen günstigeren Bedingungen bestehen.

o. g. u.
gez. Dr. Prerauer.
gez. E. Bernhard. J. Jarotzky.
Stoeckel.
gez. Rob. Ahrens. A. Körsten.
Alb. Massini.

Gegründet 1864.

Pelzwaren-Fabrik
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 II
(Ordonnanzhaus).
Einzelverkauf
wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.
Pelz-Stolas Muffen etc.
zu fabelhaft billigen Preisen.
Sonntags geöffnet.

Kolonie Röntgenhöhe,
Stat. Buch-Röntgental, gesunde hohe Lage, idyll. Umg., bester Boden, Landparzellen noch billig. ☐Rute von 10 M. an. **Größte Zukunft. Nächste Nähe Straßenb. in Sicht.** Wochent. nachm., Sonnt. tagsüber a. d. Terrain. **Hohenberg, Kolonieste. 2.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 15. Oktober schied unser langjähriges Mitglied, der Maurer
Karl Graß
freiwillig aus dem Leben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **heute,** Sonnabend, den 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Andreas- und Markus-Gemeinde in Hohen-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
147/18 **Der Vorstand.**

Allen Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Klaviaturarbeiter
Adolf Winkler
nach kurzem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Andreas-Kirchhof zu Wilhelmsberg statt. 27122
Um rege Beteiligung ersuchen seine
Kollegen der Klaviaturfabrik von Bohn & Comp.

Am Mittwoch, den 17. Oktober, abends 12 Uhr, entschlief sanft nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater
Otto Berwig
im 49. Lebensjahre. 21615
Dies zeigt in tiefer Trauer an
Frau Ernstine Berwig
geb. **Lindner.**
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in West-Reinickendorf aus statt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere gute Mutter 27132
Amalie Schostag
am Donnerstag verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
Paul Schostag
Reichenbergerstraße 162.

Verband d. baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Süd-Ost.
Nachruf.
Am Sonnabend verstarb nach langem Leiden unser treuer Kollege
Wilhelm Hering.
Ehre seinem Andenken!
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband d. baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Osten.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 17. Oktober, verstarb unser treuer Kollege
Gustav Neumann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee aus statt. 46/18
Der Zweigvereinsvorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Töpfers und Tanzmeisters **Emil Pachur,** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem sozialdem. Wahlverein Rixdorf, dem Zentralverband d. Töpfer (Filiale Berlin) und dem Tanzlehrerverband „Solidarität“ meinen innigsten Dank. 22625
Martha Pachur geb. Vollmy.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Chef und den Kollegen der Firma Kebling u. Thomas, sowie dem Verein der Laubenkolonisten „Hermannsheim“ unseren herzlichsten Dank. 21475
Die trauernde Witwe
Berta Guhl nebst Kindern.

Zahnärztliche Klinik
Belle-Alliancestr. 106 I.
Schmerzl. Zahnziehen unentgeltlich.
Bei künstl. Zähnen, Plomben etc. werden nur die **Auslagen vergütet.** ◆ Geöffnet v. 9—6 Uhr.
Sonntags 10—12 Uhr.

Trokka
Schmackhaft, leicht verdaulich
Fertig zum Gebrauch
Nahrhaft
für Kinder, Kranke und Reconvaleszenten
Garantiert reiner Milchkakao mit Zuckerzusatz
Ehren-Diplom — Grand Prix — Größte Auszeichnung
Grosse Allgemeine Fach-Ausstellung für das Gastwirts-Gewerbe, Cöln a. Rh., Oktober 1906
Überall erhältlich

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Nr. 245. 23. Jahrgang. 3. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Sonnabend, 20. Oktober 1906.

Achtung! Gewerbegerichts-Wahl

am Sonntag, den 21. Oktober 1906, von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags.

Arbeiter, Parteigenossen!

Vergeßt nicht, Euch Wahllegitimationen zu beschaffen. Dieselben sind in allen Verbandsbureaus, im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, und in den unten verzeichneten Wahlkontrollokalen zu haben.

Arbeitende lassen sich dieselben vom Prinzipal oder Meister unterschreiben oder stempeln.

Arbeitslose in Berlin Wohnende lassen sich ihre Wohnung in ihrem Polizeirevier beglaubigen. Ohne Wahllegitimation keine Wahl.

Zur Teilnahme an der Wahl ist berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet und in Berlin Wohnung oder Beschäftigung hat.

Die Berliner Polizeireviere sind seit Freitag angewiesen, die Wahllegitimation zu beglaubigen.

Ordnungs-Vorschriften.

1. Das Wahllokal (Turnhalle) soll von den Wählern nicht vor 12 Uhr betreten werden, damit die Vorbereitungen des Wahlausschusses nicht gestört werden.

2. Zur glatten Abwickelung des Wahlgeschäftes ist erforderlich, daß Gedränge am Wahltische vermieden wird.
Die Wähler stellen sich in Reihen zu Zweien bis Vieren auf. Jeder neu Ankommende tritt hinten an die Wählerkette.

3. Der eigentliche Wahlraum in der Turnhalle ist durch Barren abgesperrt, welche an der einen Wand der Halle einen Zugang, an der anderen einen Ausgang frei lassen.
Dieser Raum darf nur zum Zwecke der Stimmabgabe betreten werden, wobei unnötiger Aufenthalt zu vermeiden ist.

4. Der Aufenthalt in dem nicht abgesperrten Teil des Wahllokales ist jedermann gestattet, soweit dadurch das ordnungsmäßige Aufstellen und Vorrücken der Wählerkette nicht beeinträchtigt wird.

5. Der Eintritt in den eigentlichen Wahlraum findet statt:
a) in denjenigen Turnhallen, welche ihren Eingang an der Längswand haben; an der dem Eingange entgegengesetzten Seite,
b) in denjenigen Turnhallen, welche ihren Eingang an der kurzen Wand haben; an der linken Längswand.

6. Die Wählerkette soll sich bis zum Eingange zum abgesperrten Raume an den Wänden entlang aufstellen, in den Turnhallen zu 5a also in großem Bogen, damit im Falle schlechten Wetters möglichst viel Personen in der Halle unterkommen können.

7. An der Seite des Wahltisches befindet sich der Legitimationstisch, an welchen sich jeder Wähler zuerst zu begeben hat. Der Wähler übergibt seine Wahllegitimation einem der dort fungierenden Beamten, welche eine Vorprüfung vornehmen, und erhält seine Legitimation mit Vermerken oder Zeichen versehen zurück; alsdann begibt er sich zum Wahltische und überreicht seine Wahllegitimation dem Wahlvorsteher, welcher — eventuell nach Herbeiführung eines förmlichen Beschlusses des Wahlausschusses — über die Zulassung zur Abgabe des Stimmzettels entscheidet.

8. Die Wahllegitimation bleibt in den Händen des Wahlausschusses; die Zurückgewiesenen erhalten ihr Legitimationsblatt zurück, nachdem ihre Namen usw. vom Wahlausschusse in eine Liste aufgenommen worden sind.

9. Wir haben das Vertrauen zu den Wählern, daß sie diese Ordnungsvorschriften auf das genaueste befolgen und solche Personen, welche etwa aus Unkenntnis hiergegen verstoßen, selber auf den Inhalt dieser Vorschriften aufmerksam machen.

Nachstehende Kandidaten sind gewerkschaftlich wie politisch organisierte Genossen, welche von den einzelnen Gewerkschaften in Vorschlag gebracht worden sind.

Es wird gebeten, auf die Namen zu achten!

1. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 21./24. Gemeindeschule, Hinter der Garnisonkirche 2.

Zu wählen 4 Beisitzer:

1. Reinhold Faustmann, Schneider, Sebastianstr. 86.
2. Adolf Schulz, Schneider, Alte Jakobstr. 147.
3. Richard Ehrhardt, Schneider, Eiergasse 2.
4. Fritz Höde, Hausdiener, Rixdorf, Reuterstr. 52.

Wahllegitimationen sind zu haben bei J. Boß, Klosterstraße 101.

4. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 107. Gemeindeschule, Genthinerstr. 4.

Zu wählen sind 4 Beisitzer:

1. Franz Hoyer, Buchdrucker, Lindenstr. 69.
2. Albert Faber, Buchdrucker, Elsholzstr. 11.
3. Wilhelm Hänlein, Photograph, Kleine Andreasstr. 20.
4. Karl Reinke, Schneider, Friedrichstr. 238.

Wahllegitimationen sind zu haben bei A. Rickert, Steinmetzstr. 35.

7. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 108./116. Gemeindeschule, Hagelsbergerstraße 34.

Zu wählen sind 4 Beisitzer:

1. Otto Bonitzky, Buchdrucker, Oranienstr. 177.
2. Oskar Fickweiler, Gürtler, Admiralstr. 3.
3. Josef Hartmann, Drücker, Wienerstr. 46.
4. Albert Zander, Schneider, Naunynstr. 38.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Karl Werner, Hagelbergerstr. 2.

10. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle 83/93. Gemeindeschule Dieffenbachstraße 60/61.

Zu wählen sind 5 Beisitzer.

1. Johann Franke, Schraubendreher, Grimmstr. 23.
2. Felix Leopold, Klavierarbeiter, Caprivistr. 17.
3. Otto Nitschke, Kohlenarbeiter, Kurfürstenstr. 5.
4. Ferdinand Rösner, Stukkateur, Steglitzerstr. 73.
5. Paul Kant, Droschkenführer, Oudenarderstr. 6/7.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Willi Schmidt, Dieffenbachstr. 28.

13. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 20. Gemeindeschule, Waldemarstr. 77.

Zu wählen sind 5 Beisitzer.

1. Friedrich Wellsow, Zimmerer, Manteuffelstr. 30.
2. Karl Freiersleben, Porzellanarbeiter, Naunynstr. 84.
3. Eugen Krambach, Kellner, Melchiorstr. 30.
4. Karl Müller, Posamentier, Waldemarstr. 43.
5. Theodor Keslinke, Schlächter, Fürstenstr. 22.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Karl Stephan, Lausitzerplatz 12.

16. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 112./129. Gemeindeschule, Wassertorstraße 31.

Zu wählen sind 4 Beisitzer.

1. Emil Oehlert, Vergolder, Langestr. 38.
2. Gustav Sabath, Schneider, Lüsterstr. 72.
3. Karl Alboldt, Handelshülfsarbeiter, Allensteinstr. 24.
4. Hermann Maaß, Tischler, Lausitzerstr. 25.

Wahllegitimationen sind zu haben bei: Emil Götte, Brandenburgstr. 18.

19. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 62. Gemeindeschule, Schmidstr. 38.

Zu wählen sind 4 Beisitzer.

1. Paul Schneider, Buchbinder, Gubenerstr. 42.
2. Ludwig Klapschuß, Böttcher, Mühlenstr. 8.
3. Max Kastner, Brauereiarbeiter, Weinstr. 12.
4. Paul Liere, Barbier, Wörtherstr. 24.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Fritz Dietrich, Michaelkirchplatz 15.

22. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 23. Gemeindeschule, Strausbergerstr. 9.

Zu wählen sind 4 Beisitzer.

1. Paul Hilgert, Kellner, Oderbergerstr. 53.
2. Alfred Becker, Lederzurichter, Romintenerstr. 24/25.
3. Wilhelm Kensowsky, Zuschneider, Richthofenstr. 26.
4. August Albrecht, Kellner, Raupachstr. 4.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Otto Schmidt, Strausbergerstr. 7.

25. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 3./203. Gemeindeschule, Petersburgerstr. 4.

Zu wählen sind 4 Beisitzer:

1. Oskar Ficius, Rohrleger, Fruchtstr. 33/34.
2. Bernhard Heymann, Weber, Langestr. 17.
3. Heinrich Korn, Weber, Markusstr. 41.
4. Josef Schöngens, Wäschezuschneider, Frankfurter Allee 145.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Ferdinand Matthes, Petersburgerstr. 3.

28. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 6. Gemeindeschule, Georgenkirchstraße 11.

Zu wählen sind 4 Beisitzer:

1. Emil Ruhkopf, Wäschezuschneider, Strausbergerstr. 13.
2. Richard Kauschke, Zimmerer, Bötzowstr. 11.
3. Gustav Gebauer, Rollkutscher, Weberstr. 46.
4. Otto Plagemann, Schneider, Friedrichsfelderstr. 25.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Hermann Späth, Georgenkirchstr. 66.

31. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der früheren 55. jetzigen Filiale der 171. Gemeindeschule, Chorinerstr. 74.

Zu wählen sind 4 Beisitzer:

1. Paul Krebs, Stukkateur, Straßburgerstr. 17.
2. Wilhelm Spielvogel, Zigarrenarbeiter, Prenzlauer Allee 200.
3. Wilhelm Ene, Wäschezuschneider, Hufelandstr. 9.
4. Robert Pasewaldt, Wäschezuschneider, Danzigerstr. 90.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Karl Baumann, Chorinerstr. 54.

34. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 209./215. Gemeindeschule, Dunckerstraße 65—66.

Zu wählen sind 5 Beisitzer:

1. Franz Schneider, Bäcker, Eberswalderstr. 5.
2. Georg Seiffert, Kellner, Oranienburgerstr. 27.
3. Karl Lippoldt, Kellner, Lippehnerstr. 25.
4. Edmund Biedermann, Wäschezuschneider, Elbingerstr. 6.
5. Hermann Winkel, Schneider, Schwedterstr. 27.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Heinrich Rode, Dunckerstr. 74.

37. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 13./67. Gemeindeschule Elisabethkirchstraße 19/20.

Zu wählen sind 4 Beisitzer.

1. Fritz Püschel, Rollkutscher, Graudenzerstr. 6.
2. Wilhelm Noack, Bauhülfsarbeiter, Wollinerstr. 58 bei Meier.
3. Sally Rosenthal, Zigarrenarbeiter, Swinemünderstr. 62.
4. Wilhelm Jorgs, Zigarrenarbeiter, Wolgasterstr. 9.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Fritz Wilke, Brunnenstr. 188.

40. Wahlbezirk.

Wahllokal, Turnhalle der 70/202. Gemeindeschule, Ravenéstr. 12.

Zu wählen sind 5 Beisitzer.

1. Adolf Buhl, Zigarrenarbeiter, Lychenerstr. 133.
2. Fritz Schwerin, Wäschezuschneider, Swinemünderstr. 118.
3. Oskar Tischer, Stellmacher, Stargarderstr. 67.
4. Paul Kasiske, Werkzeugmacher, Schreinerstr. 63.
5. Emil Geißler, Klempner, Mühlenstr. 59a.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Karl Fahrow, Ravenéstr. 6.

43. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 206./212. Gemeindeschule, Siemensstr. 20.

Zu wählen sind 5 Beisitzer.

1. Hermann Zernicke, Former, Waldstr. 15.
2. Gustav Wolter, Kistenmacher, Boeckhstr. 25.
3. Max Horn, Dreher, Hussitenstr. 57.
4. Richard Marks, Putzer, Kastanien-Allee 23.
5. Eduard Streich, Hutmacher, Ramlerstr. 36.

Wahllegitimationen sind zu haben bei H. Stümer, Siemensstr. 3.

46. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der 19./166. Gemeindeschule, Ruheplatzstraße 5/7.

Zu wählen sind 5 Beisitzer.

1. Max Kiesel, Zigarrenarbeiter, Togostr. 5.
2. Karl Zipf, Konditor, Reinickendorferstr. 118.
3. August Pattloch, Drechsler, Gerichtstr. 21.
4. Oskar Böttcher, Bauarbeiter, Simon Dachstr. 9.
5. Franz Mohr, Transportarbeiter, Rixdorf, Wizmannstr. 10.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Karl Biestädt, Ruheplatzstr. 12.

Alle diesbezüglichen Anfragen werden im Gewerkschaftsbureau, „Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer 15, 2. Eingang, von 11—1 und 6—8 Uhr beantwortet.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.
J. V.: A. Körsten.

Nachdruck ohne Schimmelgespann verboten

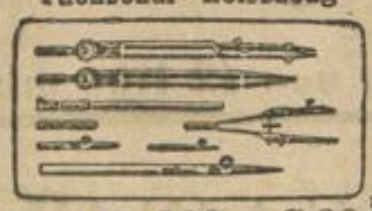
Mampe-Halb und Halb mit dem Schimmelgespann

Grösste Berliner LIKÖR-Spezialität

Der Ausschank von Falsifikaten aus der Originalflasche wird strafrechtlich verfolgt.

Fluß- u. Seefische
Oderbrucher Fettgänse
im ganzen und ausgeschlachtet. — Gänsestückenfleisch 65 Pfennig.
Junge Hüher, Enten, Tauben
wilde Kaninchen. 21455
Otto Götze, Warschauerstr. 64
Ecke Kopernikusstraße.

Das beste und billigste
Fachschul - Reisszeug



ist meine **Nr. 800** kmpl. 7,00.

Schul-Reisszeuge v. M.	1.00
Präzisions-do. bis M.	100.00
Echt Ratheanwer Brillen	1.00
Pincenez (echt Nickel) M.	1.50
Operngläser	6.50
Reisegläser	9.00
Barometer, garantiertgutes Werke von	6.00 an

A. Grün, Optiker,
Brunnenstraße 4.

Sportshaus Ziegenhals Bahnstation **Zeuthen.**
Sonntag, 21. Oktober: **Wurst- und Wellfleisch-Essen**
von früh 9 Uhr ab.
Freunde, Bekannte u. Genossen ladet ergebenst ein **Max Mörschel.**

Pichelswerder.
Sonntag, den 21. Oktober: **Wurst- und Wellfleisch-Essen** von früh 9 Uhr ab. Es ladet dazu ergebenst ein
29602* **Der alte Freund.**

Das Wiedererwachen der Empirezeit.

Wenn auch seit einer Reihe von Jahren der englische Geschmack in der Herrenkleidung vorherrschte, dessen vornehmster Repräsentant der frühere Prinz von Wales, jetzige König von England war, so hat sich doch nebenbei die längst begrabene, aber kleidsame Trachtenmode der Empirezeit Geltung verschafft. Diese Glockenschöße und auffallend großen Klappen haben wiederum eine Verschmelzung der Herrenbekleidung mit der Damenkonfektion gezeitigt. Auf diese Weise entstand ein gewisser Austausch zwischen den Damen- und Herrenmoden. Noch vor ganz kurzer Zeit durfte ein jetzt nach der neuesten Mode gebauter Herrenpaletot mit aufgesetzten Riemen, vielen Steppereien und Biesennähten als Damenpaletot angesehen werden. Gleichzeitig hat bei den Zeichnern für die Damenkonfektion der Gedanke Platz gegriffen, Kostümjacketts in die Form von Herren-Rockjacketts und Gehröcken zu bringen. Natürlich kommt diese allerneueste Mode vorläufig nur denjenigen zugute, die sich eben stets streng modern kleiden. Das große Publikum verhält sich vorläufig noch zurückhaltend der neuen Geschmacksrichtung gegenüber, und so finden wir die Empirekleidung vorläufig noch in den Schaufenstern der feineren Konfektionsgeschäfte ausgestellt. Nach einem unserer bedeutendsten und maßgebendsten Herrenbekleidungs-Etablissements, **Heitinger u. Co., Deutsche Compagnie, Oranienstraße 40/41,** lenkte Schreiber dieses seine Schritte, um sich über diesen Modenwechsel eingehend orientieren zu können. Was ihm zuerst angenehm auffiel, war ein sehr schicker, zweireihiger Jackettanzug in hochmoderner, kleidsamer Glockenform, der als Marke „Heitinger" in großen Posten bereits verkauft wird. Ferner gefällt allgemein ein vornehm hergestellter englischer Paletot mit angewebtem Futter, ebenfalls in Glockenform, als Marke „Herrenlob", und schließlich ist es ein schneidiger, gemusterter Rockanzug (Modell 1907), dessen tadelloser Sitz und entzückende Farbenstellung die Aufmerksamkeit des Käufers auf sich ziehen muß. Diese drei Pieces hält die Firma in allen Preislagen und großen Quantitäten auf Lager, sodaß die Geschmacksrichtung jedes Käufers dadurch befriedigt wird. Man vermutet kaum, daß in der äußeren Luisenstadt sich ein Geschäft von so immenser Bedeutung, nicht nur für diesen Stadtteil, sondern auch für ganz Berlin, befindet. Aus kleinen Anfängen heraus wurde dasselbe geschaffen, und zwar war es zumeist der Mittelstand, der hier seine Bedürfnisse in Herrengarderobe deckte. Schon vor 18 Jahren fanden die Käufer bei **Heitinger u. Co.** die richtigen Genres, und hauptsächlich war es der tadellose Sitz, welcher die Kunden bestach. Von Jahr zu Jahr wuchs das Etablissement und vergrößerte sich derartig, daß im Laufe der Zeit drei Etagen der Häuser Oranienstr. 40 und 41 zu Verkaufs- und Fabrikationszwecken hinzugenommen werden mußten. Die Ursache dieses Erfolges ist besonders darin zu suchen, daß die Geschäftsleitung es verstanden hat, mit der Zeit fortzuschreiten und sämtliche Neuerungen, die ein solches Riesen-Etablissement erforderte, sich dienstbar zu machen, wie zum Beispiel Zuschneiden der Stoffe mittels Elektrizität, Arbeitseinteilung nach den Fähigkeiten der Arbeiter, Herausbildung derselben zu Spezialisten für die einzelnen Bekleidungsgegenstände. Natürlich lockte sich mit den Jahren auch ein besserer Kundenkreis heraus, der die Prinzipien und den Geschmack dieses Etablissements für Herrengarderoben noch mehr läuterte. Zunächst mußte die Geschäftsleitung die neuesten Stoffe der größten Tuchfabriken für sich allein zu sichern und nur die neuesten Fassons wurden für fertige Kleidungsstücke sowohl als auch für Maßbestellungen verwendet. Auch in anderer Beziehung hat die Deutsche Compagnie den Ansprüchen ihrer Kundschaft Genüge geleistet. Abnorme Figuren, wie solche korpulenter Herren, kleiner, untersetzter Personen, schlanker, hochaufgeschossener Gestalten, denen sonst nur nach Maß die Kleidungsstücke angefertigt werden konnten, finden hier am Lager tadellos sitzende Garderoben. Statt in dunklen, kleinen Zimmern der Kundschaft Proben von Tuchen vorzulegen, schuf die Firma helle, luftige Räume, in denen der Kunde genau die von ihm gewünschte Farbe und Qualität des Tuches sehen kann. Es ist eine bekannte Tatsache, daß derjenige Käufer, welcher ein nicht gutsitzendes Kleidungsstück erhalten hat, sich nur schwer zu weiteren Bestellungen bei seinem bisherigen Lieferanten entschließt. Aus diesem Grunde heraus haben Heitinger u. Co. es sich zum Prinzip gemacht, bestellte Garderobe auf eigenes Risiko anzufertigen. Ein Zwang, bestellte Kleidungsstücke abnehmen zu müssen, besteht für den Kunden bei dieser Firma nicht. Der Besteller eines Garderobengegenstandes nach Maß ist berechtigt, falls ihm derselbe nicht konveniert, die Abnahme des betreffenden Kleidungsstückes zu verweigern. Man ist bei dieser Firma nicht nur in der angenehmen Lage, solide, durchaus nicht der Mode unterworfene Kleidung in ungeahnt großer Auswahl vorzufinden, die Firma unterhält auch streng moderne Herrengarderoben in so geschmackvoller, mannigfaltiger Ausführung für diese Saison auf Lager, daß sie damit auch den Ansprüchen des verwöhntesten Publikums genügt. Wir bemerken schließlich, daß die Geschäftsleitung der Deutschen Compagnie infolge der kolossalen Umsätze, welche ihr die denkbar günstigsten Abschlüsse auf dem Tuchmarkte ermöglichen, sowie durch die trefflichen maschinellen Einrichtungen zur Herstellung ihrer Erzeugnisse, in der angenehmen Lage ist, alles Erdenkliche an Billigkeit und Reellität der Stoffe und der Herstellung zu leisten, wodurch den Kunden eine Quelle besten Einkaufs gesichert wird. Jeder Kaufzwang ist natürlich völlig ausgeschlossen und dem Käufer somit die Möglichkeit gegeben, in aller Ruhe die Chancen seines Einkaufes zu prüfen und dieselben mit den Offerten der Konkurrenz zu vergleichen.

H. v. P.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungs-Ausverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße. *

Tüllbettdecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorzieh-gardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weißenbergs Teppichhaus.

Räumungs-Ausverkauf! Möbelstoffe, Möbelplüsche und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt. *

Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 18938*

Große Posten echte Plüschteppiche mit Fehlern, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 18943*

Räumungs-Ausverkauf! Einen Posten Tischdecken 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 18955*

Plüschtischdecken, wert das Doppelte: jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 18960*

Steppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85, 6,85. 18978*

Tuch- und Plüschportièren mit Querbehang 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle nahe Koppenstraße. 18988*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 19308*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00. Andreasstraße achtunddreißig. Pfandleihe. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36 b. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grimm, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 18148*

Hochvornehme Herrenanzüge, Herrenpaletots aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00, Hosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. *

Bronzegaskronen!! Gaszuglampen 9,00! Salongaskronen 15,00! Gasampellustren 12½! Zweiflochgaskocher 3,00! Gasheizsparöfen 6,00! Wohlauer, Waitznerstraße 32.

Kleiderspind, Waschespind, Schreibtisch, Kommode, kauft Eckert, Palisadenstraße 95. 170/16*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 18428

Krausstraße 50. Möbel, Spiegel, Polsterwaren, große Auswahl, Preise spottbillig weil die hohen Ladenmieten spare. Verkauf im Fabrikgebäude Saalfelds Möbelspeicher. 2104b*

Monatsanzüge und **Winterpaletots** von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nutz, Mulackstraße 14.

Herrenjackett-Anzüge, Paletots, vorjährige, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Prenzlauerstraße 23 II. 75/6*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 9025*

Winterpaletots. Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. Habe keine Filialen.

Teppiche, Sofastoffe, Gardinen, Portièren, Steppdecken, Läuferstoffe, Felle, Diwandecken spottbillig wegen Räumung. Potsdamerstraße 100, Conrad Fischer. 19178*

Gardinen! Restbestände von 1 bis 4 Fenstern billigst Gardinenhaus Rosenthalerstraße 2, am Tor. 19218

Plüschdecken! Entzückende Muster, 0,75, 7,50, 6,75, 5,75 das Stück. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 19228*

Steppdecken! in allen Farben, bedeutende Ermäßigung, rot, Stück 2,85. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 19238*

Federbetten 11, zweischläfrig 15, Michel, Dresdenerstraße 38. 247/18

Kinderwagen 12,00, Sportwagen 4,00, Bettstelle 10,00. Kietzling, Gneisenaustraße 15. 21666

Monatsanzüge, Winterpaletots von 6 Mark an, auch neue elegante Herren- und Knabengarderobe, große Auswahl, kauft man am billigsten beim Schneidermeister Fürstenzelt, nur Strausbergerstraße 40, parterre.

Muschelschrank 28,00, Vertiko 27,00, Trumeau, Muschelbetten, Plüschsofa 35,00, Ausziehtisch, Kücheneinrichtung verkauft Königsbergerstraße 13, vorn I. †86

Landgrundstück, schönste Lage am Wald und See gelegen, verkäuflich, billig, für 6800 Mark. Friedrich Schneider in Nagar bei Rheinsberg i./M. 2167b

Musikwerke, Sprechmaschinen. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Stalitzerstraße 40. 19368

Fahrrad verkauft billig Preuß, Kommandantenstraße 49.

Restaurant, Verkehrsstraße, Seltenheit, sofort billig. „Exisle 13", Postamt 58. 21466

Bettfedern, fertige Betten, Inlette zu sehr billigen Preisen. Detailverkauf Hornstraße 2, Neumann. *

Winterpaletots, Herrenhosen, Taschenuhren, spottbillig Zentral-Pfandleihe Weidenweg neunzehn. *

Winterpaletots, Joppen, Gardinenverkauf Weidenweg neunzehn.

Winterpaletots, Jackettanzüge, Wanduhren Weidenweg neunzehn. *

Winterpaletots, Gehrockanzüge, Teppichverkauf, Tischdecken Weidenweg neunzehn. †86*

Winterpaletots, Bettenverkauf, Aussteuerwäsche Weidenweg neunzehn. †86*

Winterpaletots, Bettenhalten, Steppdecken spottbillig Zentral-Pfandleihe Weidenweg neunzehn. †86*

Winterpaletots, Ketten, Schmucksachen, verfallene Pfänder spottbillig Weidenweg 19. †86*

Winterpaletots, Riesenauswahl, spottbilligste Preise Zentral-Pfandleihe Weidenweg neunzehn. †86*

Möbel, komplette Einrichtungen, wegen Aufgabe der Tischlerei äußerst preiswert, Admiralstraße 7. 172/3*

Herrenhüte, weich und steif, wieder neu eingetroffen, a 1,25, bessere Sachen billigst, nur bei K. Schneidemühl, Holzmarktstraße 34a, eine Treppe, Ecke Andreasstraße.

Hochwaldbaustellen, Ackerland, jetzt noch Quadratrute 10 Mark. Die beste Zeit; mitten im Walde, fünf Minuten vom Bahnhof, im schönen, idyllischen, romantischen Eggersdorf bei Strausberg, nie wiederkehrende beste Anlage! — 12 Bäume, Brunnen gratis! — nur der kulante Otto Joers, Bankow, Elisabethweg 10. Verkäufer täglich Terrain oder Bahnhof. 2155b*

Nähmaschinen! Zahle bis 15,00, mer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †49*

Kinderbettstelle billig verkäuflich Hof I, Grüner Weg 50/51. †66

Verschiedenes.

Volkshumorist Gerhardy, Wrangelstraße 22. †3*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 9275*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Mixdorf, Bruses Festsäle, Kneseckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †121*

Vereine! Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei. (Weißbier!) Klubhaus, Annenstraße 16. 247/12*

Tanzunterricht! Gruppe, Annenstraße 16, zweimonatliche Anfänger-Sonntagskurse, Herren 4,00, Damen 3,00 monatlich. Spezial Walzerunterricht. 247/10*

Pfandleihe, Prinzenstraße 69, täglich 8—8, Sonntags bis 2 [1906*

Waschanstalt. Den Genossen empfehle bei Bedarf meine Wasch- und Plättanstalt. Wäsche wird sauber und chlorfrei gewaschen, im Freien getrocknet. Karl Koch, Köpenick, Grünauerstraße 21. Abholung Sonnabends. 1944*

Gänse! Gänse! frischgeschlachtet, äußerst billige Preise, sind zu verkaufen Samariterstraße 21. Bettfedern-Verkauf. Paul Holt. 171/14*

Waschanstalt. Frau Rudolph, Köpenick, Grünauerstraße 36, garantiert chlorfreies Waschen, kein Vertauschen. Laken, Leibwäsche 10, drei Handtücher, Taschentücher 10. Abholung, Lieferung Montag. 19438

Volksduettisten Lüders, Verlängerte Lessingstraße 8, Rummelsburg bei Berlin. †131*

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Zahngold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Brillanten, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberschmelze Broh, Wrangelstraße 4. Telephon IV, 6958. 172/4*

Herrenschreibtisch kauft Verwalter Palisadenstraße 95. 172/5

Vermietungen.

Wohnungen.

Oudenarderstraße 36, 37, 38, sofort billige Wohnungen. 21165

Warthestraße 63, 64 (Rixdorf, Bahnhof Hermannstraße) prächtige Wohnungen sofort. 2 Stuben, Küche, Bad, Balkon, Erker. Gartenwohnungen: Stube, Küche, Balkon oder Erker. Näheres Nummer 63 II.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, ein auch zwei Herren, Badebenutzung, sofort, Urbanstraße 65, rechter Aufgang, 2 Treppen links. 1904b

Möbliertes Zimmer zu vermieten Saarbrückerstraße 27 vorn IV, Tietja. 21608

Möbliertes, separates Zimmer für einen Herrn, 15 Mark. Heidelbach, Gaudystraße 37 vorn III. an der Schönhauser Allee. †68

Die Beleidigung gegen Frau Kulisch nehme ich zurück, erkläre sie für eine ehrenhafte Frau. W. Jenisch, Hochstraße 38. †84

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Lemke, Lychenerstraße 12, vorn IV. †68

Herr kann in Schlafstelle mitbewohnen, Weißig, Wiclefstraße 38, III. †74*

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren bei älteren netten Leuten, Forsterstraße 10a, I rechts. †3

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann sucht eine Stelle eines russischen Korrespondenten. Oudenarderstraße 40, Ketterer. †84*

Stellenangebote.

Marmorierer verlangt Geschäftsbücherfabrik Holzmarktstraße 67. St*

Bilderrahmen-Tischler verlangt dauernd Landeshaupt, Regensburgerstraße 10. 2152b

Goldleisten! Tüchtige Maschinen-Grundierer gegen anfangs 6 Mark Tagelohn für 1. November gesucht. Reise wird vergütet. Nur durchaus erfahrene, selbständige Arbeiter wollen sich melden. A. H. Freiberg u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oberkassel-Düsseldorf. 19408*

Tüchtiger Platzreisender für höchst lohnenden Artikel (Gleitschutz) in dauernde Stellung gesucht. Alberti u. Co., Prinzenstraße 8. 247/17

Schlossergesellen auf Gitterbau, Schaufenster und Türen verlangt. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 21498

Tüchtigen Kreissägenschneider, der schon auf Goldleisten geschnitten, verlangt Werkmeister, Brunnenstr. 194.

Dreiradfahrer für Zeitungstour, Gegend Lützowplatz. Lohn monatlich 85,00 Mark. Kronenstraße 65, Galter Witwe. 21435*

Klavierspieler für Sonnabends, Sonntags, Zorndorferstraße 11. †134

Buchbinder-Lehrling, Hand- und Prehvergolder, Faien, Leipzigerstraße 41. 21506*

Schlosser oder Mechaniker, die mit Warenautomaten Bescheid wissen, sucht Haase, Wilhelmstraße 28. 21638

Mehrere Putzer und Träger auf Einschalpände sofort verlangt. Meldungen Sonntag 8—12 Uhr. Spandau, Schönwalderstraße 37, bei Grunow. 19428

Farbigmacher finden dauernde und lohnende Beschäftigung in der Leistenfabrik B. Groß, Aktiengesellschaft, Leipzig, Eilenburgerstraße.

Rahmenmacher, tüchtige, verlangt Lechner, Alexandrinenstr. 93/94.

Marmorschleifer finden sofort lohnende Bauarbeit, auch Winterarbeit. Fink, Tempelhoferufer 15.

Graveurlehrling suchen A. Benecke u. Co., Elisabethufer 29. 21578

Tüchtige Schwarzdruckgraveure finden dauernde Beschäftigung bei A. Benecke u. Co., Elisabethufer 29.

Zeitungsfrau mit Hülfe für Tiergartenstraße, Lohn 40 Mark, Kronenstraße 65, Walter Witwe. 21445*

Künstliche Blumen-Lehrmädchen verlangt Schindelhauer, Alexandrinenstraße 93/94. Anfangsgehalt 20 Mark.

Künstliche Blumen-Kröserinnen verlangt Schindelhauer, Alexandrinenstraße 93/94. 21415*

Farbigmacherinnen verlangt Max Leonhard, Schlesischestraße 31. †3*

Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Königstraße 56/57. 170/11*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Polituraarbeiter

für verzierte und moderne Leisten finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung in einer süddeutschen Goldleistenfabrik. Offerten unter C. 1520 an die Exped. d. Blatt's. 212/8*

Redakteurgesuch.

Zum baldigen Eintritt für ein größeres Parteiblatt ein

Redakteur

gesucht.

Offerten mit Gehaltsansprüchen bitte bis 30. Oktober unter C. 4 an die Expedition des „Vorwärts" senden zu wollen. 26892*

Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur theoret. und prakt. ausgeb. Glänzd. Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Größter Stellennachweis. Stets Nachfrage n. Chauffeuren. Automobiltechnikum „Berlin". Infolge bedeut. Vergrößerung jetzt: Berlin-Wilmersdorf, Hildegardstr. 13. Größte, bedeut. Chauffeurschule! 275/15*

Kunstschmied

erste Kraft, durchaus selbständig, für großen süddeutschen Platz gesucht. Dauernde Stellung, hoher Lohn, Reisevergütung. Offerten unter S.W. 5235 an **Rudolf Mosse,** Berlin S.W. 171/13*

Achtung!

Rahmenmacher, Tischler, Polierer, Vergolder, Buchbinder u. Hülfsarbeiter.

Die Arbeiter der Photographierahmenfabrik **Pfriemer,** Alexandrinenstraße, befinden sich im Streik. Zuzug ist fernzuhalten. 92/17*
Die Ortsverwaltungen.

Achtung! Kürschner!

Der Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) hat über die Firma **Joka u. Co.** die **Sperre** verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich streng an den Beschluß zu halten.
103/2* **Der Vorstand.**

Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes ersucht die Mitglieder, diese Werkstelle streng zu meiden, da selbige ebenfalls die Sperre verhängt hat über die Firma.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zuzug ist fernzuhalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband

Die Firma **Max Bech,** Kartonfabrik, Adalbertstraße, ist für Presser- und Präger auf Reklamekartons wegen Lohndifferenzen gesperrt. 26/1 **Die Ortsverwaltung**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.